

Preussische Allgemeine

Nr. 33 - 19. August 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



In der Sackgasse

Rund ein halbes Jahr dauert nun der Krieg in der Ukraine. Während das Land langsam ausblutet, fehlt es seinen Unterstützern noch immer an einer klaren Linie **Seiten 2-3**



Fall Schlesinger Zieht die ÖRR-Karawane einfach weiter? **Seite 4**



Taiwan Halbleiter als Überlebensgarantie für Taipeh **Seite 7**

AUFGEFALLEN

Jelzins Name soll getilgt werden

Seit einiger Zeit gibt es in Russland Streit um das Jelzin-Zentrum in Jekaterinburg und die geplante Eröffnung einer Filiale des Bildungszentrums in Moskau. Das 2015 eröffnete Jelzin-Zentrum dient als museale, soziale, kulturelle und Bildungseinrichtung, in der auch Konzerte und Ausstellungen stattfinden.

Vor Kurzem forderte die Staatsduma-Abgeordnete der Kommunistischen Partei, Anastasia Udalowa, das Zentrum zu schließen, die Filiale in Moskau zu verhindern und „den Namen Boris Jelzin von Bibliotheken, Museen und anderen Objekten zu streichen“. Sie rief die Bürger dazu auf, sich ihrer Initiative anzuschließen und ihr Unterstützungsbrieft zukommen zu lassen, in der sie die Beschwerde darüber führen, dass die Einrichtung von ihren Steuern finanziert werde. Zur Begründung ihrer Aktion nannte Udalowa, dass „die Regierungszeit von Präsident Boris Jelzin eine der schrecklichsten Seiten in der Geschichte unseres Landes ist“. Sie warf Jelzin vor, einer der Hauptinitiatoren der Zerstörung der Sowjetunion gewesen zu sein. Unterstützung unterhielt die Kommunistin von der stellvertretenden Vorsitzenden der Duma-Fraktion „Neue Menschen“, Sardana Aksentjewa, die vorschlug, die Bürger Jekaterinburgs in einem Referendum über die Zukunft des Jelzin-Zentrums entscheiden zu lassen. Zur Schließung wird es nach Ansicht von Experten nicht kommen, eine Änderung des Konzepts sei hingegen denkbar. *Manuela Rosenthal-Kappi*

HAUSHALT

Der Streit um Lindners „Entlastung“ lässt tief blicken

Der FDP-Finanzminister will nur einen kleinen Teil der Inflation steuerlich ausgleichen. Doch Rot und Grün geht selbst das schon zu weit

VON HANS HECKEL

In der Ampel-Koalition tobt angeblich ein offener Streit um das „Entlastungspaket“ von Bundesfinanzminister Christian Lindner. Dabei ist schon das Etikett „Entlastung“ grob irreführend. Denn eine solche hat der FDP-Chef gar nicht vor. So plant er, den Steuerfreibetrag von rund 10.350 auf etwa 10.630 Euro anzuheben. Das wären rund drei Prozent. Und die Einkommensgrenze, ab welcher der Spitzensteuersatz fällig ist, soll von knapp 58.600 Euro Jahresinkommen auf 62.000 Euro steigen. Das wären fünfeinhalb Prozent.

Die angebliche Entlastung wird als Ausgleich für die rapide Inflation angepriesen. Doch die Teuerungsrate bewegt sich offiziell zwischen sieben und acht Prozent. Dabei kalkuliert das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW), dass befristete Maßnahmen wie Tank-Rabatt und Neun-Euro-Ticket die Rate künstlich senken und diese in Kürze auf mehr als zehn Prozent hochschnellen dürfte. Damit läge sie weit höher als die von Lindner propagierte „Entlastung“.

Sollten die Bruttogehälter also auf dem Niveau der Inflation angepasst werden, schnellen die Steuern trotz Lindner-Plan in die Höhe – nur etwas weniger, als wenn die Politik gar nicht reagiert. Dabei hat das IfW die kommende Gasumlage als weiteren Inflationstreiber noch gar nicht

berücksichtigt. Und auch hinsichtlich des Strompreises türmen sich die apokalyptischen Prognosen immer höher.

Aber selbst gegen Lindners bestenfalls als Teillastung zu bezeichnendes Vorhaben laufen SPD und Grüne Sturm. Linkspartei-Chef Martin Schirdewan wittert indes faulen Zauber: Das sei „das bekannte Ampel-Spiel“. Lindner werde „mal fordern, was die eigene Klientel hören will, ohne dass das praktische Folgen hätte“. Für Schirdewan ist der Finanzminister mit seinen Plänen also bereits an den Koalitionspartnern gescheitert.

Da ist Auswandern eine Option

Die Parteien des linken bis ganz linken Lagers liebäugeln vielmehr mit direkten staatlichen Zahlungen an „besonders Bedürftige“, weil Steuerentlastungen einen Zug von Leistungsgerechtigkeit bedeuten könnten, die der Gleichmacherei zuwiderliefe. Im Sozialismus soll eben der Staat bestimmen, wer wie viel „verdient“.

Zielführend wäre eine Inflations-indexierte Steuergestaltung. Damit würden Freibeträge und die Grenzen der Steuersätze automatisch mit der Teuerung ansteigen, wenngleich zeitversetzt. Zwar hat die Festsetzung der amtlichen Inflationsrate ihre eigenen methodischen Besonderheiten, welche die Aussagekraft der offiziellen Zahlen schmälern.

Wenigstens aber wäre der „Kalten Progression“ ein Großteil ihres Schre-

ckens genommen. Im bisherigen System profitiert der Fiskus auf unanständige Weise von der Geldentwertung, welche Millionen Bürger gerade heute ohnehin in Bedrängnis, wenn nicht gar in existenzielle Nöte stürzt. Nicht umsonst bezeichnen Fachleute die Inflation als hinterhältigste Form der Besteuerung, da neben den höheren Einkommen- und Konsumsteuern auch noch das Vermögen der sparsamen Bürger zugunsten des dauerverschuldeten Staates entwertet wird.

Dabei übersieht das linke Lager in seiner Ideologie-verstrahlten Halsstarrigkeit noch einen weiteren Faktor: Trotz lauer Konjunktur stöhnt die deutsche Wirtschaft unter Fachkräftemangel. Doch gerade die Fachkräfte sind es, die jene Steuerentlastungen nicht wollen, welche Deutschland zusammen mit dem kleinen Belgien an die Weltpitze als Land mit den höchsten Steuern und Abgaben katalysiert hat. Welcher Hochqualifizierte sollte sich dieses Deutschland antun? Da ist Auswandern eine Option – oder gar nicht erst einwandern.

Gleichzeitig stellt Deutschland ein ebenfalls weltweit hervorstechendes Sozialnetz bereit, das insbesondere für niedrigqualifizierte Einwanderer reizvoll ist. Dabei sagt die Faustformel: Ist ein Einwanderer besser qualifiziert als der Schnitt der Einheimischen, macht er das Land reicher. Ist er schlechter ausgebildet, macht er es ärmer.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Das Chaos im Raum Berlin hat die Misere des Bahnsystems offengelegt **Seite 5**

Kultur

Ausstellung in Trier hält die Erinnerung an das Alte Rom wach **Seite 9**

Geschichte

Wie unterschiedlich die SED-Größen mit ihrer Schuld umgingen **Seite 11**

Das Ostpreußenblatt

Memels LNG-Hafen wäre ein Vorbild auch für die Bundesrepublik **Seite 13**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303404 33
ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt



Erschöpft vor den Trümmern der eigenen Existenz: Rund ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn gibt es für die Ukrainer kaum eine Aussicht auf Besserung ihrer verzweifelten Lage

Foto: pa

Kriegsführung ohne Ziel

Im Ukrainekrieg zeichnet sich immer mehr ab, dass keine Seite das militärische Ringen gewinnen kann. Das wirft die Frage auf, welche Ziele der Westen mit seinem Engagement erreichen will – und welchen Preis er bereit ist, dafür zu zahlen. Das gilt vor allem für die deutsche Politik

VON HARALD KUJAT

Die Bundesregierung unterstützt die Ukraine in einem erheblichen Umfang durch finanzielle Zuwendungen, die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung sowie durch Sanktionen gegen Russland, die deutschen Bürgern zunehmend finanzielle und wirtschaftliche Lasten sowie Einschränkungen in vielen Lebensbereichen auferlegen. Die langfristigen Schäden der deutschen Volkswirtschaft, insbesondere die Folgen des für den Herbst zu erwartenden Engpass bei den Energieerzeugnissen, die Auswirkungen auf deren Wettbewerbsfähigkeit sind bisher nur ansatzweise abschätzbar. Im Frühjahr und Sommer 2022 jedenfalls ist das Wachstum der Wirtschaft vollkommen zum Erliegen gekommen. Zugleich nimmt die Regierung in Kauf, dass das Material für die ohnehin nur noch äußerst begrenzten Fähigkeiten der Bundeswehr zur Erfüllung des Verfassungsauftrags der Landes- und Bündnisverteidigung weiter „geplündert“ wird.

Welche militärischen und politischen Ziele der Ukraine in diesem Krieg ist die Bundesregierung gewillt zu unterstützen? Und erfolgt diese Unterstützung lediglich, soweit diese Ziele mit deutschen Sicherheitsinteressen vereinbar sind – oder selbst dann, wenn dadurch Gefahren für Deutschlands Sicherheit ausgelöst werden? In welchem Ausmaß ist die Bundesregierung bereit, durch Sanktionen verursachte langfristige und möglicherweise irreversible Schäden der deutschen Volkswirtschaft zu akzeptieren? Oder setzt die vornehmste Pflicht

der Bundesregierung, Schaden von Deutschland abzuwenden, der Solidarität mit der Ukraine Grenzen?

Fragwürdige Begründungen

In der deutschen Diskussion des Ukrainekrieges wird die Verpflichtung zur uneingeschränkten Lieferung von Waffen unter anderem damit begründet, dass die Ukraine auch unsere Freiheit verteidigt. Es wird gefordert, die Ukraine müsse siegen beziehungsweise den Krieg gewinnen: „Der Westen verteidigt sich selbst, wenn er der Ukraine hilft, der russischen Aggression zu widerstehen“, andernfalls „müsste er damit rechnen, dass die nächsten Opfer der Aggression auch Mitglieder des atlantischen Bündnisses sein können“. Dieses moralische Argument vermag nicht zu überzeugen, denn sollten die Ukrainerinnen und Ukrainer wirklich unsere Freiheit unter Einsatz ihres Lebens verteidigen, wäre es höchst unmoralisch, dass wir nicht selbst in den Kampf eingreifen.

Obwohl unsere Freiheit ebenso wenig wie zuvor am Hindukusch in der Ukraine verteidigt wird, gibt es doch überzeugende Gründe, die Ukraine in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen. Aber es ist auch unbestreitbar, dass dadurch das Risiko einer Ausweitung und Intensivierung des Krieges mit unabsehbaren Gefahren für unser Land entstehen kann. Deshalb ist ein unpolitischer, eindimensionaler Ansatz abzulehnen, der sich auf die Lieferung von Waffen beschränkt und die Ausweitung des Krieges ebenso in Kauf nimmt wie das Risiko einer nuklearen Eskalation. Nur ein dualer Ansatz, neben der materiellen Unterstützung den Krieg auch mit politischen Mitteln zu begrenzen und auf kürzestem We-

ge zu beenden, dient den Interessen der Ukraine ebenso wie unseren eigenen.

Weil die Zweifel zunehmen, ob ein militärischer Sieg der Ukraine realistisch ist, wird jetzt gefordert, noch mehr und leistungsfähigere Waffen zu liefern: Entweder um den russischen Streitkräften schwerere Schäden als bislang zuzufügen, die für die militärische und politische Führung unakzeptabel sind, oder die besetzten Gebiete zurückzuerobern, damit die Ukraine ein Waffenstillstandsabkommen von einer Position der Stärke verhandeln kann. Doch dieser Zeitpunkt wurde bereits einmal verpasst, als die russischen Streitkräfte den Angriff auf Kiew abbrachen.

Die Ziele Washingtons und Kiews

Die Ukraine verteidigt ihre staatliche Souveränität und territoriale Integrität gegen einen völkerrechtswidrigen Angriff mit großer Entschlossenheit und kann dabei auf eine breite internationale Unterstützung zählen. Zum vollständigen Bild gehört aber auch, dass das ukrainische Volk für die geostrategischen Interessen der Vereinigten Staaten in der Rivalität mit den beiden anderen Großmächten Russland und China kämpft.

Präsident Selenskyj hat seine Aussagen zu den ukrainischen Kriegszielen seit Beginn des Krieges immer wieder geändert. Bereits am 24. März 2021 hatte er in einem Dekret die Rückeroberung der 2014 von Russland annektierten Krim angeordnet. Nach Beginn des Krieges am 24. Februar 2022 war er zunächst bereit, auf die NATO-Mitgliedschaft seines Landes zu verzichten und einen neutralen Status für die Ukraine zu akzeptieren. Über den Donbass und die Krim sollte zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt wer-

Im Sinne von Clausewitz lautet die Frage, ob die Politik in diesem Krieg der Logik der Gewalt weicht und der Krieg ersetzt – oder ob die Politik auch im Krieg fortgesetzt und dieser mit den Mitteln der Diplomatie beendet wird

den. Gegenwärtig sollen die ukrainischen Streitkräfte wieder die Krim und den Donbass erobern und die völlige territoriale Integrität der Ukraine vor der Annexion der Krim wiederherstellen.

Präsidenten haben die Vereinigten Staaten in der US-Ukraine-Charta vom 10. November 2021 ihre Kriegsziele als Ergänzung des US-ukrainischen Abkommens über militärische Zusammenarbeit vom 31. August 2021 definiert. Sie betonen ihr „unerschütterliches Engagement für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim, und ihrer Territorialgewässer“. Sie beabsichtigen, „den Kampf der Ukraine gegen die bewaffnete Aggression zu unterstützen und ... Sanktionen gegen oder im Zusammenhang mit Russland aufrechtzuerhalten und andere relevante Maßnahmen anzuwenden, bis die territoriale Einheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen wiederhergestellt ist“. Darüber hinaus soll Russlands Präsident Putin laut US-Präsident Biden entmachtet und die russischen Streitkräfte in einem Abnutzungskrieg dauerhaft geschwächt werden, so US-Verteidigungsminister Austin.

Der unklare Kurs Berlins

Der Deutsche Bundestag hat auf Antrag der Fraktionen der Regierungskoalition und der CDU/CSU-Fraktion vom 27. Februar 2022 Russland zum Rückzug aufgefordert und nahezu gleichlautend verlangt, „die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb der international anerkannten Grenzen uneingeschränkt

zu achten“. Bundeskanzler Scholz hat dieses Ziel deutscher Sicherheitspolitik durch die Verpflichtung unterstrichen: „Wir werden die Ukraine auch weiterhin massiv unterstützen – finanziell, wirtschaftlich, humanitär, politisch und nicht zuletzt mit der Lieferung von Waffen“, „und zwar so lange, wie die Ukraine unsere Unterstützung braucht“.

Doch was bedeutet diese Festlegung konkret? Wird die Bundesregierung beispielsweise einen Beitrag zur Eroberung der Krim leisten, die von der russischen Regierung als russisches Staatsgebiet betrachtet wird? Oder unterstützt sie die Ukraine dabei, den Zustand vor dem russischen Angriff wiederherzustellen? Mit der Krim weiter in russischer Hand und die Zukunft des Donbass trotz „Minsk II“-Abkommens ungeklärt?

Russland könnte nach der Konsolidierung seiner Eroberungen im Osten und Südosten der Ukraine ein Ende der „begrenzten militärischen Spezialoperation“ verkünden. Dadurch könnte sich die Gelegenheit für einen Waffenstillstand und, falls sich dieser als tragfähig erweist, für Friedensverhandlungen ergeben. Dann würde sich für die Bundesregierung die Frage stellen, ob die Waffenlieferungen und Sanktionen fortgesetzt werden, falls die Ukraine einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen ablehnt und den Krieg fortsetzt, um die von Russland besetzten Gebiete zurückzuerobern oder einen jahrelangen Guerillakrieg beginnt.

Zu Recht wurde kürzlich in einem Appell zahlreicher prominenter Persönlichkeiten für einen Waffenstillstand gefragt, „welches Ziel Länder, die die Ukraine militärisch unterstützen, genau verfolgen und ob (und wie lange) Waffenlieferungen weiterhin der richtige Weg sind“. Im Sinne von Clausewitz ist das die Frage, ob die Politik in diesem Krieg der Logik der Gewalt weicht und der Krieg die Politik ersetzt – oder ob die Politik auch im Krieg fortgesetzt und dieser mit den Mitteln der Diplomatie beendet wird.

Gegenwärtig ist noch die uneingeschränkte Lieferung auch von Waffen der Bundeswehr das Kernthema der deutschen Kriegsrhetorik. Die Auswirkungen auf die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr, die Frage des Einsatzwertes bestimmter Waffensysteme für die ukrainischen Streitkräfte und das Risiko einer durch Waffenlieferungen ausgelösten Eskalation werden verdrängt. Dass durch die Intensivierung der Kampfhandlungen auch die zivilen und militärischen Verluste steigen, wird ebenfalls nicht thematisiert. Dabei ist der Blutzoll der ukrainischen Streitkräfte durch deren statische Operationsführung, wodurch lediglich eine Verzögerung russischer Geländegewinne erreicht wird, extrem hoch. Die Verzögerungsgefechte werden in den urbanen Räumen und großen Städten, wie Amnesty International kürzlich recherchiert hat, ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung geführt.

Ein Krieg, der für niemanden zu gewinnen ist

Diesen Krieg wird niemand gewinnen, weder Russland noch die Vereinigten Staaten – und auch nicht die Ukraine. Denn den Krieg zu gewinnen bedeutet, die jeweiligen politischen Kriegsziele zu erreichen.

Für Russland sind die politischen Kriegsziele trotz seiner zuletzt erzielten militärischen Erfolge unerreichbar. Zwar ist der NATO-Beitritt der Ukraine so weit von der Realisierung entfernt wie zuvor. Aber die Erweiterung der NATO um Schweden und Finnland ist ein geostrategischer Zugewinn für die Allianz und ein schwerer Rückschlag für Russland. Zudem wurde die Verteidigung der Ostflanke des Bündnisses verstärkt, und die europäischen Verbündeten planen signifikante Verstärkungen ihrer Verteidigungsfähigkeiten. Sogar Deutschland, die traditionelle Landmacht in Mitteleuropa, plant, die 2011 eingeleitete Fehlentwicklung zu korrigieren und das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr wieder auf die Landes- und Bündnisverteidigung auszurichten. Die Ukraine bleibt ein strategischer Partner der Vereinigten Staaten und ein machtpolitischer Vorposten gegenüber dem geopolitischen Rivalen. Auch die Befürchtungen Russlands, das ballistische Raketenabwehrsystem der NATO in Polen und Rumänien könnte das nuklearstrategi-



Verdrängter Hintergrund: Zum vollständigen Bild des Ukrainekriegs gehört, dass die Ukraine auch für die geostrategischen Interessen der USA in der Rivalität mit den beiden anderen Großmächten Russland und China kämpft. Im Bild Präsident Selenskyj mit US-Verteidigungsminister Lloyd Austin und Außenminister Antony Blinken

sche Gleichgewicht mit den Vereinigten Staaten gefährden, bleiben ungelöst.

Den Vereinigten Staaten wird es jedoch nicht gelingen, Russland als geopolitischen Rivalen auszuschalten. Russland wird in diesem Stellvertreterkrieg ohne ein direktes Eingreifen der Vereinigten Staaten und der NATO, was Präsident Biden mehrfach kategorisch ausgeschlossen hat, nicht einmal in die Nähe einer militärischen Niederlage geraten. Man muss davon ausgehen, dass eine militärische Niederlage Russlands auch nicht im chinesischen Interesse ist. Die Vereinigten Staaten sind sich bewusst, dass China eine derartige Entwicklung sowohl zur Entlastung Russlands als auch zur Durchsetzung eigener Interessen nutzen würde und sie nicht in der Lage wären, einen Zweifrontenkrieg zu führen.

Der US-amerikanische Strategieexperte Harlan Ullman, der in den 1990er Jahren Hauptautor der Doktrin von „Shock and Awe“ (Schock und Ehrfurcht) war, fragt deshalb besorgt: „Haben die USA einen vermeidbaren Fehler begangen, indem sie eine strategische militärische Zwei-Fronten-Konfrontation gegen China und Russland eröffnet haben?“ Er bezeichnet die amerikanische Zwei-Fronten-Strategie als „tickende Zeitbombe“. Es wird immer deutlicher, dass die US-Regierung die geostrategische Dynamik ihres Ukraine-Engagements unterschätzt und sich in eine Situation manövriert hat, die ein Gegensteuern erfordert.

Die Ukraine ist weder in der Lage, die Krim noch den Donbass zu erobern. Die ukrainischen Streitkräfte können zwar begrenzte Gegenangriffe durchführen, sie verfügen jedoch nicht über die Fähigkeit zu weiträumigen, dynamischen Operationen. Daran ändert auch die Lieferung moderner westlicher Waffen nichts, auch wenn in westlichen Medien regelmäßig „Wendepunkte“ oder „game changer“ durch den Einsatz von „Wunderwaffen“ prognostiziert werden. Die täglichen Siegesmeldungen mögen bei deutschen Politikern als Bestätigung ihrer ständigen Forderung nach Lieferung „schwerer Waffen“ gewertet werden – mit der Realität haben sie wenig zu tun.

Bei einer Einigung vor dem 24. Februar wäre es noch möglich gewesen, durch die Umsetzung des Minsk-II-Abkommens den Donbass, zwar mit größerer Autonomie, aber immerhin als integralen Bestandteil der Ukraine zu erhalten. Diese Chance wurde vertan, weil der Krieg „vielleicht in gewisser Weise entweder provoziert oder nicht ver-

hindert wurde“ (Papst Franziskus). Das süd-ukrainische Cherson wird Russland nicht abgeben wollen, weil es für die Wasserversorgung der Krim wichtig ist. Das Schicksal Odessas und der Region, die an Transnistrien grenzt, könnte in Friedensverhandlungen entschieden werden.

Erste Zweifel in Washington

In den Vereinigten Staaten mehren sich die Stimmen, die fordern, der Ukraine Grenzen der Unterstützung aufzuzeigen. Präsident Biden reagierte darauf in einem Namensartikel der „New York Times“ (Titel: „President Biden: What America Will and Will Not Do in Ukraine“), in dem er bereits wichtige amerikanische Positionen aufgab: Die Vereinigten Staaten würden weder versuchen, Putin zu entmachten noch wollten sie den Krieg verlängern, nur um Russland zu schaden. Zugleich betonte er, dass „die Vereinigten Staaten die Ukraine weiter stärken und in ihren Bemühungen unterstützen werden, ein Ende des Konflikts durch Verhandlungen zu erreichen“.

Den ukrainischen Präsidenten verpflichtete Biden zum neuen Kurs, indem er ihn mit den Worten zitierte, dieser Krieg „wird nur endgültig durch die Diplomatie enden“. Doch ein Verhandlungsfrieden ist wohl ohne Gebietsverluste nicht zu erreichen, und Biden thematisiert dies entsprechend diplomatisch: „Ich werde die ukrainische Regierung nicht unter Druck setzen, irgendwelche territorialen Konzessionen zu machen.“ Bidens Bemühen, Selenskyj auf einen gemeinsamen Kurs festzulegen, ist auch Ausdruck der Tatsache, dass die amerikanische Regierung den ertasteten ukrainischen Präsidenten inzwischen mit „tiefem Misstrauen“ begegnet und in ihm ein Risiko für die Vereinigten Staaten sieht.

Der Verlierer ist Deutschland

Die Maßnahmen des Westens, die die Einstellung des russischen Angriffs auf die Ukraine zum Ziel haben – finanzielle Unterstützung, Sanktionen sowie die Lieferung von Waffen – müssen als Gesamtstrategie gesehen werden. Es ist bereits seit einiger Zeit absehbar, dass es Russland besser als erwartet gelingt, die Auswirkungen der vom Westen verhängten Sanktionen zu überstehen. Jedenfalls haben diese keinen Einfluss auf die russische Kriegsführung. Dagegen steht für den IWF die westliche Welt als Folge des Ukrainekrieges vor einer Rezession. Und „der größte Verlierer unter den großen Wirtschaftsnationen wird Deutschland sein“.

In den Vereinigten Staaten mehren sich die Stimmen, die fordern, der Ukraine Grenzen der Unterstützung aufzuzeigen. Präsident Biden reagierte darauf in einem Namensartikel der „New York Times“, in dem er bereits wichtige amerikanische Positionen aufgab

Die Entscheidung der Bundesregierung, sich aus Furcht, Russland könnte die Gaslieferungen als politische Waffen einsetzen, aus der Abhängigkeit von Russland zu lösen, hat eine Energiekrise ausgelöst, die nicht nur die deutsche Wirtschaft vor große Probleme stellt, sondern mittlerweile immer mehr Lebensbereiche aller Bürger erfasst. Nicht zu bedenken, dass Russland darauf mit Gegenmaßnahmen reagieren könnte, war ein großer außen- und sicherheitspolitischer Fehler.

Wirtschaftsminister Habeck wird hingegen nicht müde, vor den Folgen seiner eigenen Entscheidungen zu warnen und ruft mit teilweise grotesken Vorschlägen zum Energiesparen auf. Zugleich wird eine Diskussion darüber geführt, wie die Ausfall Russlands als Energielieferant kompensiert werden könnte. Jedenfalls soll auf keinen Fall die auf US-amerikanischen Druck zustande gekommene Entscheidung, die Erdgasleitung Nord Stream 2 nicht in Betrieb zu nehmen, revidiert werden. Whatever it takes? Die Vereinigten Staaten jedenfalls profitieren von der europäischen Energiekrise. Die US-Exporte von Flüssiggas (LNG) nach Europa sind im ersten Halbjahr 2022 um 63 Prozent gestiegen.

Würde die Unterstützung der Ukraine und deren Widerstands gegen den russischen Angriff von der deutschen Regierung richtigerweise als Gesamtstrategie verstanden, so müssten alle Maßnahmen von einer rational agierenden Politik ständig auf ihre Wirksamkeit geprüft und diejenigen aufgehoben werden, die nicht dazu beitragen, das angestrebte Ziel zu erreichen oder sogar größeren eigenen Schaden anrichten. Doch das geschieht nicht.

In den Vereinigten Staaten sind erste Anzeichen einer Wende in der Ukrainepolitik erkennbar, wenngleich das Außenministerium noch Rücksichtsgefechte gegen das strategische und geopolitisch weiterdenkende Pentagon führt. Die bevorstehenden Wahlen im November werden diese Entwicklung verstärken.

Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung die Zeichen der Zeit erkennt und die sicherheitspolitischen, strategischen und wirtschaftlichen Interessen unseres Landes in den Mittelpunkt ihrer Politik rückt und damit auch Zeichen für Europa und seine Selbstbehauptung gegenüber den großen Mächten setzt.

● General a.D. Harald Kujat war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

● MELDUNGEN

TK-Zahlen zu Impfschäden

Hamburg – Von den elf Millionen Versicherten der Techniker Krankenkasse (TK) haben im vergangenen Jahr 437.593 wegen Impfebenenwirkungen oder Komplikationen nach Impfungen einen Arzt aufgesucht. Zum Vergleich: 2019 und 2020, also vor den Corona-Impfungen, kam es zu lediglich 28.821 Arztbesuchen aus diesen Gründen. Die TK war zunächst nicht bereit, diese Daten auf Anfrage herauszugeben. Schließlich schaltete sich jedoch der Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Ulrich Kelber, ein, denn die Krankenkassen sind nach dem Umweltinformations-, dem Informationsfreiheits- und dem Verbraucherinformationgesetz verpflichtet, entsprechende Auskünfte zu erteilen. Ansonsten droht ihnen eine Klage. W.K.

Waffenverbot für AfDler

Magdeburg – Die Behörden in Sachsen-Anhalt wollen Mitgliedern der Alternative für Deutschland die Erlaubnis zum Waffenbesitz entziehen. Vergangenen Monat hatte das Landesverwaltungsamt bereits eine Weisung an alle Waffenbehörden herausgegeben, Mitgliedern dieser Partei zunächst keine neuen waffenrechtlichen Erlaubnisse zu erteilen. Nach Angaben des Landesverwaltungsamts hat die Waffenbehörde der Polizeiinspektion Magdeburg zuletzt fünf Widerrufungsverfahren gegen Mitglieder der AfD und der Jungen Alternative für Deutschland (JA), der Jugendorganisation der AfD, eingeleitet. Den betroffenen Personen soll die Erlaubnis entzogen werden, die Jäger oder Sportschützen den legalen Besitz von Waffen ermöglichen. Laut dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) berufen sich die Behörden dabei auf die Beobachtung des AfD-Landesverbands durch den Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt. Martin Reichardt, Landeschef der AfD in Sachsen-Anhalt, kündigte an, sein Landesverband werde betroffene Mitglieder rechtlich unterstützen. N.H.

Durch Armut gefährdet

Wiesbaden – 13 Millionen Menschen und damit 15,8 Prozent der Bevölkerung galten vergangenes Jahr in der Bundesrepublik als armutsgefährdet, sprich sie verfügten über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung. Das hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden unter Bezug auf die Ergebnisse der europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen mitgeteilt. Der Bevölkerungsanteil entspricht in etwa dem von 2020. Der Anteil der Beschäftigungslosen an den Armutsgefährdeten betrug 2021 47 Prozent, der der Alleinlebenden 26,8 Prozent und der der Alleinerziehenden 26,6 Prozent. Ebenso lagen Frauen jenseits des 65. Lebensjahres sowie Kinder und Jugendliche mit 21 beziehungsweise 16,2 Prozent über dem Mittelwert. Den Wohlfahrtsverbänden zufolge wird sich die Zahl der Armen im Laufe des laufenden Jahres deutlich erhöhen. W.K.



Nur ein schwarzes Schaf oder symptomatisch für das System: Die mittlerweile abberufene rbb-Intendantin Patricia Schlesinger

ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK

Zieht die Karawane weiter? Manche bemühen sich drum

Die Frage ist, ob es gelingen wird, die Spitze eines Eisbergs systemischen Versagens als Problem „einiger weniger“ schwarzer Schafe zu marginalisieren

VON NORMAN HANERT

Auch nach der Abberufung von Patricia Schlesinger als Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) kommt der öffentlich-rechtliche Sender nicht zur Ruhe, gerät vielmehr immer tiefer in die Krise. Mittlerweile wurde auch die Leiterin der Hauptabteilung Intendantin, Verena Formen-Mohr, mit sofortiger Wirkung freigestellt.

Erklärtermaßen will die Landesrundfunkanstalt selbst bei der Aufklärung der Vorwürfe um Interessenskonflikte, Vertretung, Vorteilsannahme und Verschwendung von Rundfunkgebühren in die Offensive gehen. Sein Chefredakteur David Biesinger hat ein Rechercheteam beauftragt, den zahlreichen Vorwürfen gegen Schlesinger nachzugehen. Biesinger äußerte sein Bedauern, dass die Vor-

gänge im rbb auch andere ARD-Anstalten belasten. Es habe keine Vorwürfe gegen das Programm gegeben, sondern der Umgang mit Geld durch einige Wenige habe das Haus in die Kritik und in Verruf gebracht, so der rbb-Chefredakteur.

Der Skandal weitet sich aus

Es scheint fraglich, dass es der Führungsebene von rbb und ARD noch gelingt, die Kritik auf „einige Wenige“ zu begrenzen und eine grobe Diskussion um einen Reformbedarf bei den Öffentlich-Rechtlichen zu vermeiden. Mittlerweile sieht sich nämlich auch der Bayerische Rundfunk dem Vorwurf ausgesetzt, Geld der Gebührenzahler für Führungskräfte zu verschwenden. Beim BR sollen laut Medienberichten der Technik-Chefin Birgit Spanner-Ulmer gleich zwei Dienstwagen und zwei Chauffeurs zur Verfügung stehen.

Der rbb-Skandal kommt für die Öffentlich-Rechtlichen zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt. Die Ministerpräsidenten der Länder wollen nämlich in diesem Herbst einen neuen Medienstaatsvertrag unterzeichnen. Bislang spielen die aktuellen Rufe nach mehr Kontrolle und Sparsamkeit bei den Öffentlich-Rechtlichen im Entwurf der neuen Vertrag noch keine Rolle. Kernpunkt des Staatsvertrages ist stattdessen, den Sendern über digitale Verbreitungswege noch mehr Betätigungsfelder zu öffnen. Dies stößt privatwirtschaftlich arbeitenden Zeitungsverlagen und Sendern auf, die damit im Digitalbereich noch mehr Konkurrenz durch das gebührenfinanzierte Mediensystem bekommen. Mit den Digitalplänen müssen sich aber auch die Gebührenzahler langfristig auf weitere Belastungen einstellen.

Allerdings regt sich schon bislang Widerstand gegen den Geldhunger der Öff-

entlich-Rechtlichen. In einem spektakulären Schritt hatte Ende 2020 Sachsen-Anhalt seine Zustimmung zu einer Erhöhung des Rundfunkbeitrages verweigert und damit einen Gebührenanstieg in ganz Deutschland aufgehalten. Allerdings hatte das Bundesverfassungsgericht im August 2021 die Anhebung des Rundfunkbeitrags einfach selbst angeordnet. Sachsen-Anhalts Veto war damit aufgehoben.

Bundesländer können aussteigen

Vereinzelt wiesen Kommentatoren nach dem Urteil auf eine Möglichkeit hin, wie das mitteldeutsche Bundesland zumindest für seine eigene Bevölkerung Gebührenerhöhungen verhindern könnte. Die Staatsverträge von ARD, ZDF und Deutschlandfunk sehen ein Kündigungsrecht der Bundesländer vor. Sollten die Bemühungen zur Reform des derzeit existierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems scheitern, könnte die Kündigung der Staatsverträge für einzelne Bundesländer den Weg zu einer besonders tiefgreifenden Erneuerung des Mediensystems frei machen. Entstehen könnten verschiedenste Modelle von Sendern, die sich auf eine Grundversorgung und eine regionale Berichterstattung spezialisieren. Financieren ließe sich dies entweder über Gebühren, Nutzerabos oder den Landeshaushalt.

Ein solcher Reformansatz könnte schneller auf der Tagesordnung stehen, als dies mutmaßlich vielen Senderintendanten und Politikern lieb ist. Bereits 2016 hatte Daniel Föst, der damalige Generalsekretär der bayerischen FDP, gegenüber dem Branchen dienst „Media“ gesagt, parteiintern werde über die Möglichkeit eines Volksbegehrens zur Kündigung des Rundfunkstaatsvertrags durch den Freistaat Bayern diskutiert. Der Liberale sagte, der Staatsvertrag zwingt den Menschen in Deutschland „einen völlig aufgeblähten, überdimensionierten, kartellähnlichen, ineffizienten und qualitativ schlechten Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk auf, der kaum reformierbar ist“. Für den Freidemokraten wäre der Austritt aus der ARD eine Möglichkeit, die Gebühren um die Hälfte abzusensen und gleichzeitig die Programmqualität wieder zu verbessern.

Zur ganzen Wahrheit gehört allerdings auch dies: Zum einen ist Föst seit 2017 nicht mehr Generalsekretär, also Wadenbeißer der Liberalen im Freistaat Bayern, sondern im Deutschen Bundestag im ferneren Berlin bau- und wohnungspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Und zum anderen war weiland 2016 Fösts Partei nicht im bayerischen Landtag vertreten, und die Bänke der außerparlamentarischen Opposition sind hart. Seit 2018 gehört die FDP jedoch wieder zum leuchtenden und privilegierten Kreis der im Landesparlament sitzenden Parteien.

FDP

Streit bei den Liberalen spitzt sich zu

Die kleinste Regierungspartei tut sich schwer bei der Suche nach einem sinnstiftenden Zweck

Im Gegensatz zum anderen kleinen Koalitionspartner in der Ampel, den Grünen, kann die FDP in der Regierungsverantwortung auf Bundesebene nicht punkten. Auf lediglich rund sieben Prozent kommen die Freidemokraten derzeit in den Umfragen, und in der Partei wächst das Unbehagen.

Der Bundesfinanzminister und Parteichef Christian Lindner steht unter Druck. Angeblich gab es detaillierte Absprachen zwischen ihm und Oliver Blume. Der Porsche- und designierte Volkswagen-Vorstandsvorsitzende soll via SMS Kontakt zu Lindner gehabt haben, während der Koalitionsverhandlungen und auch später. Damit bedient Lindner das Klischee

der FDP als Sprachrohr der Großindustrie und der Wirtschaftsbosse. „Herr Lindner hat gerade einfach keine gute Zeit. Erst die Diskussion über seine opulente Hochzeit auf Sylt in einer wirtschaftlich angespannten Gesamtlage, bei der er übrigens Porsche gefahren ist, und jetzt noch dieser Skandal um den Autobauer. Das ist schon ärgerlich, was da so zusammenkommt“, kommentiert der Politikexperte Florian Spohr die Lage. In der Partei grummelt es. Das Wahldebakel in Lindners Heimatland Nordrhein-Westfalen, in dem seine Partei um ein Haar aus dem Landtag geflogen wäre, wirkt nach.

In der Opposition hatten die Liberalen vor allem während der Corona-Zeit

ihren Platz gefunden. Zwischen der Großen Koalition und der Alternative für Deutschland versuchten sie sich in der Rolle des maßvollen Verteidigers der Freiheitsrechte. Und nun das: Vor einigen Wochen präsentierte der liberale Justizminister mit seinem SPD-Kollegen und Gesundheitsminister Karl Lauterbach eine Neuaufgabe des Infektionsschutzgesetzes, das zwar keinen Lockdown vorsieht, aber eine Impfung im Dreimonatsrhythmus sowie die Rückkehr der Maskenpflicht und mögliche Obergrenzen bei Veranstaltungen. Das erzürnt Basis und Funktionäre. Angeführt von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki kommt es zum Aufstand der zweiten Reihe. „Nie und nim-

mer werden wir diesem Gesetz zustimmen“, sagt der Altliberale.

Auch die steigenden Energiepreise und die hohe Inflation trüben bei Liberalen das Gemüt. Lindner versucht gegenzusteuern und stellt ein steuerliches Entlastungspaket in Höhe von 48 Milliarden Euro in Aussicht. Das Problem bei dessen Durchsetzung ist, dass Menschen mit höherem Einkommen stärker profitieren würden. Grünen-Fraktionsvize Andreas Audretsch sagte: „Steuersenkungen in Milliardenhöhe, von denen Topverdiener dreimal so stark profitieren, wie Menschen mit kleinem Einkommen, gehen an der Realität vorbei.“ Und schon steht die FDP wieder als Klientelpartei da. Peter Entinger

INFRASTRUKTUR

Großes Chaos für kleines Geld

Das Neun-Euro-Ticket hat die Misere des Bahnsystems im Raum Berlin schonungslos offengelegt

VON NORMAN HANERT

Als Kurt Tucholsky im Jahre 1912 seine literarischen Figuren „Claire“ und „Wölfchen“ auf die Reise ins ländliche „Rheinsberg“ schickte, konnte er die Bahnfahrt durch die Mark Brandenburg noch als humorvolle Idylle schildern. Reisenden, die heutzutage in der Hauptstadtregion mit der Bahn unterwegs sind, kann das Lachen dagegen schnell vergehen. Gefragt sind Geduld, Flexibilität, starke Nerven und im wörtlichen Sinne Stehvermögen. Bahnfahren bedeutet in der Hauptstadtregion derzeit oftmals Stress in Zügen, die häufig völlig überfüllt sind, falls sie überhaupt fahren.

Erst vor Kurzem hat der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) darüber informiert, dass auf zwei Regionalbahnstrecken bis zum Ende der Sommerferien überhaupt keine Züge mehr rollen. Wie der VBB mitgeteilt hat, ist bis zum kommenden Sonntag auf der Linie RB13 (Wustermark-Berlin/Jungfernheide) und der Linie RB23 (Michendorf-Potsdam) der Betrieb komplett eingestellt. Als Grund nannte der Verbund einen „erhöhten Krankenstand“. Wie der VBB weiter mitteilte, soll mit der kompletten Einstellung der beiden relativ kurzen Regionalbahnlinien der Betrieb auf anderen Strecken stabilisiert werden.

Krankenstand und Baustellen

Dies gelingt offenbar nur bedingt. Die DB-Regio Nordost hat nämlich inzwischen auch schon für die Linie RE66 (Berlin-Angermünde) und RB24 (Berlin-Eberswalde) den Ausfall von Zügen angekündigt. Als Grund für diese Ausdünnung des Fahrplans im Nordosten Brandenburgs nennt der VBB ebenfalls einen hohen Krankenstand. Personalreserven, um diesen Ausfall über Wochen hinweg zu kompensieren, gibt es laut dem Verbund nicht. Auch ein Sprecher der Deutschen Bahn nennt neben „dutzenden Baustellen“ ausdrücklich auch einen erhöhten Krankenstand als einen Faktor, der die Qualität im Regionalverkehr aktuell beeinflusst.

Dieser „coronabedingte Krankenstand“ ist leider nicht ohne Weiteres lösbar, so ein Bahnsprecher. Zur geplanten Ausdünnung des Fahrplans wegen Personal mangels kommen obendrein in jün-



Gedränge, wohin man blickt: Der Berliner Hauptbahnhof im Zeichen des Neun-Euro-Tickets

Foto: imago/Olaf Schuelke

ter Zeit auch auffällig oft spontane Verbindungsausfälle. Als Grund geben die Deutsche Bahn und andere Anbieter meist Defekte an Loks oder Waggons an.

Zusätzlich haben diverse Baustellen das Potential, den Fahrgästen die Lust auf Bahnreisen gründlich auszutreiben. Wegen Bauarbeiten am Berliner Stadtrand müssen Reisende in den letzten beiden Ferienwochen unter anderem auf den Flughafenexpress FEX zwischen Hauptbahnhof und Flughafen BER verzichten. Auch auf der Strecke zum südöstlichen Berliner Vorort Königs Wusterhausen wird bis Ende August gebaut. Die sich über Wochen hinziehenden Arbeiten bedeuten für Fahrgäste, die in Richtung Spreewald und Cottbus unterwegs sind, dass sie für Teile der Fahrstrecke einen sogenannten Schienenersatzverkehr nutzen müssen.

Die Regionalbahnlinie RB26 von Berlin nach Küstrin ist wiederum wegen einer Inspektion der Bahnschwellen auf einem Teilstück unterbrochen. Nach Angaben

eines Bahnsprechers steht die Sperrung im Zusammenhang mit einer größeren Betonschwellen-Inspektion, nachdem am 3. Juni ein Regionalzug in Bayern entgleist war.

Vorzüge des Autos neu entdeckt

Normalerweise sind die Sommerferien für die Bahn ein günstiger Zeitpunkt für Bauarbeiten. Da in den Ferien weniger Pendler und Schüler unterwegs sind, ist die Auslastung der Strecken geringer. Das Neun-Euro-Ticket hat in diesem Jahr allerdings für Bahnsteige voller Menschen und überfüllte Züge gesorgt.

Wie stark die Auslastung des Bahnsystems durch die Billigfahrkarten gestiegen ist, wird an einem Problem mit den Toiletten bei Bahnunternehmen ODEG deutlich. Früher reichte es üblicherweise aus, wenn das Unternehmen die Toiletten in den Zügen jeden zweiten Tag leert. Durch den Massenandrang sind die Tanks nun mitunter bereits nach einem halben Tag voll.

Angesichts der Probleme durch die drastisch gestiegenen Fahrgastzahlen mahnte die Gewerkschaft Verdi inzwischen, dass das Neun-Euro-Ticket nur dann verlängert werden dürfe, wenn die Betriebe genügend Personal zur Verfügung haben. Jeremy Arndt von Verdi sagt: „Mit dem aktuellen Personalmangel ist ein Mehrbedarf nur schwer aufzufangen.“

Tatsächlich könnte die rot-grün-gelbe Bundesregierung mit dem überhastet eingeführten Neun-Euro-Ticket ein verkehrspolitisches Eigentor geschossen haben. Die bundesweit gültige Monatskarte zum Billigtarif könnte auch für überzeugte Autofahrer eigentlich eine wunderbare Gelegenheit sein, den Wagen mal stehen zu lassen und den öffentlichen Nahverkehr auszuprobieren. In Berlin und Brandenburg – und hier steht die Region nur beispielhaft für das ganze Land – kann solch ein Versuch insbesondere bei Pendlern derzeit allerdings schnell dazu führen, die Vorzüge eines eigenen Autos wieder ganz neu schätzen zu lernen.

KOLUMNE

Friede Springer wurde 80

VON VERA LENGSELD

Am 15. August wurde die Verlegerin Friede Springer 80 Jahre alt. Aus diesem Anlass gab es in der Hauptstadt- und von der Regierenden Bürgermeisterin Giffey lange Würdigungen. Friede Springer ist eine der einflussreichsten Persönlichkeiten der Stadt, aber auch eine der zurückhaltendsten.

Als Dame der Gesellschaft ist sie eher selten in den bunten Blättern zu sehen, dafür als Mäzenin sehr aktiv. Die Berliner Charité hatte ihr erst kürzlich eine großzügige Millionenspende für ein neuartiges Zentrum zur Erforschung und Therapie von Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu verdanken. Stadtbildprägend war sie auch, wie der schwarze futuristische Bau beweist, der das neue Verlagshaus beherbergt und der das elegante Springer-Hochhaus, das Axel Springer als Zeichen an die Mauer gesetzt hat, verdeckt. Das scheint mir symbolisch zu sein.

Die Lebensgeschichte Friede Springers ist zweifellos märchenhaft. Von der Gärtnerstochter über Kindermädchen, Geliebte, Ehefrau und Erbin des Verlegers Axel Springer zur Milliardärin aus eigenem Geschick. Sie hat heute mehr Macht, als ihr Mann sie je hatte. Aber hat sie auch sein geistiges Erbe angetreten? Eher nicht.

Axel Springer war ein bekennender Antikommunist und Gegner aller sozialistischen Bestrebungen. Dafür wurde er von den Linken gehasst. Springer-Pressen ist in altlinken Kreisen immer noch ein Schimpfwort. Dabei hat sich das, was an deutscher Presse vom Verlag behalten wurde – „Welt“ und „Bild“ – total gewandelt. Unter Julian Reichelt war „Bild“ eine der eifrigsten Unterstützerin der „Refugees-Welcome-Politik“ von Angela Merkel. Dann wurde Reichelt gefeuert, weil er antisozialistisch war. Mathias Döpfner, Friedes Vertrauter, machte die Springer-Blätter gar zum Kampfblatt der radikalen LGBTQ-Aktivistinnen. Das hätte es unter Axel Springer nicht gegeben.

MELDUNG

Wahlrecht für Ausländer?

Berlin – Die Berliner FDP denkt darüber nach, dem rot-grün-roten Projekt einer Ausweitung des Wahlrechts bei Landes- und Kommunalwahlen auf Ausländer ihre Zustimmung zu geben. Zur Änderung des Wahlrechts wird in Berlin die FDP gebraucht, weil dies Verfassungsrecht hat und SPD, Grüne und Linkspartei nur mit Zustimmung der FDP auf die somit erforderliche Zweidrittelmehrheit kommen. FDP-Innenpolitiker Björn Jotzo findet „beachtliche Interessen“ hinter der Forderung nach einem Wahlrecht für Nicht-Deutsche. In der FDP will man eine Unterstützung der Pläne nicht ausschließen. In Berlin leben 800.000 Ausländer. Die Regierungsfaktionen im Berliner Rathaus wollen nach dem Sommer im Bundesrat entsprechend initiativ werden. Sebastian Schlüsselburg (Linkspartei) fürchtet indes, dass der Vorstoß dort an den CDU-regierten Ländern scheitern könnte. Ein Vorstoß nur auf Landesebene würde vermutlich vor dem Bundesverfassungsgericht landen. F.B.

DEMOKRATIE

Richter tagen endlich zur Pannen-Wahl

Ein Jahr danach verhandelt Berliner Verfassungsgericht die Ungereimtheiten beim Urnengang von 2021

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin verhandelt am 28. September über die Rechtmäßigkeit der jüngsten Berliner Abgeordnetenhauswahl. Die Gültigkeit der Bundestagswahl im Land Berlin wird an einem anderen Tag behandelt. Bei beiden Urnengängen war es zu Aufsehen erregenden Unregelmäßigkeiten gekommen, wie sie die Republik noch nicht gesehen hatte.

Der Verhandlungstag findet damit erst ein ganzes Jahr nach den Wahlen vom 26. September 2021 statt. Da das öffentliche Interesse sehr groß ist, tagen die Richter in einem Hörsaal der Freien Universität in Berlin-Zehlendorf. In dem Saal ist Platz für 570 Menschen. Kritiker monieren, dass die Richter von den politischen Parteien „ausgesucht“ worden seien. Sie fürchten ein Gefälligkeitsurteil. Insbesondere SPD, Grüne und Linkspartei dürften wenig oder gar kein Interesse daran haben, die Wahlen zu annullieren, weil zum Mandatsverlust noch der Verlust der Senatorenposten drohen könnte, falls die rot-grün-rote Rathauskoalition im Falle einer Wahlwiederholung die Mehrheit einbüßen sollte.

Dass sich das Gericht ein ganzes Jahr Zeit zur Prüfung der Angelegenheit gelassen hat, beflügelt Bedenken hinsichtlich dessen Unparteilichkeit. Auch eine Äußerung der stellvertretenden Berliner Landeswahlleiterin Ulrike Rockmann hat wenig zur Vertrauensbildung beigetragen. Sie forderte, den Einspruch des Bundeswahlleiters in Gänze zurückzuweisen: „Sie hätten wählen können, wenn sie gewartet hätten.“ Keinem sei das Wahlrecht genommen worden, sagte im Hinblick auf Wahlwillige, die nach sehr langer Wartezeit unrichtiger Dinge wieder nach

Hause gegangen waren, weil die Schlange vor dem Wahllokal einfach nicht kürzer werden wollte.

Koalition fürchtet um Mehrheit

Der Wahlprüfungsausschuss des Bundestages ist hingegen wohl um Schadensbegrenzung bemüht. Er fordert eine Neuwahl in rund 400 von 2300 Wahlbezirken der Hauptstadt – insbesondere in den Wahlkreisen Reinickendorf, Mitte, Panikow, Steglitz-Zehlendorf, Charlottenburg-Wilmersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg.

Allerdings betrifft das die Bundestagswahlen und nicht die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Was den Bundestag angeht, kann die Linkspartei ruhig schlafen, denn zwei ihrer drei Direktmandate liegen zwar in Berlin (Lichtenberg und Treptow-Köpenick), sind aber nicht

betroffen. Verlore die Partei auch nur eines ihrer Direktmandate, bliebe ihr nur ein einziges Bundestagsmandat von den derzeit 39.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus ginge es bei der Linkspartei hingegen um ihre Regierungsbeteiligung. Zudem heißt es von Seiten des Gerichts, man werde sich bis zur Urteilsfindung noch einmal drei Monate Zeit lassen. Die Wiederholungswahl könnte dann im Frühjahr 2023 stattfinden. Findet die Wahl dann wie vom Bundestagsausschuss vorgeschlagen nur in 400 von 2300 Wahlbezirken statt, dürfte sich das Bürgerinteresse daran verringern. Regierung und Gerichte könnten dann darauf hinweisen, sie hätten die schweren Verstöße zwar geahndet, aber mit ziemlicher Sicherheit bliebe es weitgehend bei der jetzigen Mandatsverteilung. Frank Bückler

MELDUNGEN

Bedingungen aus Polen

Warschau – Deutschland hat laut Krzysztof Sobolewski, dem Generalsekretär der polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), einen zu starken Einfluss in der EU, und sein Land werde zum Gegensteuern alle Möglichkeiten auszunutzen, beispielsweise durch eine breite Nutzung des Vetorechts. Er kündigte an: „Wir werden eine ‚Zahn um Zahn‘-Taktik anwenden.“ Bereits im Juli hatte er im polnischen Fernsehen Voraussetzungen genannt, die erfüllt sein müssten, damit sein Land in einer Energiekrise Deutschland eventuell mit Erdgas aushelfe. In diesem Zusammenhang nannte er „die Frage der Kriegsreparationen“. Zudem erwartet er eine Entschuldigung Deutschlands dafür, die Ostseepipelines Nord Stream 1 und 2 immer als rein wirtschaftliches Projekt dargestellt zu haben. N.H.

Gas von RWE für Marokko

Madrid – Wie das spanische Nachrichtentportal „Diario 16“ berichtet, fließt Flüssigerdgas (LNG) aus den USA, das in Spanien regasifiziert wird, um anschließend nach Deutschland gepumpt zu werden, neuerdings in Richtung Marokko. Hierdurch stützt der deutsche Energiekonzern RWE das autokratische Königreich im Maghreb, das seit Anfang dieses Jahres kein Gas mehr aus dem benachbarten Algerien erhält, weil es die Unabhängigkeit der Westsahara auf völkerrechtswidrige Weise sabotiert. Offen lässt „Diario 16“, wie sich das nordwestafrikanische Entwicklungsland die extrem teuren US-amerikanischen LNG-Lieferungen leisten kann, ob Marokko von RWE besonders günstige Konditionen erhält oder die Bundesrepublik dem afrikanischen Potentaten Mohammed VI. unter die Arme greift, indem es die Kosten teilweise oder gar vollständig übernimmt. In Spanien löst die Aktion Befremden aus, weil Europa selbst mit einem gravierenden Gas-mangel konfrontiert ist. W.K.

Gas-Notfallplan der EU in Kraft

Brüssel – Vorletzten Dienstag ist der Gas-Notfallplan der EU in Kraft getreten, gemäß dem die EU-Mitgliedstaaten ihren Gasverbrauch von Anfang dieses Monats bis März nächsten Jahres freiwillig um 15 Prozent senken. Als Vergleichsbasis zieht die EU den Durchschnittsverbrauch in diesem Zeitraum während der vergangenen fünf Jahre heran. In der EU-Verordnung sind Ausnahmen für Mitgliedstaaten, unter anderem Spanien und Italien, sowie Wirtschaftsbranchen, zum Beispiel die Lebensmittelindustrie, vorgesehen. Für Deutschland bedeuten diese Ausnahmeregelungen, dass es in diesem Winter möglicherweise deutlich mehr Gas sparen muss als andere EU-Länder. Anna Moskwa, Polens Ministerin für Klima und Umwelt, betonte in einem Interview mit der Wochenzeitung „Sicci“: „Infrastruktur und Gasleitungen sowie zugekauft Gas sind Eigentum unseres Staates, und nur wir können entscheiden, wie wir es nutzen, für wessen Bedürfnisse und wie wir es zur Verfügung stellen.“ N.H.

CHINA

Erneute Hochrisikoforschung in Wuhan

Das WIV steht im Verdacht der Gain-of-Function- oder gar Biowaffen-Forschung mit dem Nipahvirus

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das Wuhan Institute of Virology (WIV) der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (CAS) beschäftigt sich bereits seit 2005 mit Coronaviren, die in der Natur zumeist in Fledermäusen vorkommen. Einige der Erreger wurden in der Einrichtung ab 2015 dergestalt genmanipuliert, dass sie auch Menschen krank machen können. Diese zum Teil mit US-amerikanischen Forschungsgeldern finanzierten sogenannten Gain-of-Function-Experimente erfolgten unter der Leitung der Virologin Shi Zhengli und gelten mittlerweile vielen als Ursache der Covid-19-Pandemie, die durch das zuvor unbekannte Coronavirus SARS-CoV-2 ausgelöst wurde.

Nun zeigt ein neuer Artikel von zwölf Angehörigen des WIV beziehungsweise der Universität der CAS und des Zoologischen Instituts der Guangdong Academy

of Sciences sowie der School of Public Health der Dali-Universität in Yunnan, welche allesamt wieder Shi Zhengli unterstützen, dass die Chinesen ihre Arbeit mit zumindest potentiell gefährlichen Viren fortsetzen. Dabei klingt der Titel des Aufsatzes, der im Heft 4/2022 der Zeitschrift „Zoological Research“ erschien, eigentlich recht harmlos: „Ökologische Untersuchung von Höhlennektar-Fledermäusen zeigt geringes Risiko einer direkten Übertragung von Fledermausviren auf den Menschen“. Wie die Forscher berichten, haben sie die Bewegungsmuster von 16 dieser Tiere im Bezirk Mengla in der südwestchinesischen Provinz Yunnan erfasst und festgestellt, dass die Wahrscheinlichkeit von Kontakten zu Bewohnern der Region „sehr gering“ ist. Trotzdem wurden aber „Analabstrichproben von Fledermäusen auf Nukleinsäuren des Mënglä-Virus (MLAV) und zweier Coronaviren (GCCDC1-CoV und HKU9-CoV)

analysiert“. Dem folgte die Suche „nach Antikörpern gegen diese Viren in Humanerum-Proben“, die jedoch keine Treffer erbrachte.

Artikel in der „Zoological Research“

Mit anderen Worten: Die chinesischen Virologen fahndeten erneut nach natürlich vorkommenden Erregern, die dem menschlichen Immunsystem unbekannt sind, und hatten dabei Erfolg. Das fällt zwar noch nicht unter Gain-of-Function-Forschung, lässt aber dennoch aufmerken. Denn das Projekt wurde nach expliziter Aussage der Autoren sowohl durch die CAS als auch die National Natural Science Foundation of China (NSFC) unterstützt. Und diese Stiftung arbeitet eng mit der chinesischen Volksbefreiungsarmee zusammen, wie aus ihren Förderrichtlinien und einem „strategischen Kooperationsabkommen“ mit dem Wissenschafts- und Technologieausschuss der Zentralen Mil-

tärkommission der Kommunistischen Partei Chinas hervorgeht.

Damit nicht genug, experimentiert das WIV offenbar auch noch mit sehr viel problematischeren Viren als den Corona-Erregern. Das jedenfalls sagte der US-amerikanische Biowissenschaftler Steven Quay am 3. August während einer Anhörung vor dem Subcommittee on Emerging Threats and Spending Oversight des Committee on Homeland Security and Governmental Affairs des US-Senates. Zunächst referierte er über seine „Analyse der Meta-Transkriptom-Daten ...“, die im Dezember 2019 am Wuhan Institute of Virology (WIV) aus Proben von Bronchial-Alveolar-Lavage-Flüssigkeit ... von fünf frühen SARS-CoV-2-Patienten“ gewonnen worden waren. In deren Verlauf fanden Quay und dessen Kollegen Monali Rahalkar, Adrian Jones und Rahul Bahulikar auffällige Verunreinigungen mit Genom-Sequenzen von 20 ganz anderen Erregern wie dem Spodoptera frugiperda rhabdovirus (SfRV). Daraufhin recherchierten die Forscher in Fachartikeln und stießen auf Beweise dafür, dass man im WIV auch mit diesen Viren experimentiert hatte.

US-Biowissenschaftler warnt

Dabei gibt es jedoch eine Ausnahme. Kein einziger Aufsatz erwähnt Versuche mit dem ebenfalls in den Wuhan-Proben entdeckten Nipahvirus. Und das ist auch nicht verwunderlich, denn über diese würden die Chinesen wohl kaum berichten, gehört das Nipahvirus (NIPV) doch zu den tödlichsten Erregern überhaupt. An den durch NIPV ausgelösten Gehirnentzündungen sterben bis zu drei Viertel der Infizierten. Allerdings ist das Virus nur durch den Kontakt mit Körperflüssigkeiten übertragbar, was sich aber mittels Gentechnik ändern lässt.

Für Quay steht nun der dringende Verdacht im Raum, dass man am WIV auch Gain-of-Function- oder gar Biowaffen-Forschung mit dem Nipahvirus betreibt, um beispielsweise zu erreichen, dass die Ansteckung – so wie bei SARS-CoV-2 – über Aerosole möglich wird. Und dies sei ein extrem gefährliches Unterfangen. Seine Warnung und Mahnung: „Meiner Einschätzung nach könnten uns das ein Jahrtausend zurückwerfen. Die Schwarze Pest war zu 20 Prozent tödlich und es dauerte 250 Jahre, bis die Zivilisation zurückkehrte.“



Experimentiert mit gefährlichen Viren: Die chinesische Wissenschaftlerin Shi Zhengli

Foto: pa

MOLDAWIEN

Sorge um Waldbestände

Vizepremier Andrei Spinu setzt auf Heizöl und Brennholz – Umweltexperten befürchten Holzdiebstahl

Als EU-Beitragskandidat hat sich Moldawien dem Gas-Notfallplan der Gemeinschaft angeschlossen und will 15 Prozent seines Gasverbrauchs einsparen. Diese Selbstverpflichtung stellt eines der ärmsten Länder Europas jedoch vor große Herausforderungen.

Das Land ist stark abhängig von russischen Gaslieferungen. Im Ukraine-Konflikt hat sich Kiew für neutral erklärt und noch am 1. November 2021 einen Gaslieferungsvertrag mit Gazprom über eine Laufzeit von fünf Jahren abgeschlossen, wobei die künftige Liefermenge jeweils zwei Monate vor Ende des Vertragsjahres bestätigt werden muss, aktuell also Ende August.

Andrei Spinu, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Infrastruktur sowie regionale Entwicklung der Republik Moldau, versprach den Bürgern, dass

sie im Winter nicht frieren werden. Er setzt auf die Nutzung von Heizöl und Brennholz als Alternative und hofft auf Unterstützung aus Rumänien und der Ukraine. Doch auch die Einfuhr von Holz trägt zur Verteuerung von Wärme und Strom aufgrund der hohen Dieselpreise bei. Bei einem Dieselpreis von zwei Euro pro Liter sei ein Holztransport bereits bei einer Strecke von 300 Kilometern Gold wert, kritisierte Viktor Schelin, Vorsitzender der moldawischen Sozialdemokraten. Spinu habe erklärt, dass der Netzbetreiber Moldelctrica auf Heizöl statt Gas umsteigen könne. Das hält der Sozialdemokrat allerdings für unrealistisch, da für den Winter 250.000 Tonnen Heizöl benötigt würden, aber nur für 40.000 Tonnen Lager zur Verfügung stünden. Auch der Transport bereite Probleme. Das Land verfüge

einfach nicht über die notwendigen Transportmittel.

Kapazitäten reichen nicht aus

Das größte Kraftwerk des Landes, die Moldavskaya GRES, liegt ausgerechnet auf transnistrischem Terrain, das von Moskau kontrolliert wird. In Kiew geht man jedoch nicht davon aus, dass Gazprom die Leitung für Moldawien schließen wird, da Transnistrien davon mitbetroffen wäre.

Moldawiens Forstwirtschaftsunternehmen Moldsilva plant, 20.000 Kubikmeter Hartholz und etwa 10.000 Kubikmeter Weichholz zu liefern, das innerhalb einer festgesetzten Norm abgeholzt werden darf. Laut Experten reicht diese Kapazität bei Weitem nicht aus. Etwa 680.000 Familien heizen in Moldawien mit Holz oder Kohle, 285.000 mit Erdgas und weitere

165.000 sind an eine Zentralheizung angeschlossen.

Da auch der Preis für Brennholz gestiegen ist und die Energiekrise zur Unzufriedenheit der Bürger führen werde, befürchtete der Präsident des Umweltentwicklungsfonds Ecodava, Dimitri Roibu, dass die Dorfbewohner mit der illegalen Abholzung der Wälder beginnen könnten, was zu einer ökologischen Katastrophe führen würde. Die Republik Moldau verfügt über 13 Prozent Waldfläche im Vergleich zur EU mit 37 Prozent. Schon heute erlebt das Land mit fruchtbareren Schwarzerdeböden anhaltende Dürren mit Ernteausfällen. Neben fehlenden Niederschlägen sei auch eine Verletzung des Wasserhaushalts ursächlich, erläuterte Ilya Trombistky, der Vorsitzende der Umweltorganisation ECO-Tiras. Manuela Rosenthal-Kappi

VON BODO BOST

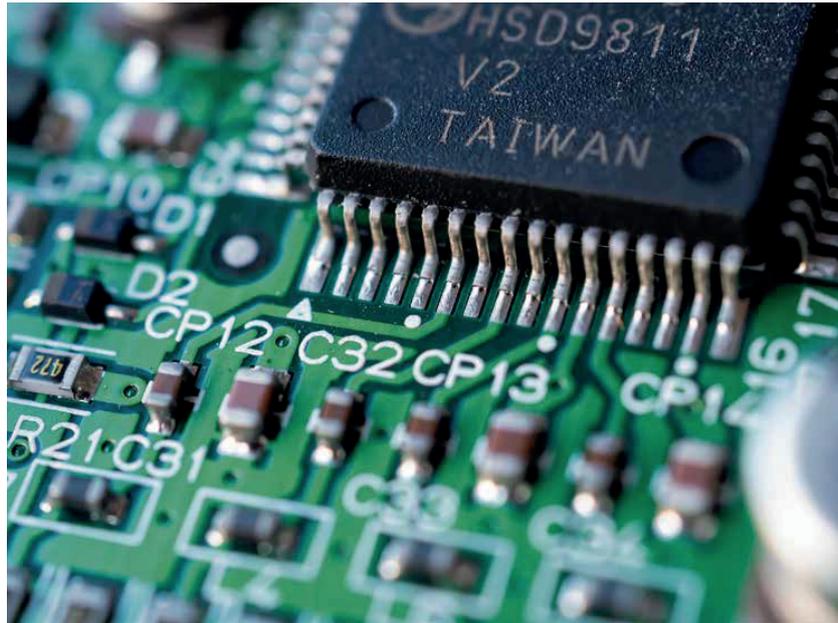
Nach dem Besuch von Nancy Pelosi, der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, in Taiwan griff Festlandschina auf bekannte Instrumente wie Militäreinschüchterungen und Handelsbeschränkungen zurück. Die Militärübungen in der Umgebung Taiwans wurden als „Probe für die Wiedervereinigung“ bezeichnet. Die handelspolitischen Strafmaßnahmen beschränkten sich aber auf Zitrusfrüchte und Fisch und hatten weitgehend nur symbolischen Wert.

Anders wäre dies bei Sanktionen gegen Taiwans Halbleiterindustrie gewesen. Aber Peking ist von Taiwans wertvollstem Exportgut ebenso wie der Rest der Welt abhängig. Für Peking würden Sanktionen gegen Taiwans Halbleiterindustrie bedeuten, dass es sich selbst erheblichen Schaden zufügt, und anders als für andere Staaten ist für die Volksrepublik China eine erhebliche Selbstschädigung ein entscheidendes Argument gegen die Verhängung von Sanktionen.

64 Prozent des weltweiten Umsatzes entfallen auf Taiwan

Taiwan ist weltweit führend in der Halbleiterindustrie. Diese wichtigen Komponenten werden in allen Bereichen eingesetzt, von Smartphones und medizinischen Geräten bis hin zu Autos und Kampfflugzeugen. Laut dem Marktforschungsunternehmen TrendForce entfallen auf den Inselstaat 64 Prozent des weltweiten Umsatzes in der Halbleiterherstellung. Allein schon der Branchenführer, die „Taiwan Semiconductor Manufacturing Company“ (TSMC), dominiert mehr als die Hälfte des gesamten Weltmarktes. Südkorea, der nächstgrößte Hersteller, kontrolliert weniger als ein Fünftel des Marktes. Bei den modernsten Halbleitern entfallen sogar 92 Prozent der Produktion auf Taiwan. Für Taipeh, das nur noch von 13 Staaten und dem Heiligen Stuhl offiziell anerkannt wird, kann die Bedeutung der Halbleiterindustrie für die Wirtschaft und die Sicherheit der Insel kaum überschätzt werden. Nach Jahren explosionsartiger Nachfrage machen Halbleiter heute fast 40 Prozent der Exporte und etwa 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Insel aus.

„Taiwans Halbleiterindustrie ist für die Wirtschaft des Landes von entscheidender Bedeutung, da sich Taiwan als Hightech-Führer positioniert und die vierte industrielle Revolution auf Spitzen-Halbleiter angewiesen sein wird, die taiwanesischen Unternehmen entwickeln und produzieren können“, erklärte James Lee, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Academia Sinica, der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Taiwan, ge-



Werden weltweit dringend benötigt: Platinen aus der taiwanesischen Halbleiterproduktion

Foto: Shutterstock

CHINA

Möglicherweise eine Art Überlebensgarantie

Freund wie Feind sind auf Halbleiter aus Taiwan angewiesen. Sie sind damit an deren ungestörter Produktion und Ausfuhr interessiert

genüber einem arabischen Fernsehsender: „Die Halbleiterindustrie ist auch für die Sicherheit Taiwans von entscheidender Bedeutung, da sie Taiwans strategische Bedeutung für andere Länder, insbesondere die Vereinigten Staaten und Westeuropa, erhöht.“ Taiwan hat also im Bereich der Halbleiter die ganze Welt von sich abhängig gemacht.

Sechs Zehntel der weltweiten Nachfrage kommen aus der VRC

Einem Bericht des Congressional Research Service (CRS), der „public policy research“-Agentur des US-Kongresses, aus dem Jahr 2020 zufolge entfallen 60 Prozent der weltweiten Nachfrage nach Halbleitern auf die Volksrepublik China (VRC). Mehr als 90 Prozent dieser Nachfrage werde durch

Importe aus Taiwan und von Unternehmen aus Drittstaaten mit Produktion in Taiwan gedeckt, heißt es ferner in dem Bericht. Obwohl China Milliarden von Dollar in die Entwicklung seiner Industrie gesteckt hat, kontrolliert es weniger als zehn Prozent des Marktes, angeführt von SMIC mit Sitz in Shanghai. „China ist von Taiwan abhängig, weil chinesische Unternehmen zwar Halbleiter entwerfen können, aber nur eine begrenzte Kapazität haben, um sie zu produzieren, vor allem in den Spitzenbereichen“, so Lee.

Es ist ungewiss, wie lange die Dominanz Taiwans in der Halbleiterindustrie anhalten wird. Der chinesische Präsident Xi Jinping hat die Abhängigkeit von ausländischer Technologie als die größte versteckte Gefahr bezeichnet, mit der China konfrontiert ist, und versprochen,

die Selbstversorgung zu erhöhen. Im Rahmen der „Made in China“-Initiative hat Peking angekündigt, zwischen 2020 und 2025 1,4 Billionen Dollar in Hochtechnologieindustrien, darunter die Halbleiterindustrie, zu investieren. Aber wie es scheint, fehlen auch China in diesem Bereich die Fachkräfte. „Ich glaube nicht, dass China Sanktionen gegen die Halbleiterindustrie verhängen wird, solange es noch von taiwanesischen Unternehmen abhängig ist“, sagte Lee: „Das könnte sich ändern, wenn Peking eine stärkere eigene Produktionskapazität entwickelt, aber davon ist China noch einige Jahre entfernt.“ So lange wird China mit der Wiedervereinigung wohl noch warten müssen, auch wenn Russland nun mit dem Einmarsch in die Ukraine einen Präzedenzfall geschaffen hat.

CONTINENTAL

„Das Marktumfeld war extrem herausfordernd“

Im zweiten Quartal hat der Autozulieferer und Reifenhersteller fast 251 Millionen Euro Verlust gemacht

Entgegen den Erwartungen der Analysten ist der Autozulieferer und Reifenhersteller Continental im zweiten Quartal massiv in die Verlustzone gerutscht. Unter dem Strich wies der Dax-Konzern für das Jahresviertel einen Verlust von 250,7 Millionen Euro aus, und das nach einem Gewinn von 545,3 Millionen vor Jahresfrist.

„Der aktuelle Gegenwind ist orkanartig und wird kurzfristig nicht abflauen“, sagte Finanzchefin Katja Dürrfeld gegenüber dem „Handelsblatt“. Als wichtige Faktoren führte sie die Corona-Lockdowns in China, den Materialmangel insbesondere bei Elektronikteilen und den Ukrainekrieg an. Die Kosten für Einkauf, Frachten und Energie seien sprunghaft gestiegen.

Eine Rolle spielt auch das Geschäft mit Russland, wo Conti ein Reifenwerk betreibt. Das hat nach einer anfänglichen Pause zwar die Produktion wieder aufgenommen, doch stieß dies nicht überall auf Wohlwollen. Das Management denkt daher über einen kompletten Rückzug aus Russland nach. Im Zusammenhang mit den Sanktionen des Westens gegen Russland wurden Vermögenswerte in Höhe von rund 75 Millionen Euro wertberichtigt, sprich abgeschrieben.

Im Reifengeschäft dürften die im zweiten Jahresviertel überraschend starken Margen in den kommenden Quartalen wegen steigender Kosten unter Druck geraten, erwarten Experten. Mehr als 60 Prozent des Geschäfts sei in Europa angesiedelt, wo sich die Energiekosten

im bisherigen Jahresverlauf bereits verdoppelt hätten.

Trotz schlechter Lage optimistisch

„Für das zweite Halbjahr sind wir zuversichtlich“, gibt sich Dürrfeld allerdings überraschend optimistisch. Der Optimismus ist nicht zuletzt darin begründet, dass Continental für die letzten sechs Monate des laufenden Jahres mit einer Stabilisierung der Lieferketten und einer besseren Verfügbarkeit von Halbleitern rechnet. „Dank einer besseren Versorgungslage bei den Halbleitern rechnen wir wieder mit einer stabileren Produktionsauslastung“, so die Finanzchefin. In den vergangenen drei Monaten gingen Bestellungen für über sechs Milliarden Euro in der Autozulieferung ein.

Der niedersächsische Konzern erwartet dieses Jahr einen Anstieg der weltweiten Produktion von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen zwischen vier und sechs Prozent.

Die Mischung aus schwieriger aktueller Lage und verhaltenem Optimismus fasst der Vorstandsvorsitzende von Continental, Nikolai Setzer, in folgende Worte: „Das Marktumfeld war für die Autozulieferer im zweiten Quartal weiterhin extrem herausfordernd. Gleichzeitig verzeichnen wir wichtige Fortschritte bei der Entwicklung und Vermarktung unserer Technologien mit einem starken Auftragseingang im Automobilbereich. Das zeigt: Wir haben die richtige Strategie und Aufstellung. Das belegt auch unsere jüngste Mobilitätsstudie.“ Peter Entinger

● MELDUNGEN

Hohe Inflation in der Ukraine

Kiew – In der Ukraine steigen kontinuierlich die Preise. Im Vergleich zum Vorjahresmonat erreichte die Inflation nach 18 Prozent im Mai im Juni einen Wert von 21,5 Prozent. Im Februar hatte die Inflation erst bei zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gelegen. Die Ratingagentur Fitch Ratings hat die langfristigen Auslandsschulden der Ukraine am 22. Juli von der Bonitätsstufe ‚C‘ herabgestuft. In einer Mitteilung sprach Fitch von dem Beginn einer Entwicklung, die einem Zahlungsausfall gleichkomme. Anlass für die Herabstufung war ein Ersuchen der ukrainischen Regierung an seine Gläubiger, die Schuldentilgung für zwei Jahre aussetzen zu dürfen. Fitch schätzt, dass die öffentlichen Schulden der Ukraine zum Jahresende 92 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen werden. Für 2023 prognostiziert Fitch einen Anstieg der Schuldenquote auf 103 Prozent. N.H.

7000 Autos aus China

Flensburg – Laut Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes in Flensburg wurden in den ersten sieben Monaten des Jahres 2022 knapp 7000 Autos chinesischer Hersteller in Deutschland zugelassen. Damit liegt deren Marktanteil nun bei knapp 0,5 Prozent. An der Spitze stehen Fahrzeuge der Marke MG Roewe, die hierzulande inzwischen häufiger verkauft werden als Modelle von Subaru, Alfa Romeo oder Lexus. Neben Roewe und Lynk & Co planen weitere Unternehmen aus dem Reich der Mitte Vertriebsnetze in Deutschland aufzubauen. So beispielsweise Aiways in Shanghai und BYD in Shenzhen, der inzwischen weltweit größte Produzent von Elektroautos. Die chinesischen Firmen könnten davon profitieren, dass die deutschen Hersteller allesamt immer stärker auf höherpreisige Fahrzeuge mit einer größeren Gewinnspanne setzen, während elektrische Kleinwagen wie beispielsweise der Wuling Hongguang Mini EV vom chinesischen Hersteller SAIC General Motors bereits ab 10.000 Euro zu haben sind. W.K.

Italien statt Deutschland

Berlin/Rom/Doha – Deutschland würde gerne mehr Flüssigerdgas (LNG) aus Katar beziehen, hat dabei aber bislang im Gegensatz zu Italien keine nennenswerten Verhandlungserfolge erzielt. Dies resultiert aus dem Beharren des grünen Wirtschaftsministers Robert Habeck auf möglichst kurzlaufenden Lieferverträgen. Italien, das bereits über drei funktionsfähige LNG-Terminals verfügt, setzt stattdessen auf eine langandauernde Gas-Partnerschaft und investiert deshalb nun sogar selbst in die Förderung vor Ort. Der Mineralöl- und Energiekonzern Eni S.p.A., an dem der italienische Staat 30,33 Prozent hält, beteiligt sich an einem bilateralen Joint Venture mit Qatar Energy, das einen Anteil von 12,5 Prozent an dem neuen Projekt zur Erweiterung des katarischen Gasfeldes North Field erwerben will. Dieses enthält nach Angaben des Energieministeriums in Doha um die zehn Prozent der weltweiten Erdgasreserven. W.K.

ANALYSE

Das Problem ist größer als der Fall Schlesinger

RENÉ NEHRING

Die Aufregung ist groß in der deutschen Medienlandschaft. Nachdem es in den vergangenen Wochen immer mehr Vorwürfe der Vetterwirtschaft gegen die Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb), Patricia Schlesinger, gegeben hatte und die Generalstaatsanwaltschaft gegen sie, ihren Ehemann, den Ex-„Spiegel“-Journalisten Gerhard Spörl, sowie gegen den zurückgetretenen rbb-Chefkontrolleur Wolf-Dieter Wolf Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue und der Vorteilsannahme eingeleitet hatte, trat Schlesinger zunächst von ihren Posten als Intendantin des Hauptstadtenders und als Chef des Aufsichtsrats der ARD-Produktionsfirma degeto zurück.

Am Montag dann wurde Schlesinger vom rbb-Rundfunkrat „mit sofortiger Wirkung“ abberufen – also fristlos entlassen. Ausschlaggebend dafür waren kurz zuvor veröffentlichte Medienberichte, dass sich die bisherige Intendantin die Kosten für ein Abendessen in ihrer Privatwohnung, an dem auch die Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik und der Vorstandsvorsitzende der Charité teilnahmen, von ihrem Sender erstatten ließ (siehe Seite 4).

Die Aufregung rund um die Affäre Schlesinger ist berechtigt, ihr Rücktritt und ihre Entlassung ebenso – dennoch liegt das eigentliche Problem woanders. Auch wenn man sich hüten muss, Einzelfälle zu einem generellen Problem zu erklären – zumal dann, wenn die Aufklärung funktioniert und die Fehlgriffe geahndet werden –, zeigt die Affäre einmal mehr den dringenden Reformbedarf bei den öffentlich-rechtlichen Sendern.

Arroganz und Einseitigkeit

Seit Jahren schon bemängeln Kritiker, dass ARD und ZDF ihren Auftrag, die Bürger dieses Landes mit zuverlässigen Informationen und qualitativ anspruchsvoller Unterhaltung zu versorgen, immer weniger erfüllen. Stattdessen werde das eigene Publikum beleidigt (siehe die „Umweltsau“-Affäre Anfang 2020) oder gar versucht, es umzu-erziehen (siehe das alltägliche zwanghafte „Gendern“ in den Beiträgen der Sender). Andere Kritikpunkte sind, dass

die öffentlich-rechtlichen Sender viel zu aufgeblasen sind, dass sie das weltweit größte Budget und das umfangreichste Programm haben – und dennoch in entscheidenden Augenblicken (etwa bei den Terroranschlägen in Paris) viel zu schwerfällig berichten.

Und dann ist da der Vorwurf der politischen und weltanschaulichen Einseitigkeit. Seit vielen Jahren schon belegen einschlägige Studien und Befragungen zu den politischen Orientierungen der Journalisten von ARD und ZDF, dass diese zu Dreivierteln und mehr Anhänger der Parteien links der Mitte sind, die jedoch beim Volk selten eine Mehrheit haben, wodurch eine enorme Schiefelage in der politischen Ausrichtung der Sender entsteht. Dadurch können etwa die Grünen, die in der letzten Legislaturperiode 2013 bis 2017 die kleinste Fraktion im Deutschen Bundestag stellten, regelmäßig die meisten Gäste in den Talkshows und Interviewpartnern in den reichweitenstarken Nachrichtensendungen von ARD und ZDF stellen.

Möglich wurde das alles durch eine – vorsichtig formuliert – freundliche Rechtsprechung. Seit Jahrzehnten schon (zuletzt 2020 bei der Weigerung des Landtags von Sachsen-Anhalt, der geforderten Erhöhung des Rundfunkbeitrags zuzustimmen) schmettert das Bundesverfassungsgericht jeden noch so kleinen Versuch der Politik, die Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu reformieren, mit dem Verweis auf dessen verfassungsmäßig garantierte Unabhängigkeit ab. Damit stellen die Richter jedoch zugleich den Sendern faktisch die Erlaubnis aus, machen zu können, was sie wollen – und dies den Bürgern auch noch in Rechnung stellen zu können, ohne dass diese sich wehren können.

Fraglich ist, wie lange dieses „Geschäftsmodell“ noch funktioniert. Zu Recht schreibt der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz, die Schlesinger-Affäre habe „das Potenzial, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland endgültig die Legitimationsgrundlage und öffentliche Akzeptanz zu entziehen“. Dass es tatsächlich anders geht, zeigt Großbritannien. Dort kündigte die Regierung zu Jahresbeginn an, die Zwangsgebühren zunächst einzufrieren – und ab 2027 ganz abzuschaffen.



Trafen sich vor Kurzem in Sotschi: Recep Tayyip Erdoğan und Wladimir Putin

Foto: imago/SNA

KOMMENTAR

Autokraten unter sich

BODO BOST

In der Türkei hatte schon vor dem Ukrainekrieg ein Abstieg begonnen, der in Erdogans Günstlingswirtschaft begründet ist. Der türkische Präsident möchte nun von Putins Ukrainekrieg profitieren und positioniert sich damit gegen den Westen. Ihm geht es vor allem darum, im kommenden Jahr wiedergewählt zu werden.

Bei einem Treffen beider Präsidenten Anfang August in Sotschi ging es um Getreide, Gas, aber auch die Situation in Syrien und in der Ukraine. Beide brauchen sich gegenseitig, doch in einigen Punkten liegen sie quer. In Sotschi sollte die wirtschaftliche Kooperation gestärkt werden. Der Kremlherr dankte dem Türken für dessen Bemühungen, die zu einer Einigung zwischen Moskau und der Ukraine über ukrainische Getreidelieferungen aus Schwarzmeerhäfen geführt hatten. Er hob auch die Rolle Ankaras bei der Durchleitung von russischem Gas nach Europa über die TurkStream-Pipeline hervor.

Erdogan wollte mit Putin über Syrien sprechen, wo Ankara mit einer Militäroperation gegen kurdische Gruppen droht, was Moskau ablehnt. Russland

fühlt sich noch am längeren Hebel, denn durch den Bau des Kernkraftwerks Akkuyu durch den russischen Atomriesen Rosatom in der Südtürkei hält Putin ein Faustpfand in der Hand.

Ein nicht offen angesprochener Punkt war es, die immer stärker wirkenden westlichen Sanktionen mithilfe der Türkei zu umgehen. Die Türkei profitiert seit

Beginn des Krieges von diesen Sanktionen. Istanbul ist das neue Drehkreuz für Reisen nach Russland geworden.

Fünf türkische Banken haben damit begonnen, das russische Zahlungssystem „Mir“ einzuführen. Sie ermöglichen es damit Russen, Geld nach Westeuropa zu überweisen oder dort mit Kreditkarte zu bezahlen und Geldautomaten in der Türkei zu nutzen. Mit „Mir“ will die Türkei vor allem den Tourismus stützen.

Die Branche, die durch Corona hart getroffen wurde, hatte für 2022 auf eine kräftige Erholung gehofft. Die meisten ausländischen Touristen kamen früher aus Russland – noch vor den Deutschen. Der Ukrainekrieg und die damit verbundenen Probleme beim Zahlungsverkehr sorgen jetzt dafür, dass die Hälfte weniger Touristen aus Russland in die Türkei kommen als vorhergesagt.

Erdogan kämpft angesichts einer galoppierenden Inflation und schlechter Umfragewerte um sein politisches Überleben und braucht wirtschaftliche Erfolgsmeldungen. Diese könnte ihm Putin liefern, wenn er den Türken das russische Erdgas und Erdöl zu verbilligten Preisen liefert, sodass die Türkei mit dem Weiterverkauf dieser Rohstoffe einen Gewinn herauschlagen und Wahlgeschenke verteilen könnte. Außerdem ist die Türkei bereit, einen Teil der Energielieferungen aus Russland künftig in Rubel zu zahlen.

Die Türkei könnte bei dieser Abmachung sogar seine neue Wunderwaffe, die Bayraktar-Drohne, an das kriegführende Russland liefern. Es wäre ein Affront gegen die NATO-Partner.

In Sotschi sind sich Putin und Erdoğan noch näher gekommen

Beginn des Krieges von diesen Sanktionen. Istanbul ist das neue Drehkreuz für Reisen nach Russland geworden.

Fünf türkische Banken haben damit begonnen, das russische Zahlungssystem „Mir“ einzuführen. Sie ermöglichen es damit Russen, Geld nach Westeuropa zu überweisen oder dort mit Kreditkarte zu bezahlen und Geldautomaten in der Tür-

PORTRÄT

Italiens blondes Gift

Vor den Parlamentswahlen in Italien am 25. September stiehlt eine Frau allen anderen – männlichen – Kandidaten die Schau. Nach dem Rücktritt des glücklosen Ministerpräsidenten Mario Draghi wird die 45-jährige Römerin **Giorgia Meloni** als aussichtsreichste Anwärterin für den Präsidentenposten des Landes gehandelt.

Blond, charmant, charismatisch: Diese Pfunde setzt Meloni im Wahlkampf gekonnt ein, um auf sich aufmerksam zu machen. Mit 23 Prozent liegt sie mit ihrer Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) in den Umfragen vorne. Und das ganz zum Entsetzen des Mitte-Links-Lagers. Denn zusammen mit Matteo Salvini's Lega-Partei und Silvio Berlusconi's Forza Italia kämen die Fratelli derzeit auf 45 Prozent und könnten somit eine Regierungsbündnis bilden.

Meloni's politische Gegner gehen noch weiter: Sie sehen im Falle eines Wahlsie-

ges dieser Allianz eine „rechtsradikale“ oder sogar „postfaschistische“ Apokalypse Italiens voraus. Und das alles, weil Meloni sich selbstbewusst zu konservativen Werten bekennt und andere Prioritäten setzen will. Die Familie steht bei ihr vor der Homo-Ehe, das Christentum vor dem Islam, sichere Grenzen vor Masseneinwanderung und Italien als Nation vor einer Fremdbestimmung durch die EU.



Bald Staatschefin? Giorgia Meloni

Die im römischen Arbeiterviertel Garbatella aufgewachsene Meloni trat mit 15 Jahren in eine neofaschistische Jugendorganisation ein. Wie sie in ihrer 2021 erschienenen Autobiographie „Ich bin Giorgia“ andeutet, wollte sie es damit ihrem kommunistischen Vater heimzahlen, der die Familie früh verlassen hatte. Nach einer Sprachenausbildung wurde sie 2008 unter Berlusconi mit 31 Jahren Italiens jüngste Ministerin und leitete drei Jahre lang das Jugend- und Sportministerium.

Aus Unzufriedenheit mit Berlusconi gründete sie 2012 die Fratelli d'Italia, wobei sie bewusst auf die gegendgerechte Ergänzung von „sorelle“, „Schwestern“, verzichtete. Was hierzulande ein Problem ist, kümmert in Italien kaum jemand. Im Gegenteil: Auch weil Meloni gegen links-verstaubte Konventionen ankämpft, könnte sie der kommende Polit-Star werden, der Italien wieder fit macht.

H. Tews

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Hecke; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE33XXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertriebe).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Totgesagte leben länger

Trier hält die Erinnerung an das Alte Rom wach – Gleich drei Ausstellungen widmen sich dem Untergang des Römischen Reiches

VON VEIT-MARIO THIEDE

Das altehrwürdige Trier war von 286 bis 400 römische Kaiserresidenz. Und wenn auch das Römische Kaiserreich längst untergegangen ist, so gehören seine Relikte selbstredend zum Trierer Stadtbild. Das unweit der Kaiserthermen erbaute Rheinische Landesmuseum präsentiert die Sonderschau „Der Untergang des Römischen Reiches“. Ihr schließt sich im Museum am Dom, der römische Bausubstanz aufweist, der Ausstellungsteil „Im Zeichen des Kreuzes“ an. Neben dem römischen Stadttor Porta Nigra steht das Stadtmuseum Simeonstift. Es zeigt den Ausstellungsteil „Das Erbe Roms. Visionen und Mythen in der Kunst“.

Im Landesmuseum wird es von Raum zu Raum immer dunkler – das Weströmische Reich erlischt. Museumsdirektor Marcus Reuter kommentiert: „Der Untergang war kein Ereignis, sondern ein schleicher Prozess, der sich vom 4. bis weit ins 5. Jahrhundert hinzog.“

Die Ausstellung macht auf die wichtigsten Stationen des Niedergangs aufmerksam. Als erste gilt die Niederlage der Römer gegen die Goten anno 378 in der Schlacht bei Adrianopel, bei der Kaiser Valens sein Leben verlor. Seit dem Jahr 395 herrschte im westlichen und im östlichen Teil des Imperium Romanum je ein Kaiser aus der valentinianisch-theodosianischen Dynastie. Sie gerieten wiederholt in Konflikt mit ihren mächtigen Heermeistern. Die Stadt Rom hatte 800 Jahre lang allen Bedrohungen widerstanden.

Doch dann plünderten im Jahr 410 die von Alarich angeführten Barbaren Rom. Permanente Bürgerkriege sowie Raubzüge von Germanen und Hunnen schwächten das Reich. Direktor Reuter erklärt da-

zu: „Der Niedergang des römischen Kaisertums im Westteil des Imperiums fand im Jahr 476 seinen endgültigen Abschluss, als der germanische Heermeister Odoaker den letzten römischen Kaiser Romulus Augustulus – noch ein Kind – in den Ruhestand schickte.“

Das Landesmuseum bietet als Zugabe „das Ende vom Ende“. Für das steht das golden funkelnde Mosaik (nach 540) aus Ravenna. Seiner Inschrift zufolge zeigt es den oströmischen Kaiser Justinian I., der 554 Italien zur Provinz seines Imperiums erklärt hatte. 14 Jahre später eroberten Kriegerverbände unter Führung der Langobarden Italien.

Die Ausstellung beeindruckt mit zahlreichen weiteren Kostbarkeiten. Eine aus vergoldeter Bronze geschaffene Büste zeigt den in Trier geborenen, von 375 bis 392 regierenden Kaiser Valentinian II. Nach Unstimmigkeiten mit seinem Heermeister fand man ihn erhängt in seinem Palast. Nicht die Kaiser, sondern die Heermeister waren die eigentlichen Herrscher im Weströmischen Reich.

Über 200 Untergangstheorien

Auf einem goldenen Medaillon ist Galla Placidia (um 425) dargestellt. Die Halbschwester von Kaiser Honorius hat viel erlebt. Alarich nahm sie bei der Plünderung Roms gefangen. Sie musste dessen Nachfolger heiraten. Nach seinem gewaltsamen Tod kehrte sie an den Kaiserhof zurück, heiratete erneut und regierte schließlich einige Zeit für ihren minderjährigen Sohn Valentinian III. Der wiederum erschlug 554 eigenhändig Aetius – und wurde ein Jahr später von dessen Anhängern ermordet.

Der wohl am schönsten ausgestattete Raum ist dem Thema „Das Christentum

als neue Macht“ gewidmet. Durch den Zerfall des Römischen Reiches entstand ein Machtvakuum, das sich die christliche Kirche zunutze machte. Nicht selten übernahmen nun Bischöfe Verwaltungsaufgaben.

Im Museum am Dom stehen die Anfänge des Christentums in der Moselregion im Blickpunkt. Die ununterbrochene Tradition der christlichen Gemeinde Triers besteht seit dem Ende des 3. Jahrhunderts. Die Sonderschau verfolgt diese bis ins 7. Jahrhundert und hat drei thematische Schwerpunkte. Unter der längst profanierten ehemaligen Abteikirche St. Maximin befindet sich eine in der Moselregion einzigartige christliche Begräbnishalle, die vom 4. Jahrhundert an mit etwa 1000 Sarkophagen in bis zu vier Lagen besetzt wurde. Viele sind mit Grabinschriften auf Marmortafeln ausgestattet, die in größerer Auswahl ausgestellt sind.

Zweiter Präsentationsschwerpunkt sind Reliefs, Mosaikbilder und andere Grabungsfunde aus der ab dem Jahr 310 erbauten monumentalen Kirchenanlage, aus welcher der Dom und die Liebfrauenkirche hervorgegangen sind. Dritter Schwerpunkt ist Triers heiliger Bischof Paulinus, der anno 358 in der Verbannung starb. Bischof Felix ließ die sterblichen Überreste seines Vorgängers aus Westanatolien heimholen.

Es kursieren weit mehr als 200 Theorien über die Gründe des Untergangs des Weströmischen Reiches. Einige fanden Eingang in die Kunst, wie die Schau im Stadtmuseum Simeonstift mit Werken vom Mittelalter bis in die Gegenwart zeigt. Sie startet mit Joseph-Noël Sylvestres um 1890 gemalter „Plünderung Roms“. Fast nackte Barbaren holen ungestüm die Monumentalskulptur eines römischen Kaisers vom Sockel. Christofori



Römische Bilderstürmer aus Sicht des späten 19. Jahrhunderts: Joseph-Noël Sylvestres „Die Plünderung Roms durch die Barbaren 410“ im Stadtmuseum Simeonstift

di Papis Gemälde von 1566 setzt uns in bedrückender Nahsicht den als „Geißel Gottes“ gefürchteten Hunnenherrscher Attila vor die Nase. Wiederholt tritt Arminius auf, der mit seinen Germanen im Jahre 9 die von Varus angeführten Legionen schlug. Herman Posthumus steuert die „Landschaft mit römischen Ruinen“

(1536) bei. Sie ist eines der frühesten Gemälde, welche die Vergänglichkeit alles Irdischen am Beispiel des Untergangs der römischen Kultur beklagen.

● Bis 27. November, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr. www.untergang-rom-ausstellung.de

LANDSCHAFTSMALEREI

„Wilde Kleckserei“ in Fürst Pücklers Räumen

In Cottbus kommt man an Carl Blechen nicht vorbei – Schloss Branitz präsentiert sein Werk jetzt ganz neu

In Cottbus ist der Name Blechen allgegenwärtig. Es gibt die Blechenstraße, den Carl-Blechen-Park, das große Einkaufszentrum in der Karl-Liebnecht-Straße namens Blechen-Carré, die Carl-Blechen-Grundschule, die Carl-Blechen-Gesellschaft e.V. und natürlich die Carl-Blechen-Sammlung. Orte, die an den am 29. Juli 1798 geborenen berühmten Sohn der Stadt erinnern.

Auf eine derartige Würdigung wartete der Maler zu Lebzeiten vergeblich. Obwohl er es bis zum Professor für Landschaftsmalerei an der Berliner Akademie der Künste brachte, wurde die freie Malweise seiner späten Bilder als „wilde Kleckserei“ geschmäht. Derart verkannt, ließen schwere Depressionen sein Leben kurz vor seinem 42. Geburtstag am 23. Juli 1840 in Berlin tragisch enden.

Heute sieht man in Blechen einen wichtigen Wegbereiter der Moderne. Cottbus begann schon 1913 Werke von Blechen zu sammeln. Ab 1947 wurden mit der musealen Nutzung des Schlosses auch Blechen-Werke in Branitz gezeigt, wo sie bis heute weiter erforscht werden.

Die Blechen-Sammlung umfasst gegenwärtig 85 Werke aus allen Schaffens-

phasen des neben Caspar David Friedrich bedeutendsten deutschen Landschaftsmalers des 19. Jahrhunderts. Damit fügt sich die Sammlung perfekt in das Werk des Landschaftsarchitekten Fürst Pückler ein. Beide Cottbuser Aushängeschilder dürften sich zu Lebzeiten jedoch nie begegnet sein. Zum Sammlungsbestand ge-

hören neben den Blechen-Bildern über 400 Kunstwerke von Vorläufern, Zeitgenossen und Schülern Blechens, des Realismus – darunter Adolph von Menzel – sowie aus Impressionismus und Moderne, vertreten durch Carl Liebermann, Käthe Kollwitz, George Grosz, Lovis Corinth, Karl Hagemeister, Walter Leistikow.

Ab sofort sind 50 Blechen-Werke und 70 Werke anderer Künstler aus der Sammlung sowie einiger Leihgeber in den frisch restaurierten drei Räumen, in denen Fürst Pückler um 1850 seine erste Wohnung hatte, und dem Chamois-Zimmer im Obergeschoss des Schlosses zu bewundern. „Das ist die größte Präsentation Blechens weltweit“, so Stefan Körner, Vorstand der Stiftung Fürst-Pückler-Museum Park und Schloss Branitz.

Obwohl nach Körner alle gezeigten Blechen-Bilder Glanzlichter sind, ragen die Ansicht von Heidelberg, der Sandweg und der Vorfrühling besonders heraus. Dazu alle Italien-Bilder. Ende 1828 war Blechen nach Italien gereist, wo er bis November 1829 blieb. Mehr noch als die antiken Monumente begeisterte ihn das stliche Licht. Die Hunderte von Skizzen und Zeichnungen, die er von seiner Reise mitbrachte, dienten ihm zurück in Deutschland als Inspirationsquellen und Motive.

Helga Schnehagen

● Schloss Branitz, Robinienweg 5, 03042 Cottbus, geöffnet täglich außer dienstags von 11 bis 18, ab November von 10-17 Uhr. Internet: www.pueckler-museum.de



Die Carl-Blechen-Sammlung im Chamois-Zimmer des Schlosses Branitz Foto: SFPM

● MELDUNGEN

Grenzübertritte in Potsdam

Potsdam – Vom 13. August bis 9. Oktober wagt das Potsdamer Schloss Sacrow „Grenzüberschreitungen“. Dabei handelt es sich um eine Gruppenausstellung mit zeitgenössischen Malern, Installations- und Konzeptkünstlern sowie einem Fotografen und einer Graphikerin, die auf ihre Weise die Fragen zur Kunst mit Kunst beleuchten wie solche: Welche Grenzen werden mit welchen Mitteln und Praktiken überschritten? Infos im Internet unter: www.ars-sacrow.de fws

Rollenspiele in der Kunst

Wuppertal – „Fremde sind wir uns selbst – Bildnisse von Paula Modersohn-Becker bis Zanele Muholi“ zeigt das Von-der-Heydt-Museum vom 21. August bis 29. Januar 2023. Dabei geht es darum, wie sich soziale Rollen vorstellungen in Bilder vom Menschen einschreiben und wirken. Internet: www.von-der-heydt-museum.de fws

GEORG LEBER

Ein Sozi alter Schule

Georg Leber kam am 7. Oktober 1920 in der hessischen Gemeinde Obertiefenbach zur Welt. Er stammte damit aus einer Zeit, als die Arbeiterführer, die Funktionäre an der Spitze der SPD und der Gewerkschaften noch aus der Arbeiterschaft stammten. Leber war der Sohn eines Maurers und einer Hausfrau. Während des Zweiten Weltkrieges stieg er in der Luftwaffe bis zum Unteroffizier auf. Noch im letzten Kriegsjahr wurde er in Ostpreußen verwundet, sodass er auf zwei Krücken nach Hause kam.

Wieder zurück in der Heimat ergriff er trotz einer vor dem Krieg absolvierten Kaufmannslehre den Beruf des Vaters. 1947 trat er in die entsprechende Branchengewerkschaft IG Bau-Steine-Erden (IG BSE) ein, wurde 1949 hauptamtlicher Gewerkschaftsvertreter und stieg bis 1957 zu deren Bundesvorsitzenden auf.

1951 trat Leber in die SPD ein, für die er ab 1957 im Bundestag saß. Als seine Partei 1966 erstmals in die Bundesregierung eintrat, wechselte er von der IG-BSE-Spitze an die des Bundesverkehrsministeriums. Als 1969 die sozialliberale an die Stelle der Großen Koalition trat, übernahm er vom Christsozialen Richard Stücklen zusätzlich das Amt des Bundespostministers.

Als 1969 Superminister Karl Schiller sowohl als Finanz- als auch als Wirtschaftsminister zurücktrat, wurde der kommende starke Mann der SPD, der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt, anfänglich in beiden Funktionen dessen Nachfolger. Dadurch wurde Schmidts bisheriges Amt des Verteidigungsmisters vakant. Im Rahmen des allgemeinen Stühlerückens wurde nun Leber Schmidts Nachfolger, während sein Parteifreund Lauritz Lauritzen seine beiden bisherigen Ministerien übernahm.

Wie seine Verankerung in der Gewerkschaftsbewegung und die Übernahme des Verteidigungsressorts bereits vermuten lassen, war Leber dem rechten Flügel der traditionell internationalistisch ausgerichteten SPD zuzu-



König Wilhelm I.: Gemälde von Joseph Paelinck aus dem Jahre 1819

Foto: Rijksmuseum

WESTEUROPA

Wilhelm I. nahm die Benelux-Union vorweg

Der Oranier war Herrscher über das Territorium der heute eigenständigen Staaten Niederlande, Belgien und Luxemburg. Vor einem Vierteljahrtausend wurde der König und Großherzog in Den Haag geboren

VON MANUEL RUOFF

Es gibt ein wundervolles Aperçu: Frankreich sei eine Monarchie mit einem Präsidenten und die Niederlande seien eine Republik mit einem König. Bezüglich Frankreich äußerte sich der deutsch-französische Journalist, Sachbuchautor und Publizist Peter Scholl-Latour im Grunde ähnlich, wenn er – sinngemäß – die Verfassung der Fünften Republik als passend für die Grande Nation lobte mit der Begründung, sie biete den Franzosen einen Ersatzmonarchen als Staatsoberhaupt mit der Möglichkeit, diesen alle paar Jahre legal zu stürzen.

Auch hinsichtlich der Niederlande ist das Aperçu stimmig. Diese haben eine lange republikanische Tradition und sind in

der frühen Neuzeit als Republik souverän geworden. 1581 erklärten die Generalstaaten ihre Unabhängigkeit, 1648 wurde diese nach dem Dreißigjährigen Krieg im Westfälischen Frieden anerkannt.

1795 verloren die Niederlande faktisch ihre Souveränität. Sie wurden ein französischer Marionettenstaat. 1810 wurden sie auch formal von Frankreich annektiert.

Nach der Niederlage des napoleonischen Frankreich in den Befreiungskriegen wurde Europa neu geordnet. Das dabei zumindest offiziell vorherrschende Prinzip war die Restauration, die Wiederherstellung der Zustände vor dem Ausbruch der Französischen Revolution, als deren Kind Napoleon galt. Es wurde allerdings nicht die niederländische Republik wiederhergestellt. Zu verhasst war den Neuordnern Europas mit dem österreichischen Staats-

kanzler Clemens von Metternich an der Spitze die Idee der Republik, der Sache des Volkes, war doch die Französische Republik wie Napoleon ein Kind der Französischen Revolution. Also wurden die Niederlande als Fürstentum wiederhergestellt.

Wenigstens bei der Frage des Herrschers wurde auf die vorrevolutionären Zustände zurückgegriffen. Die Niederlande waren zwar eine Republik gewesen, aber das Amt des Staatsoberhauptes, des Statthalters, war ab Mitte des 18. Jahrhunderts erblich gewesen. Letzter Statthalter war der Oranier Wilhelm V. gewesen. Der war zwar bereits 1806 gestorben, hatte allerdings mit seiner Ehefrau Wilhelmine von Preußen, Tochter des Prinzen August Wilhelm von Preußen und Enkelin des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I., außer Friederike Luise Wilhelmine auch di-

verse Söhne. Der erste lebte nur einen Tag, der zweite war eine Totgeburt, aber der dritte lebte nach der Befreiung der Niederlande von der französischen Fremdherrschaft noch. Es war der vor einem Vierteljahrtausend, am 24. August 1772, geborene Prinz Wilhelm Friedrich. Er wurde nun 1813 Souveräner Fürst der Niederlande.

Englands Bollwerk gegen Frankreich

Der Wiener Kongress von 1814/15, auf dem die Neuordnung Europas abgeschlossen und international abgesegnet wurde, führte zu einer beachtlichen Aufwertung des Fürsten. Das lag nicht zuletzt an Großbritannien. In London gehörte es zur Staatsräson zu verhindern, dass die der Themsemündung gegenüberliegende Küste des europäischen Kontinents in die Hand einer seefahrenden Großmacht gelangte.

Von daher war Großbritannien an einer Wiederherstellung der österreichischen Niederlande interessiert, denn das damalige Österreich gehörte zu den Großmächten, aber nicht zu den seefahrenden. Die Landmacht schien in der Lage, ihr Territorium zu Lande gegen einen französischen Nachbarn zu verteidigen, aber außerstande, Großbritannien im Ärmelkanal gefährlich zu werden. Der österreichische Kaiser wollte allerdings die schwer zu verteidigenden Exklaven nicht zurück und strebte stattdessen eine Arrondierung des Kerngebietes an, wozu es dann auch tatsächlich kam.

Es musste also eine andere Lösung her. Gegen eine Entlassung der österreichischen Niederlande in die Unabhängigkeit sprach, dass ein derartiger Kleinstaat kaum in der Lage schien, sich dem Drang der seefahrenden Großmacht Frankreich an den Rhein, den sie wie die Pyrenäen im Süden als ihre natürliche Grenze betrachtete, in den Weg zu stellen. Die Lösung bestand schließlich darin, das Gebiet dem nördlichen Nachbarn zuzuschlagen, das heutige Belgien direkt und das 1815 neu geschaffene Großherzogtum Luxemburg indirekt über eine Personalunion.

Damit einher ging eine protokollarische Aufwertung Wilhelms I. Aus dem Souveränen Fürsten der Niederlande wurde 1815 der erste König der Vereinigten Niederlande und zusätzlich der erste Großfürst des zum Deutschen Bund gehörenden Luxemburg. Mit der Vereinigung des Territoriums der heutigen souveränen Staaten Königreich der Niederlande, Königreich Belgien und Großherzogtum Luxemburg in seiner Hand nahm Wilhelm I. 1815 die seit 1958 bestehende heutige Benelux-Union voraus, ging über sie sogar hinaus, haben die Benelux-Staaten doch drei unterschiedliche Staatsoberhäupter und nicht nur eines.

Verlust Belgiens und des Throns

Allerdings verlor Wilhelm I. erst Belgien und dann auch noch seinen Thron. Ganz im Sinne des südlichen Nachbarn, des katholischen Frankreich, kam es in den Vereinigten Niederlanden zu einem Nord-Süd-Konflikt. Der katholische Süden fühlte sich durch den protestantischen Norden religiös, politisch und wirtschaftlich benachteiligt. Das Ergebnis waren 1830 die Belgische Revolution und die Abspaltung Belgiens. Großbritannien arrangierte sich damit, weil das neu geschaffene Königreich neutralisiert und dessen Unabhängigkeit international anerkannt wurde.

Doch auch im Norden rumorte es. Wilhelm zeigte sich reformunwillig. Hinzu kam, dass er nach dem Tod seiner ersten Ehefrau Wilhelmine von Preußen, Tochter des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm II., im Jahre 1837 deren Hofdame, die Gräfin Henriette d'Oultremont de Wégimont, heiraten wollte. Die „Jette Dondermond“ (kleine Henriette Dondermond), so ihr Spottname, galt als nicht ebenbürtig und war katholisch. Wilhelm I. dankte 1840 zugunsten seines ältesten Sohnes Wilhelm II. ab und ging nach Berlin ins Exil, wo er im Folgejahr die Gräfin heiratete und am 12. Dezember 1843 verstarb.



Vor zehn Jahren gestorben: Leber

ordnen. Nachdem unrechtmäßige Abhöraktionen des Militärischen Abschirmdienstes bekannt geworden waren, übernahm der bei den Soldaten beliebte „Soldatenvater“ die politische Verantwortung und trat 1978 als Verteidigungsminister zurück.

Im darauffolgenden Jahr übernahm der Ex-Minister das eher repräsentative als politisch bedeutsame Amt eines Stellvertreters des von der Union gestellten Bundespräsidenten. Im Bundestagswahljahr 1983 zog sich Leber aus der aktiven Politik zurück. Vor zehn Jahren, am 21. August 2012, starb der bekennende und aktive Katholik in seiner Wahlheimat Schönau am Bodensee. M.R.

POLITBÜROPROZESS

Zwei Umgänge mit der eigenen Schuld

Vor dem Landgericht Berlin ergingen vor 25 Jahren die Urteile gegen die Ex-SED-Funktionäre Egon Krenz und Günter Schabowski

VON WOLFGANG KAUFMANN

In der Nacht vom 5. auf den 6. Februar 1989 starb der 20-jährige Mitteldeutsche Chris Gueffroy beim Versuch der „Republikflucht“. Er gilt als das letzte Opfer des Schusswaffeneinsatzes durch DDR-Grenzer an der Berliner Mauer. Gut zwei Jahre später standen diejenigen, die damals gefeuert hatten, wegen gemeinschaftlichen Totschlags vor dem Berliner Landgericht. Das war der Auftakt zu den sogenannten Mauerschützenprozessen.

In deren Verlauf wurden bald auch die politisch und militärisch Verantwortlichen für das Grenzregime als „Täter hinter den Tätern“ zur Verantwortung gezogen. Dazu gehörten die Mitglieder der DDR-Staatsführung Erich Honecker, Erich Mielke, Willi Stoph, Heinz Kessler, Fritz Streletz und Heinz Albrecht. Da die drei Erstgenannten als verhandlungsunfähig galten, erhielt nur der Rest der Angeklagten am 16. September 1993 Freiheitsstrafen zwischen fünf Jahren und einem Monat sowie siebenhalb Jahren.

Vier blieben unbestraft

Außerdem traf es Honeckers Nachfolger an der Spitze von Partei und Staat, Egon Krenz, und sechs weitere hohe Funktionäre aus dem Politbüro des Zentralkomitees (ZK) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Der Prozess gegen diese Sieben begann am 13. November 1995 vor der 27. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts und dauerte bis zum 25. August 1997. Allerdings fielen am Ende nur drei Urteile. Der Angeklagte Harry Tisch verstarb zwischenzeitlich; Kurt Hager, Erich Mückenberger und Horst Dohlschieden aus gesundheitlichen Gründen aus.

Die Kammer unter dem Vorsitz von Josef Hoch verurteilte Krenz wegen mehrfachen Totschlags „im mittelschweren Fall“ zu sechseinhalb Jahren Gefängnis. Dazu kamen jeweils drei Jahre ohne Bewährung für Günther Kleiber und Günter Schabowski.



im Gerichtssaal Berlin-Moabit: Egon Krenz (links) zeigt Günter Schabowski das Buch „Der Volksgerichtshof“

Foto: pa

Nach dem Richterspruch in diesem sogenannten Politbüroprozess klagte Krenz: „Jeder Tote ist einer zu viel – und das ist auch heute meine Meinung. Aber ich bin nicht dafür verantwortlich, dass Deutschland gespalten wurde. Und ich bin auch nicht dafür verantwortlich, dass der Eiserner Vorhang über Europa nieder ging, und ich bin auch nicht dafür verantwortlich, dass beide deutsche Staaten im bittersten Kalten Krieg standen.“

Sechseinhalb Jahre für Egon Krenz

Während Kleiber wie immer schwieg, gab sich Schabowski deutlich reumütiger. Bezug nehmend auf die SED-Ideologie meinte er: „Als einstiger Anhänger und Protagonist dieser Weltanschauung empfinde ich Schuld und Schmach bei

dem Gedanken an die an der Mauer Getöteten. Ich bitte die Angehörigen der Opfer um Verzeihung.“

Damit knüpften Krenz und Schabowski an ihre bisherigen Äußerungen im Prozess an. So hatte Honeckers „Kronprinz“ Krenz gleich zu Beginn beteuert: „Ich gehe erhabenen Hauptes in den Gerichtssaal: Ich bin kein Totschläger ... Angeklagt bin ich, weil ich mich bei einer antikapitalistischen Alternative auf deutschem Boden beteiligt habe.“

Und in seinem Schlusswort vor der Urteilsverkündung behauptete er sogar: „Die siegreiche Macht rächt sich an den Vertretern der besiegten Macht ... Offensichtlich geht es darum, ein selbstgefälliges Propagandabild vom ‚DDR-Unrechtsstaat‘ zum Geschichtsbild zu erheben ...

Eine kurze Zusammenfassung meiner Prozessverfahren könnte so lauten: DDR-Recht wurde entstellt, Völkerrecht missachtet, der Zwei-plus-Vier-Vertrag blieb unbeachtet, der Einigungsvertrag wurde ausgehebelt, das Rückwirkungsverbot und das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes verletzt, selbst das bundesdeutsche Verfahrensrecht wurde missachtet. Ich sehe mich außerstande, diesem Verfahren Fairness oder pflichtbewusste Feststellung der Wahrheit zuzusprechen.“

Drei Jahre für Günter Schabowski

Schabowski hingegen trat von Anfang an nachdenklicher auf, wenn es um sein eigenes und das Verhalten der übrigen Führungsriege der DDR ging. „Wir haben

versucht, die Utopie vom Himmel auf die Erde zu zwingen. Aber wenn man sie in ein bürokratisches Korsett von Einheitsideologie und Planwirtschaft schnürt, verwandelt sich die rote Muse in eine Medusa.“

Weil Krenz unablässig von „Siegerjustiz“ gesprochen hatte, vermutete das Gericht Fluchtgefahr und ließ den Ex-Politiker noch im Gerichtssaal festnehmen. Allerdings kam dieser bereits nach 16 Tagen aufgrund einer Haftbeschwerde wieder frei. Zuvor hatte der frühere DDR-Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer Krenz empfohlen, doch sehr froh zu sein, „in Moabit und nicht in Bautzen zu sitzen“.

Drei Jahre für Günther Kleiber

Am 8. November 1999 verwarf der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes den Revisionsantrag der Politbüromitglieder. Diese seien „als mittelbare Täter für die Erschießung der Flüchtlinge strafrechtlich verantwortlich“, weil sie „die Tatherrschaft und zudem ein eigenes Tatinteresse“ gehabt hätten: „Die Angeklagten wollten keine Destabilisierung der DDR und der SED-Herrschaft. Das hätte ihre herausgehobene Stellung gefährdet und wäre ihren politischen Vorstellungen zuwidergelaufen.“

Ganz ähnlich sahen dies auch das ebenfalls angerufene Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Also mussten Krenz, Schabowski und Kleiber ihre Haftstrafen nun antreten. Allerdings wurden die drei schon im Dezember 2000 beziehungsweise Dezember 2003 wieder entlassen.

Die insgesamt 131 Verfahren wegen des Todes von „Republikflüchtigen“ endeten am 9. November 2004 mit der Verurteilung von vier Grenzoffizieren. Zu diesem Zeitpunkt betrieb Krenz erneut Geschichtsklitterung, indem er nun auch die Existenz des Schießbefehls leugnete, während Schabowski eindringlich vor der in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ umbenannten SED warnte.

NUMISMATIK

Gleich zwei auf einen Streich

Die Bundesregierung hat die Herausgabe zweier 20-Euro-Sammlermünzen im August und September 2023 beschlossen

Die Bundesregierung hat beschlossen, dass eine 20-Euro-Sammlermünze anlässlich des 400. Jubiläums der Erfindung der Rechenmaschine durch den Universalgelehrten Wilhelm Schickard (1592–1635) und des 100. Geburtstages des deutschen Humoristen Vicco v. Bülow alias Loriot am 12. November kommenden Jahres erscheinen soll. Die beiden Münzen bestehen aus Sterlingsilber (Ag 925). Sie haben eine Masse von

18 Gramm, einen Durchmesser von 32,5 Millimeter und werden in den beiden Prägequalitäten Stempelglanz und Spiegelglanz hergestellt.

Im Gegensatz zur erstgenannten enthält die Loriot-Münze ein farbig gestaltetes Motivelement. Deren vom Studio Loriot und der Staatlichen Münze Berlin gestaltete Bildseite zeigt den „Rosenkavalier“ und damit eine der bekanntesten Zeichnungen Vicco von Bülow's, die er oft

als besonderes Geschenk neben Autogrammen skizzierte. Das Porträt schwebt frei auf dem Münzgrund. Die Umschrift nennt Namen und Lebensdaten des Gelehrten.

Die auf einem Entwurf des Künstlers Ulrich Böhme aus Stuttgart beruhende Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „Bundesrepublik Deutschland“, Wertziffer und Wertbezeichnung, das Prägezeichen „A“ der Staatlichen Münze Berlin, die Jahreszahl 2023 sowie die zwölf Europasterne. Zusätzlich ist die Angabe „Silber 925“ aufgeprägt. Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „Ach was“, hinsichtlich seiner Bekanntheit nur noch vergleichbar mit „Ah ja“

Die von dem Künstler Florian Huhoff aus Berlin entworfene andere 20-Euro-Sammlermünze zeigt auf der Bildseite im Zentrum die schematisierte historische Rechenmaschine, an der seitlich einige Funktionszusammenhänge, wie beispielsweise der Zahnradmechanismus, im Duktus eines Schaubilds annotiert werden. Vertikal zentriert steht im oberen Bereich der Münze das Thema „400 Jahre Rechen-

maschine“ im Versalsatz und einer ebenfalls rationalen serifenlosen Schrift. Im unteren Bereich der Münze wird der Name des Gelehrten sowie links versetzt die Jahreszahl seiner Erfindung in einer Antiqua-Schrift ausgewiesen.

Die Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „Bundesrepublik Deutschland“, Wertziffer und Wertbezeichnung, das Prägezeichen „D“ des Bayerischen Hauptmünzamtes, München, die Jahres-

zahl 2023 sowie die zwölf Europasterne. Zusätzlich ist die Angabe „Silber 925“ aufgeprägt. Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „machinam extruxi quae datorum numeros computet“ (Ich habe eine Maschine konstruiert, die gegebene Zahlen verrechnet). Dabei handelt es sich um eine verkürzte Version eines Satzes aus einem Brief Schickard an Johannes Kepler, in dem Schickard über seine Erfindung berichtet. PAZ



20-Euro-Sammlermünze „400 Jahre Rechenmaschine von Wilhelm Schickard“



20-Euro-Sammlermünze „100. Geburtstag Vicco v. Bülow (Loriot)“

Fotos (2): BVA

VON WOLFGANG KAUFMANN

Geheimdienste verwenden heute eine Vielzahl unterschiedlicher Methoden, für die im Zeitalter der allgegenwärtigen Dominanz des Englischen auch diverse englische Abkürzungen existieren. Die allerälteste Form der Gewinnung von Erkenntnissen heißt HUMINT (Human Intelligence). Darunter versteht man vor allem den Einsatz von Menschen als Spione oder Spitzel. Mit dem technischen Fortschritt kam dann später noch die IMINT (Imagery Intelligence) hinzu. Hier geht es um die Anfertigung von Bildern und Filmen aller Art. Des Weiteren kennt die moderne Spionage noch eine Vielzahl von Techniken zur Aufklärung.

Schließlich verwenden Geheimdienstler noch eine Methode, die zwar mindestens so alt ist wie die Schrift, aber erst 2002 vom Director of Central Intelligence (DCI) der USA, George Tenet, formell als Open Source Intelligence (OSINT) deklariert wurde und die auf den ersten Blick gar nichts mit dem zu tun zu haben scheint, was man landläufig unter Geheimdiensttätigkeit versteht. Laut Tenet geht es um nichts anderes als die Nutzung von „öffentlich verfügbaren Informationen, die gesammelt, ausgewertet und kurzfristig unter geeigneten Adressaten verbreitet werden, um besondere nachrichtendienstliche Anforderungen zu erfüllen“.

Dabei ist OSINT inzwischen längst keine ausschließliche Domäne der Geheimdienste mehr, sondern auch bei immer mehr Nichtregierungsorganisationen und sogar privaten Akteuren beliebt, weil hier weder teure Ausrüstungen nötig sind noch ein nennenswertes Risiko für die „Agenten“ besteht.

Die Kundschafter können ganz bequem von zu Hause aus recherchieren und auf eine Vielzahl von für jedermann zugänglichen Quellen zurückgreifen, als da beispielsweise wären: Artikel in Zeitungen und Zeitschriften, Berichte im Hörfunk und im Fernsehen, Wortmeldungen oder hochgeladene Bilder in den sozialen Netzwerken, Internetseiten, Satellitenaufnahmen von kommerziellen Anbietern sowie Kartenmaterial wie das von Google Maps.

Ukrainekrieg im Fokus

Zu den besonders prominenten Einzelakteuren aus der Welt der OSINT zählen der Briten Eliot Higgins alias Brown Moses, welcher 2013 aufdeckte, in welchem Ausmaß die Saudis damals kroatische Kriegsgüter nach Syrien schmuggelten, und der US-Student hinter dem Pseudonym OSINTechnical, auf dessen Analysen über den Ukrainekrieg manchmal bis zu 500 Millionen Nutzer weltweit zugreifen. Sehr bekannt sind mittlerweile auch die beiden Niederländer Stijn Mitzer und Joost Oliemans, die in ihrem



„OSINT“ ist längst auch bei privaten Akteuren beliebt: Netz-Rechercheur bei der Arbeit

Foto: Mauritius

MODERNE SPIONAGE

Wie ganz normale Zeitgenossen Geheimdienst spielen können

„OSINT“: Die Abschöpfung allgemein zugänglicher Quellen gewinnt bei der Aufklärungsarbeit immer mehr an Bedeutung – Damit aber auch der Missbrauch zwecks geschickter Desinformation

Blog Oryx minutiös aufzisten, welches Kriegsmaterial Russland und die Ukraine seit Februar 2022 verloren haben.

Was den Konflikt in der Ukraine betrifft, können sich die OSINT-Detektive auf besonders viele Quellen stützen, was nicht zuletzt aus der Unprofessionalität der Akteure resultierte und teilweise noch immer resultiert. So war es anfangs sogar möglich, den Funkverkehr des russischen strategischen Bomberkommandos via WebSDR, also einen mit dem Internet verbundenen Software-definierten Radioempfänger, abzuhehren.

Aus all diesen Gründen steht die Ukraine momentan voll im Fokus der OSINT-Gemeinde, wobei das Vertrauen der Medien und der Bevölkerung in die aus offenen Quellen stammenden Informationen schier grenzenlos zu sein scheint. Doch diese Leichtgläubigkeit

könnte sich als Fehler erweisen, wie das Beispiel Bellingcat zeigt.

Das international aufgestellte Recherchenetzwerk, welches 2014 von dem zuvor allein agierenden Higgins gegründet wurde, ist inzwischen das beste Beispiel dafür, dass es auch OSINT-Akteure gibt, deren Tätigkeit stutzig machen muss. Bellingcat mischt seit geraumer Zeit immer an vorderster Stelle mit, wenn es um angebliche Anschläge russischer Geheimdienste auf Kremlgegner oder – neuerdings – Kriegsverbrechen der Truppen Putins geht. Dabei erstaunt, aus welch exklusiven Quellen die Schar um Higgins nunmehr zu schöpfen vermag: Behördliche Pass-Datenbanken, Aufzeichnungen über Visa-Erteilungen, GPS-Bewegungsmuster von Mobiltelefonbesitzern, Bilder von Überwachungskameras auf Flughäfen und des Militärs ... Denn darauf kann man

nicht einfach so per Internet zugreifen, wie Bellingcat behauptet, vielmehr haben üblicherweise nur Geheimdienste oder staatliche Sicherheitsbehörden Zugang.

Verdächtige Quellen und Spender

Dazu passt, was bislang über die Geldquellen der angeblich „unabhängigen Graswurzelbewegung“ und „Nichtregierungsorganisation“ (NGO) Bellingcat bekannt wurde. Wie das Recherchenetzwerk selbst angibt, erhält es Spenden von diversen Stiftungen. Dazu zählen unter anderem die Adessium Foundation, welche ihrerseits ganz maßgeblich von der niederländischen Regierung finanziert wird, die Stiftungsgruppe Open Society Foundations (OSF) des „philanthropischen“ US-Milliardärs George Soros und die Washingtoner Denkfabrik National Endowment for Democracy (NED), die zwar of-

fiziell auch als NGO gilt, aber Jahr für Jahr umfangreiche Mittel aus dem Staatshaushalt der USA erhält. Zur Arbeitsweise der NED sagte deren Mitbegründer und ehemalige Präsident Allen Weinstein im Interview mit der „Washington Post“, sie tue nun ganz offen das, „was vor 25 Jahren die CIA verdeckt getan hat“ – nämlich auf Regimewechsel im Ausland hinarbeiten.

Insoweit ist bestimmt nicht alles OSINT, was als OSINT bezeichnet wird. Vielmehr könnte es sich bei den Erkenntnissen der angeblich zuvörderst von nichtstaatlichen Akteuren betriebenen Open Source Intelligence auch um Desinformationen aus der Küche der Geheimdienste handeln. Denn die Öffentlichkeit zu belügen und mit Falschnachrichten Politik zu machen, gehört ja ebenso zu den Aufgaben von CIA und Co. wie die geheime Informationsbeschaffung.

WOHNKOSTEN

Mieterbund warnt: Millionen mit Heizkosten überfordert

Infolge der Gaspreisexpllosion drohen saftige Aufschläge – Mieterschutz-Chef nutzt die Lage für massive Forderungen

Die Preise für Gas explodieren. In der Folge dieser Entwicklung steigen auch die Heizkosten für Mieter und damit die Bruttomieten. Volker Rastätter vom Münchener Mieterverein: „Der große Hammer kommt für Mieterinnen und Mieter spätestens im Herbst 2022, wenn die exorbitante Nebenkostenabrechnung für 2021 im Briefkasten landet.“

Lukas Siebenkotten, Präsident des Deutschen Mieterbundes (DMB), fordert einen besseren Kündigungsschutz und ein Schuldenmoratorium für säumige Mieter. Sonst könnte ein Drittel der Menschen ihre Energierechnung nicht bezahlen: „Das sind verdammt viele Menschen

... Wir sprechen hier über Millionen.“ Er wird bei dieser Gelegenheit gleich grundsätzlich und fordert eine umfassende Reform des Wohngelds und einen deutlich erweiterten Kündigungsschutz.

Siebenkotten denkt an Wohngeld für alle Haushalte bis zu einem Monatsnettoeinkommen von 5000 Euro und will zusätzlich noch eine jährliche Heizkostenpauschale als „Klimakomponente“ in das Wohngeld einfügen: „Mieter, die die hohen Energiekosten nicht zahlen können, müssten vor Kündigungen geschützt werden und darüber hinaus eine zweijährige Stundung der Schulden erhalten“, so der DMB-Chef.

Der Vorschlag der SPD, die nur einen sechsmonatigen Kündigungsschutz nach Erhalt der Betriebskostenabrechnung einführen will, gehe nicht weit genug. „Man muss Mieter auch vor Kündigungen schützen, wenn sie erhöhte Vorauszahlungen nicht leisten können.“

Streit um Vorauszahlungen

Viele Vermieter drängen nun auf höhere Abschlagszahlungen, die wie eine Mietenhöhung wirke. Rastätter: „Der Vermieter kann die Summe der monatlichen Vorauszahlungen erhöhen, wenn dem Mieter durch die gestiegenen Heizkosten ein heftiger Nachzahlungsbetrag droht.“

Der Eigentümerverband Haus und Grund ist besorgt: „Auch in unseren Vereinen kommt es vermehrt zu Anfragen mit Blick auf die steigenden Energiepreise – etwa zu der Frage, wann Vorauszahlungen angepasst werden können.“

Aus Kreisen des Mieterbundes heißt es: „Teilweise müssen Single- und Familien-Haushalte mit einer Nachzahlung in dreistelliger Höhe rechnen.“ Jutta Hartmann vom Mieterbund denkt daran, die Heizkosten zumindest temporär dem Vermieter aufzubürden: „Vermieter haben keinen Anspruch darauf, unterjährig höhere Vorauszahlungen zu verlangen. Einen Anspruch auf die Zahlung erhöhter

Nebenkostenvorauszahlungen hat der Vermieter nur nach Abrechnungslegung.“

Konrad Adenauer, der Präsident von Haus und Grund Rheinland-Westfalen, warnte schon vor zwei Jahren: „Vermieter müssten dann mit für die Heizkosten der Mieter aufkommen, obwohl sie darauf wenig Einfluss haben. Schließlich entscheidet der Mieter, wie weit er die Heizung aufdreht und ob er sorgsam lüftet oder zum Fenster hinaus heizt.“ Hier kündigt sich ein juristischer Streitfall an. Daher ist es gut denkbar, dass diese Fragen mit zeitlicher Verzögerung erst vor dem Bundesverfassungsgericht endgültig entschieden werden. Frank Bückler

RUSSLAND-SANKTIONEN

Memels LNG-Hafen als Vorbild

Umschlagplatz für Gasexporte in baltische Staaten – Weitere gemeinsame Terminals geplant

VON BODO BOST

Seit dem 3. März, gut eine Woche nach Kriegsbeginn, haben die Betreiber des LNG-Terminals Memel die Annahme von Ladungen aus Russland aus- und damit die Boykott-Maßnahmen der EU durchgesetzt. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 62 Prozent des in Litauen, Lettland, Estland und Finnland verbrauchten Gases über das LNG-Terminal in Memel abgewickelt. Der größte Anteil des Erdgases wurde aus den USA importiert.

Bis 2014 von Russland abhängig

Das LNG-Terminal von „Klaipėdos Nafta AB“ wurde am 3. Dezember 2014 in Betrieb genommen. Das Terminal und ein Liegeplatz für ein LNG-Schiff befinden sich im Kurischen Haff in der Nähe der Insel „Schweinerücken“. Das LNG-Terminal und die zugehörige Infrastruktur bestehen aus einem LNG-Schiff als schwimmendem Speicher, einem Liegeplatz für das Anlegen des LNG-Tankers und einer LNG-Pipeline, über die Erdgas vom Terminal in das litauische und übrige baltische Erdgasnetz eingespeist wird. Vor dem Terminalbau hatte Litauen keine Alternativen für die Gasversorgung – es bezog sein Erdgas aus Russland, über eine einzige Pipeline durch Weißrussland, und die Gasversorgungskapazität des lettischen Inčukalnis-Gaspeichers reichte im Falle einer Unterbrechung der Versorgung über Weißrussland nicht aus.

Bereits 2010 hatte die Regierung der Republik Litauen beschlossen, dass Klaipėdos Nafta AB mit der Entwicklung eines Flüssiggas-Terminalprojekts beginnen sollte. Das schwimmende Terminal wurde von dem norwegischen Unternehmen Hoegh gebaut. Vier Banken erteilten eine Zusage über Darlehen in Höhe von 250 Millionen Euro für den Bau eines neuen Flüssiggasterminals. Im Februar 2014 wurde der LNG-Tanker „Independence“ für Litauen offiziell auf einer südkoreanischen Werft vom Stapel gelassen. Die „Independence“ ist für



LNG-Terminal in Memel: Bereits 2014 nahm die „Klaipėdos Nafta AB“ die Anlage in Betrieb

Foto: Shutterstock

zehn Jahre von der norwegischen Hoegh LNG geleast. Es besteht ein Rückgaberecht am Ende des Leasingzeitraums.

Die interministerielle Arbeitsgruppe in Litauen hatte zunächst in Erwägung gezogen, das LNG-Terminal vor der Küste zwischen Polangen und Butinge oder westlich der Kurischen Nehrung, am nördlichen Wellenbrecher des Hafens von Memel oder im südlichen Teil des Hafens in der Nähe der Halbinsel Schmelz zu errichten. In Butinge befindet sich auch die Endstation der Ölpipeline aus Russland. Am Ende einigte man sich jedoch auf den jetzigen Standort.

Die Pipeline vom LNG-Terminal durch das Kurische Haff zur Küste wurde in einer Tiefe von etwa 25 bis 35 Meter unter der Insel Schweinerücken und dem Kurischen Haff verlegt. Die Gaspipeline wurde vom deutschen Unternehmen

PPS Pipeline Systems GmbH gebaut. Sie verbindet die LNG-Anlegestelle im Hafen mit dem litauischen Erdgasfernleitungsnetz Jurbarkas-Memel. Am 21. August 2014 unterzeichnete LITGAS einen Fünfjahresvertrag mit dem norwegischen Unternehmen Equinor über die Versorgung des Terminals mit der notwendigen Produktionsmenge – 540 Millionen Kubikmeter Erdgas pro Jahr. Dieses Volumen wird benötigt zur Sicherstellung der staatlich regulierten Strom- und Wärmeerzeugung in Litauen.

2017 wurde die LNG-Verteilerstation eröffnet. Im Oktober 2018 wurde bekannt gegeben, dass die Litauer seit 2014 mit dem LNG-Terminal in Memel durch die Wahl des Gaslieferanten insgesamt 103 Millionen Euro eingespart haben. Das LNG-Terminal hat eine maximale Jahreskapazität von vier Milliarden Ku-

bikmeter. Diese Gasmenge deckt den gesamten Bedarf des Landes und ermöglicht den Export von Gas in die Nachbarländer.

Großes Einsparpotential

Das Flüssigerdgas-Terminal in Memel reicht jedoch nicht aus, um den Gasbedarf aller baltischen Länder gänzlich zu decken. Deshalb sind Gespräche über ein zweites LNG-Terminalprojekt in den baltischen Staaten im Gange. Eine Erweiterung der Kapazität des LNG-Terminals in Memel wird derzeit nicht diskutiert. Der estnische Minister für Wirtschaft und Infrastruktur, Tavis Asas, erklärte, dass Estland mit Lettland und Finnland über die Möglichkeit des Baus eines gemeinsamen LNG-Importterminals verhandelt, aber noch keine Entscheidung getroffen habe.

MELDUNGEN

Rathauskuppel wird saniert

Allenstein – Die Gewitter vom Februar ziehen kostspielige Ausbesserungen am immer noch eingerüsteten Turm des Allensteiner Rathauses nach sich. Um die Kugel und die Wetterfahne herzurichten, sind nach Einschätzung der Stadtverwaltung umgerechnet gut 20.000 Euro nötig. Es hat sich eine Firma in Mohrungen gefunden, deren Angebot sich in diesem Rahmen bewegt. Sie soll die notwendigen Arbeiten übernehmen. Die veranschlagte Zeit für den Auftrag liegt bei vier Monaten. Die übermäßige Abdichtung der Kugel von unten und eine schwache Isolierung stählerner und kupferner Teile hatten zur Korrosion geführt. Darüber hinaus war das Dreielement der Wetterfahne in Form eines Kugellagers nicht genug für atmosphärische Bedingungen geeignet. Nach der Restaurierung der Kugel und vor ihrer Montage wird darin die bei der Reparatur gefundene und inzwischen ergänzte Zeitkapsel hinterlegt. U.H.

Überwachung russischer Züge

Suwalken – Daniel Michaels schrieb in „Wall Street Journal“, dass litauische Hubschrauber viele russische Züge ins Königsberger Gebiet begleiteten aus Sorge über einen Anstieg von Patrouilleneinsätzen gegenüber 2020 im Bereich des Suwalki-Korridors. Die Überwachung mit Hubschraubern solle sicherstellen, dass die Züge nicht anhalten und dass nichts aus ihnen entladen oder in sie geladen werde. Er äußerte sich ebenfalls besorgt über die Zukunft der polnisch-litauischen Grenzregion zwischen dem Königsberger Gebiet und Weißrussland. Die unsichere Lage und die Gefahr, dass Russland am Suwalki-Korridor einen Krieg mit der NATO beginnen könnte, schrecke Touristen und Investoren ab, was sich bereits auf Geschäftsleute in Suwalken negativ auswirke. MRK

ALLENSTEIN

Mehr Komfort am Okullsee

Die neue Seebrücke wurde fertiggestellt – Am beliebten Sportzentrum entstehen Luxus-Apartments

In diesem Sommer können die Bewohner und Besucher Allensteins bereits den neuen Steg am Okullsee nutzen, dessen Renovierung rund 800.000 Euro gekostet hat. Die Seebrücke im heutigen Sport- und Erholungszentrum Okullsee wurde vor etwa einem Vierteljahrhundert gebaut. Damit sie weiterhin sicher genutzt werden kann, musste sie komplett abgerissen und von Grund auf neu gebaut werden.

Während der Renovierungsarbeiten wurden die verschlissenen Holzträger durch 36 neue Stahlelemente ersetzt. Außerdem hat man den gesamten Bretterbelag durch eine dauerhafte Konstruktion aus Eiche und Lärche ersetzt. Das war der Hauptteil der Umbauarbeiten. Der neue Steg wird bald um zusätzliche Elemente wie Fernrohre und Ferngläser ergänzt, die die Beobachtung von Natur und Tieren in der malerischen Seeumgebung ermöglichen. Insgesamt sollen vier Beobachtungs-

posten in der Gegend entstehen: auf der Seebrücke, auf der Terrasse oberhalb des Boot- und Wassersportgeräteverleihs so-

wie bei den Einrichtungen in der Sielska- und der Olimpijska-Straße. Das Erholungs- und Sportzentrum Okullsee, eines der be-

liebtesten Ausflugsziele in Allenstein, wird jedes Jahr von mehr als einer Million Touristen aus der Republik Polen und dem Ausland besucht.

Mittlerweile wird in unmittelbarer Nähe des Stadtstrandes ein modernes Apartmenthaus gebaut, das zu einem prestigeträchtigen Symbol der Stadt werden soll. Der Neubau mit dem Namen „Zatoka Apartamenty“ (Appartements an der Bucht) soll zur neuen Luxus-Ikone werden. Nach Angaben der Investoren wird das Gebäude durch seine ungewöhnliche Fassade aus gebogenem Glas hervorstechen. „Sobald man die Schwelle der Eingangstür des Gebäudes überschreitet, öffnet sich eine repräsentative Empfangslobby und eine Designer-Innenausstattung. In dem modern gestalteten Räumen des Restaurants im Erdgeschoss bekommen die Bewohner die Gelegenheit, hervorragend zu essen, Zeit mit Freunden zu verbringen

oder ein romantisches Abendessen zu zweit zu verbringen. Ein abendlicher Spaziergang entlang der Promenade und des Strandes am Okullsee, das Entspannen auf der grünen Terrasse oder das Genießen des Sonnenuntergangs direkt von der eigenen Wohnung aus sind der krönende Abschluss eines jeden schönen Tages.“ Auf diese Weise wirbt der Bauträger für den Kauf einer Wohnung in dem Mehrfamilienhaus.

Das Apartmentgebäude soll mit dreifach verglasten Aluminiumfenstern ausgestattet werden, die höchsten Anforderungen an die Energieeffizienz genügen. Darüber hinaus werden Videosprechanlagen, geräuscharme Aufzüge, LED-Beleuchtung und Bewegungssensoren für zusätzliche Energieeinsparungen installiert. Der Preis pro Quadratmeter Wohnfläche liegt ungerechnet zwischen 2700 und 4000 Euro. Die Fertigstellung ist für Ende 2023 geplant. Dawid Kazanski



Nach Fertigstellung: Der neue Steg lädt zum Flanieren ein

Foto: D.K.

Wir gratulieren...



Zum 103. Geburtstag

Westmeier, Karl-Heinz, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 22. August

Zum 98. Geburtstag

Schergaut, Margarete, geb. **Wrase**, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 22. August

Zum 99. Geburtstag

Frank, Gertrud, geb. **Palm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. August
Skowronek, Herta, aus Lyck, am 22. August
Terzi, Hedwig von, aus Lyck, Falkstraße 11, am 22. August

Zum 98. Geburtstag

Baumgard, Werner, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 25. August
Bressau, Heinz, aus Treuburg, am 21. August
Reiss, Else, geb. **Korsch**, aus Goldbach, Kreis Mohrunen, am 23. August

Zum 97. Geburtstag

Bratumil, Herbert, aus Lyck, am 22. August
Joswig, Werner, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. August
Milpacher, Hildegard, geb. **Preuß**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. August
Rama, Eduard, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 21. August

Zum 96. Geburtstag

Beutel, Hildegard, geb. **Tresp**, aus Maldeuten, Kreis Mohrunen, am 21. August
Nuppenau, Herta, geb. **Nickel**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 22. August
Rimkus, Kurt, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 22. August
Theile, Anneliese, geb. **Scheffler**, aus Schupöhnen, Kreis Fischhausen, am 24. August

Waschkau, Charlotte, geb. **Demowski**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 24. August

Zum 95. Geburtstag

Beuck, Lucie, geb. **Bojahr**, aus Potheten, Kreis Fischhausen, am 24. August
Ehlert, Erna, geb. **Rekittke**, aus Drenken, Kreis Mohrunen, am 19. August
Hellwich, Helga, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 19. August
Mertens, Ursel, geb. **Sarzio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. August
Przygoda, Paul, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Thies, Wilfried, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. August

Zum 94. Geburtstag

Hensch, Edith, geb. **Mahler**, aus Wehlau, am 24. August
Krause, Else, geb. **Kwiczinski**, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 25. August
Litzbarski, Elly, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 25. August
Mrozek, Käthe, geb. **Steinat**, aus Ebenrode, am 23. August
Raikowski, Irne, geb. **Radzimanowski**, aus Pittehen, Kreis Mohrunen, am 23. August
Wirtz, Gertrud, geb. **Lubeck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 22. August

Zum 93. Geburtstag

Bark, Brigitte, geb. **Lehwald**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 23. August
Bünger, Renate, geb. **Boguschewsk**, aus Lengenquell, Kreis Treuburg, am 23. August
Döhler, Gerda, geb. **Böhm**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 20. August
Lang, Karl, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 19. August
Langer, Irmgard, geb. **Bilda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 25. August
Lübke, Waltraut, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 20. August
Mauritz, Robert, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 20. August

Mischnat, Elisabeth, geb. **Kalinowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. August
Podbielski, Erich, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 25. August
Schmucker, Magda, geb. **Schosau**, aus Ragnit, Bernhardshöfer Straße 33, am 17. August
Sprotte, Inge, geb. **Kaulbach**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 21. August
Thomaschky, Harro, aus Tilsit, Jägerstraße 22, am 22. August
Wessel, Egon, aus Treuburg, am 19. August

Zum 92. Geburtstag

Bürgermeister, Lore, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 21. August
Charpentier, Hildegard, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 25. August
Glang, Herbert, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 19. August
Hug, Elfriede, geb. **Jedamski**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 22. August
Lusch, Gerda, geb. **Wilks**, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 22. August
Moese, Lieselotte, geb. **Zeranski**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 25. August
Nagel, Inge, geb. **Keller**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. August
Possoch, Irmtraud, geb. **Kukulies**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 24. August
Schudy, Karl-Heinz, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 24. August
Schulz, Heinz, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 22. August
Strauch, Charlotte, geb. **Erlach**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 20. August
Zielenski, Eduard, aus Omulehofen, Kreis Neidenburg, am 25. August

Zum 91. Geburtstag

Fleischer, Eva, geb. **Kallweit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 25. August
Giese, Edith, geb. **Ruibat**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 23. August
Grampe, Gerda, geb. **Meiser**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 22. August

ANZEIGE

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
 Format: 65 x 45 cm
 Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt

29,95 €
inkl. Versand

Bestellung:
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
 Buchstr. 4, 22087 Hamburg
 Tel. 040/41 40 08 0
 selke@ostpreussen.de

Grüning, Charlotte, geb. **Fladda**, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 21. August
Kerber, Edith, geb. **Meyer**, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 20. August
Kirchbach, Evelin, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 25. August
Seidel, Herta, geb. **Kossack**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 24. August
Ubl, Irma, geb. **Daudert**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 21. August
Voigtmann, Kriemhild, geb. **Zacharias**, aus Monken, Kreis Lyck, am 19. August

Ramm, Ursula, geb. **Kraft**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 24. August
Warnke, Erika, geb. **Pusch**, aus Monken, Kreis Lyck, am 22. August
Wawrsinek, Anneliese, geb. **Heinrich**, aus Blumenfeld, Kreis Pillkallen, am 22. August
Weiss, Margarete, geb. **Oberüber**, aus Walden, Kreis Lyck, am 25. August
Würzebesser, Helga, geb. **Sakautzki**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. August
Zinnall, Werner, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 24. August

Zum 80. Geburtstag

Amann, Erika, geb. **Kanzler**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 25. August
Becker, Eva-Maria, geb. **Schmeer**, aus Richau, Kreis Wehlau und aus Sachen, Kreis Neidenburg, am 21. August
Behrens, Lisa, geb. **Hartwig**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 22. August
Bombor, Reinhold, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 19. August
Franke, Peter, aus Wehlau, am 23. August
Glitzza, Siegfried, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 22. August
Junik, Hannelore, geb. **Litty**, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 19. August
Kraffzik, Dieter, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 25. August
Müller, Doris, geb. **Klatt**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 22. August
Patzwaldt, Wilfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. August
Röschke, Marika, geb. **Daus**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 25. August
Zielenbach, Dorothea, geb. **Knechtges**, aus Georgenthal, Kreis Mohrunen, am 23. August

Zum 85. Geburtstag

Brezina, Eva, geb. **Frismuth**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 22. August
Grenz, Siegfried, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 25. August
Lewanskowski, Edith, geb. **Kehler**, aus Lyck, am 25. August
Liebe, Lieselotte, geb. **Krafft**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 22. August
Menz, Anna, geb. **Bronnert**, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 24. August
Pawlitz, Jürgen, aus Lyck, am 23. August
Sanden, Irene, geb. **Karpowski**, aus Neidenburg, am 20. August
Schmitz, Ida, geb. **Sprinkmeier**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 21. August
Schniesko, Werner, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 25. August
Schwarz, Louis-Ferdinand, aus Pollwitten, Kreis Fischhausen, am 24. August
Symanski, Reinhold, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 19. August
Theylich, Irene, geb. **Atzpodien**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. August

Zum 75. Geburtstag

Auer, Willibald, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 19. August

Zusendungen für die Ausgabe 35/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 35/2022 (Erstverkaufstag 2. September) **bis spätestens Dienstag, den 23. August**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Huse
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern der LO-LG M-V in Schwerin
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg
 Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Stiftung
 »Zukunft für Ostpreußen!«

Forum Fugger Privatbank
 IBAN: DE56 2203 0004 1001 8348 83
 BIC: FURBDE33

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Treffen der Gruppe

Hof – In der nächsten Veranstaltung wird es um den Osterbau am 13. August und das ostpreußische Wappentier, den Elch, gehen.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Veranstaltungen

Bremen – Die Donnerstags-Sprechstunden in der Geschäftsstelle Parkstraße 4 in Bremen (Telefon 0421-3469718) werden ab sofort von 15 bis 17.30 Uhr mit dem Vorverkauf für den „Sommerausklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken“ wieder aufnehmen.

Die Veranstaltung im Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen, findet am Sonnabend, 3. September, ab 15 Uhr statt und beginnt mit einer Kaffeetafel. Im Begleitprogramm wird uns die „Musikerfamilie Sattlermaier aus Gifhorn“ ein Volks- und Heimatliederprogramm (vokal und instrumental) aus Schlesien sowie Ost- und Westpreußen vortragen.

Die Preise der Veranstaltung betragen: Eintritt und Abendessen (Schmandschinken oder Beetenbartsch) 17 Euro, Eintritt und Abendessen (Gemüseteller) 13 Euro. Ein Eintritt ohne Teilnahme am Essen ist aus organisatorischen Gründen nicht möglich.

Im Preis ist der in alter Tradition vor dem Essen genossene Mischel enthalten. Eine Anmeldung in unserer Geschäftsstelle ist unbedingt erforderlich und bindend, da wir für die Essensbestellung einsteuern müssen!



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Erntedank

Kassel – Donnerstag, 1. September, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140, Kassel-Wolfs-

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

anger: „Erntedank im Osten und im Westen“.



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Treffen der Gruppe

Bielefeld – Am Montag, dem 15. August, trifft sich die Gruppe der Ost- und Westpreußen in Bielefeld wieder zu einem gemütlichen Nachmittag bei Kaffee und Kuchen in fröhlicher Runde zum Thema: „Sommer in Ostpreußen“ mit einem Bericht vom Sommerfest der Deutschen Minderheit in Ermland und Masuren, im Freilichtmuseum in Hohenstein [Olsztyn]. Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder und Freunde Ostpreußens.

Treffpunkt ist im Gasthaus – Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“ in der Kurt-Schumacher-Straße 17a, in 33615 Bielefeld, um 15 Uhr, zu erreichen mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Haltestelle „Bültmannshof“.

Voranmeldung bitte bei Frau Barbara Dörr, Telefon (0521) 82026, oder Gertrud Riede, (05202) 5584. Wir freuen uns auf Ihr Kommen. Mit heimatischen Grüßen, der Vorstand.



Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Mitglieder- und Delegiertenversammlung

Bad Nenndorf – Von Freitag, 9. September, bis Sonntag, 11. September, Hotel Esplanade, Bad Nenndorf: Mitglieder- und Delegiertenversammlung/Kreistagssitzung. Die Delegierten treffen sich schon am Freitag, 9. September zur Kreistagssitzung/Delegiertenversammlung. Für die ersten Besucher des Treffens werden im Raum LUZERN des Hotels Film-Vorträge gezeigt.

Am Sonnabend, 10. September, öffnet das Tagungsbüro und die Besucher haben Gelegenheit, Filmvorträge aus der Heimat zu sehen. Um 12 Uhr beginnt das Mittagessen im Restaurant und um 14 Uhr ist Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung.

Es folgen geistliche Worte und außerdem Grußworte des Landrats der Partnerstadt Nordhorn Uwe Pietzek. Danach werden Ehrungen und Rechenschaftsberichte sowie Wirtschafts- und Ertragsplan durch den Versammlungsleiter vorgelesen.

Außerdem berichten die Kirchspielvertreter über Altes und Neues aus den jeweiligen Kirchspielen. Danach bleibt noch genug Zeit zum Plachandern und für Musik-Vorträge.

Am Sonntag, 11. September, ist Gottesdienst in der Kirche Steinhude sowie Ausklang im Hotel Esplanade. *Manfred Romeike*



Fischhausen

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. **Stellvertretender Vorsitzender:** Uwe Nitzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienf:** Heiderun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Telefon** (03447) 8966021, H.Meller@t-online.de, www.kreis-fischhausen.de. **Gst.:** Fahltkamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

Treffen Seestadt Pillau e.V.

Eckernförde – Sonnabend, 10. September, bis Sonntag, 11. September, 16 Uhr, Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3: 68. Pillauer Treffen in der Patenstadt Eckernförde. Dazu laden wir herzlich ein und freuen uns auf ein Wiedersehen. Das Treffen beginnt am Sonnabend, dem 10. September, um 16 Uhr, mit der Sitzung der Gemeinschaftsvertretung in der Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3, Gäste sind willkommen. Zum gemeinsamen Abendessen, Gedankenaustausch oder einfach Klönen haben wir einen separaten Raum im Restaurant Montenegro, Jungfernstieg 135 (am Innenhafen), ab 18 Uhr gebucht. Der Festakt am Denkmal des Großen Kurfürsten findet wie gewohnt am Sonntag um 12 Uhr statt.

Ab 13.30 Uhr treffen wir uns dann wieder im Montenegro zum Mittagessen, auch Kaffeetrinken und Abendessen bis 20 Uhr sind vor Ort möglich. Ein Unterhaltungsprogramm ist noch in Vorbereitung. Vom Denkmal bis zum Restaurant wird ein Fahrdienst vom Verein organisiert und bezahlt. *Christina Ziegler*



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümenstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Unser Hauptkristreffen

Zu unserem diesjährigen Hauptkristreffen laden wir alle Landsleute aus dem Kreis Gerdauen sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen oder sich dafür interessieren, am 1. und 2. Oktober nach Bad Nenndorf ein. Unser Veranstaltungsort ist das Hotel Esplanade in der Bahnhofstraße 8, in dem uns Räume zur Verfügung stehen. Folgendes Programm ist geplant (Änderungen vorbehalten):

Sonnabend, 1. Oktober 2022

9 Uhr Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade (Infotisch mit Ansichtsexemplaren unserer Publikationen); 9–11.30 Uhr Kreistagssitzung; im Laufe des Tages: Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten aus dem Heimatkreis und zum direkten Kontakt mit Ihren Kirchspielver-

... und am Ende meiner Reise hält der
Ewige die Hände und er winkt und
lächelt leise - und die Reise ist zu Ende.

Nach einem erfüllten Leben voller Liebe und Fürsorge für seine Familie und seine Mitmenschen nehmen wir Abschied von meinem geliebten Ehemann, unserem Vater, Schwiegervater und Großvater

Hermann Struck

* 24.03.1928 † 05.08.2022
in Gollnow in Salzigitter

In tiefer Trauer und Dankbarkeit
Johanna Struck, geb. Radschweit
Kerstin und Alexander Cittaui mit Celine und Isabella
Hermann Struck und Silke Eberhardt-Struck mit Kira und Finn

Die Beerdigung fand auf dem Waldfriedhof in Salzigitter-Bad statt.

Bestattungshaus „Frieden“ Stahlmann/Kühn, Kirchplatz 5, 38259 Salzigitter, Tel. 0 53 41 / 80 00 0

ANZEIGE

treten (nach der Kreistagssitzung)
15–17 Uhr Vortrag „Die jüdische Gemeinde Nordenburg. Geschichten, Menschen, Schicksale – der aktuelle Stand der Forschung“ (Rolf Dyckerhoff, Wiesbaden)
18 Uhr Gemeinsames Abendessen; ca. 19.30 – 21 Uhr Ostpreußischer Abend mit Herbert Tennigkeit zum Thema „Meine Heimat Ostpreußen – Woher kommen die Marjellen?“; danach gemütliches Beisammensein mit Musik und kleinen Einlagen (gemeinsame Gestaltung; eigene Beiträge der Landsleute sind herzlich willkommen)

Sonntag, 2. Oktober 2022

9 Uhr Öffnung des Veranstaltungsraums im Hotel Esplanade (Infotisch mit Ansichtsexemplaren unserer Publikationen)
11 Uhr Feierstunde im Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade (Begrüßung durch den Kreisvertreter, Grußworte, Ostpreußischer Festvortrag, Geistliches Wort und Totengedenken, Schlusswort des Kreisvertreters, gemeinsamer Gesang des Ostpreußenliedes); anschließend Gelegenheit zum Mittagessen im Veranstaltungsraum, zum gemütlichen Beisammensein und Gesprächen mit den Landsleuten.

Übernachtungswünsche richten Sie bitte an das Hotel Esplanade, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de, wo für die Besucher des Treffens Einzelzimmer und Doppelzimmer mit Frühstück zum Sonderpreis von 68 Euro beziehungsweise 99 Euro pro Nacht zur Verfügung stehen.

Bitte geben Sie bei der Buchung das Stichwort „Hauptkristreffen Gerdauen“ an. Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen in Bad Nenndorf begrüßen zu können.

Kreistagssitzung

Gemäß § 4 Nr. 4 unserer Satzung vom 13.10.2018 sind wir verpflichtet, den Termin der nächsten Kreistagssitzung, die für den 1. Oktober 2022, 9 Uhr, im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8, anberaumt wird, vor der Ladungsfrist in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bekanntzugeben. Alle Vorstands- und Kreistagsmitglieder sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Kreistagssitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugeschickt. *Walter Mogk, Kreisvertreter*



Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@do-kom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Ammelstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil am 10. und 11. September 2022

Auch in diesem Jahr freuen wir uns wieder auf unser Kreistreffen in Burgdorf. Kommen auch Sie am 10. und 11. September in das Hotel Haase, Lehrter Straße 12 in 31303 Burgdorf bei Hannover.

Wir – der Vorstand, die Kirchspiel- und Stadtvertreter sowie Gemeindevertreter – freuen uns auf Sie.

Anfahrt zum Hotel Haase: Aufgrund der Lage am westlichen Ortsrand von Burgdorf ist das Hotel Haase problemlos und schnell aus allen Richtungen über die umliegenden Autobahnen zu erreichen.

Gäste, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen möchten, finden in 800 Meter Entfernung den örtlichen Bahnhof mit direktem S-Bahn-Anschluss an den Hauptbahnhof Hannover.

Sonnabend, 10. September:

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im Hotel Haase in Burgdorf, Lehrter Str. 12
10.30 Uhr: Gedenkinminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park
Ab 10.15 Uhr fährt ein Bus vom Hotel Haase hin und zurück.
11.30 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im Hotel Haase
15.30 Uhr: Sondertreffen „Zinten-Stadt“ (für alle)
Ab 18.30 Uhr Gemütliches Beisammensein

Sonntag, 11. September:

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im „Hotel Haase“
ca. 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrdin“
11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungssaal im Hotel Haase

Begrüßung durch die Kreisvertreterin Viola Reyentanz
Totenehrung (Arnold Hesse, Kreisleiterführer und Kassenwart)
Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott ...)
Grußworte
Festansprache: Viola Reyentanz, Kreisvertreterin
Thema: „Heimatretreue aus der Sicht einer Nachgeborenen“
Instrumentalstück
Schlusswort der Kreisvertreterin Deutschlandlied 3. Strophe
16 Uhr Offizielles Ende des Hauptkristreffens Änderungen vorbehalten

Am Abend vor dem Kreistreffen, am 9. September, 19 Uhr, findet unser traditionelles Matjessessen statt, ebenfalls im Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf. Es soll all jenen, die schon am Freitag angereist sind, die Möglichkeit bieten, den Abend in geselliger und angenehmer Runde zu verbringen. Alle Landsleute und Besucher des Kreistreffens (nicht nur Funktionsträger oder Ehren Gäste) sind aufgefördert, sich bei bestehendem Interesse zu melden. Die Kosten hierfür trägt jeder selbst.

Ihre verbindliche Anmeldung für dieses Matjessessen richten Sie bitte an die Kreisvertreterin Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343)-433, E-Mail: reyvio@web.de. Aufgrund von durch Corona eventuell herrschenden Einschränkungen müssen wir uns Änderungen des Programms vorbehalten.



Johannisburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@http-tel.de

Hauptkristreffen

Dortmund – Sonntag, 4. September, Einlass 9 Uhr, Beginn 11 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle, Dortmund: Hauptkristreffen. TOP 1–10: Chor, Begrüßung/Bericht Kreisvertreter, Eröffnung und Begrüßung Vorstand, Feststellung

Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften

LITERATUR

Ein Ostpreuße und seine Traute

Arno Surminski spricht über seine 60-jährige Ehe und neue literarische Ausblicke

Fortsetzung von Seite 15

der Beschlussfähigkeit, Bericht Kasenprüfer/ Entlastung, Bericht Sachstand Kreiskartei, Chor, Geistliches Wort, Gedenkminute, Planungen 2022/2023, Grußwort Patenkreis, Grußwort ROSCH, Patenschaftsbetreuer, Ehrungen/Laudatio, Chor, Schlusswort Vorstand, Chor - gemeinsames Singen. Satzungsgemäße Änderungen vorbehalten. Einladungen zu diesem Hauptkreistreffen wurden allen Mitgliedern schriftlich satzungsgemäß übersandt.

derung: Die Leitung der Redaktion, die langjährig in den bewährten Händen von Herrn Manfred E. Fritsche (mef) gelegen hat, wird neu besetzt.

Herr Fritsche hat anderweitig ehrenamtliche Aufgaben übernommen, die ihm den zeitlichen Einsatz für den Heimatbrief nicht mehr erlauben. Die Bemühungen um eine Nachfolge und deren Einarbeitung wird mit ihm zusammen sehr tatkräftig vorangetrieben, damit der Heimatbrief in seiner gewohnten Qualität erscheinen kann. Neue Kontaktadresse ist kgl-redaktion@web.de.

Für seine geleistete Arbeit gibt Herrn Fritsche unser besonderer Dank und wir wünschen ihm alles Gute auf seinem weiteren Weg.

Am Sonnabend, dem 3. September um 11.00 Uhr, findet die Mitgliederversammlung mit Entlastung des alten Vorstandes und Vorstellung des neuen Vorstandes der Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. statt.

Diese Mitgliederversammlung ist im Rahmen des Stadtteilfestes der Böcklersiedlung (Neumünster) vom 2. September 2022 bis 4. September 2022 in den Räumen des Museum, das an allen drei Tagen geöffnet ist, in der Sudetenlandstraße 18h. Wir freuen uns auf regen Besuch! Dieter Milewski



Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de Stellvertreterin: Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel Geschäftsstelle und Heimatmuseum: Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Wechsel in der Redaktion „Lötzer Heimatbrief“ und „Mitgliederversammlung“ In der Redaktion des Lötzer Heimatbriefes gibt es eine Verän-



Der Name ist ostpreußisches Programm, zumindest seit vor rund 50 Jahren Arno Suminskis Erstling das Licht der literarischen Welt erblinnete: „Jokehnen“ – das Synonym für seinen Geburtsort Jäglack im nördlichen Masuren. Und dort, in einem Gutsdorf mit Schloss und Teich, westlich von Drengfurt, wurde der Jubilar am 20. August 1934 geboren. Aus der dörflichen Idylle, die ihm gut zwölf Jahre beschert blieb, wurde er in die bizarre Zeit des Zweiten Weltkrieges katapultiert. Arno gab trotz schlimmster Widrigkeiten nicht auf und biss sich durch bis nach Schleswig-Holstein.

In Trittau fing quasi sein zweites Leben an, auch wieder in bürgerlicher Umgebung, beschrieben im Folgeroman „Kudenow“. Dieser und „Jokehnen“, zwei literarische Denkmale, die zu weltweiten Erfolgen wurden und bis heute für das Schicksal vieler Millionen Flüchtlinge stehen, die nicht nur aus Ostpreußen kamen, um in Westdeutschland wieder Fuß zu fassen.

Auf manchmal steinigem Weg gelang es Surminski, sich wieder aufzurappeln und sich irgendwann eine bürgerliche Existenz als Jurist und Redakteur aufzubauen. Nicht ohne einen „Aussteiger“-Umweg über Kanada gemacht zu haben, wobei seine Erlebnis Niederschlag fanden in „Fremdes Land“. Bis heute hat der bald 88-Jährige 35 Werke publiziert, die sich überwiegend mit dem Thema „Ostpreußen“ befassen, von dem

er nicht mehr loskommt. Auch nicht von seiner Hamburger Frau Traute, die ihn schon seit 60 Jahren begleitet und sein schriftstellerisches Wirken tatkräftig unterstützt, sozusagen als seine Managerin. Der altbekannte Spruch gilt auch hier: „Hinter jedem erfolgreichen Mann steht eine starke Frau.“ Er schreibt unverdrossen weiter über seine Heimat, die – neben Siegfried Lenz – durch ihn nicht in Vergessenheit gerät. Bei älteren wie auch jüngeren Lesern, denen das herb-schöne Land zwischen Memel und Nogat so im Gedächtnis bleiben wird.

Wodurch ist dieser Impuls zu Schreiben ausgelöst worden? Durch die Erlebnisse des Krieges.

Welche Intentionen hast Du damit bei heute verfolgt?

Die Wahrheit über das Kriegsgeschehen zu schreiben, und „Nie wieder Krieg!“

Kannst Du mal schildern, wie Du an einen neuen Roman herangehst? Die Arbeit an den meisten Romanen beginnt mit dem Ende. Wenn ich von einem Geschehen erfahre, frage ich mich, ob es lohnt, für dieses Ende einen Roman zu schreiben. Auch muss ich etwas von der Umgebung kennen. Einen Roman, der in Hongkong spielt, könnte ich nicht schreiben.

Wie lange braucht ein Romanmanuskript, bis es druckreif ist? Meistens zwei Jahre. Nur der Werderoman „Kein schöner Land“ war schon nach einem Jahr fertig.

Deine Frau Traute hält Dir den Rücken frei für ungestörtes Schreiben.

Welche Rolle spielt sie für Dich während dieses Prozesses?

Ich freue mich immer, wenn sie ans Telefon geht und mit dem Briefträger spricht. Dann werde ich nicht aus meiner Arbeit gerissen.

Wo und wie habt Ihr Euch kennengelernt? Gibt es ein „Rezept“ für eine gute und langanhaltende Beziehung? Kennengelernt haben wir uns in der Kirche. Sie spielte in einem Krippenspiel einen Engel, ich den Teufel. Unser Rezept heißt ganz schlicht gegenseitige Zuneigung.

Ihr seid inzwischen so etwas wie eine Großfamilie geworden. Wie sehen Eure Kinder und Enkel den erfolgreichen Vater und Großvater sowie sein Lebenswerk?

In der Familie diskutieren wir nicht über meine Bücher. Nur mit meiner Frau spreche ich über neue Manuskripte, aber nur, wenn sie fast fertig sind.

An welchem Stoff arbeitest Du gerade, wann kann man mit einem weiteren „Surminski“ rechnen?

An einem Roman, in dem die russischen und kanadischen Wälder die Hauptrolle spielen, und an Erzählungen über Ost und West, Liebe und Tod. 2023 ist wieder mit Veröffentlichungen zu rechnen.

Gibt es noch ein Thema, von dem Du träumst?

Ja, vom Frieden, aber der ist ja noch weit weg.



Zur Diamantenen Hochzeit: Arno und Traute Surminski Foto: PSW

Peer Schmidt-Walther

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a 3x3 magic square and a 7x7 word search.

Schüttelrätsel

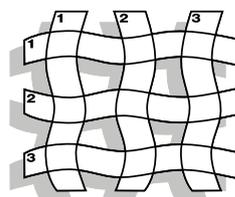
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for Schüttelrätsel with letters in question marks.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittellachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für „nicht der Mode unterworfen“.

Grid for Mittelworträtsel with words and a central block.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Süßigkeit, Stück Konfekt
2 Bettische; Nebenraum
3 Zeitungsanzeige, Annonce

Fortsetzung von Seite 16



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Wahl des Kreistages im Jahr 2023

Kandidaten

Im Jahr 2023 findet turnusmäßig die nächste Wahl des Kreistages (Mitglieder-Vertreter-Versammlung) unserer Kreisgemeinschaft Lyck statt. Nach §10 unserer Satzung sind 15 Mitglieder des Kreistages zu wählen. Gewählt sind die Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl.

Gemäß § 2 Absatz 4 der Wahlordnung hat der Kreisausschuss am 30. Januar 2022 folgenden Wahlvorschlag beschlossen:

- Behrendt, Klaus**, 1938 (Lyck), Sandstraße 28, 80335 München.
- Cub-Teufel, Adele**, 1949 (Lyck), Catenhorner Straße 49, 40882 Ratingen.
- Czerwinski, Siegmund**, 1939 (Andrecken), Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.
- Czudnochowski, Dieter-J.**, 1947 (Morgengrund), Lärchenweg 23, 37079 Göttingen.
- Dombrowski, Werner**, 1938 (Skomanten), Am Brüngersbroich 9, 40764 Langenfeld.
- Donder, Reinhard**, 1941 (Kalkofen), Seebergen 2, 22956 Lütjensee.
- Fenner, Sebastian**, 1971 (Kalthagen), Seestraße 4, 83209 Prien am Chiemsee.
- Genck, Uwe**, 1959 (Neumalken), Tuppenend 25 a, 41749 Viersen-Süchteln.
- Heupel, Gesine**, 1967 (Morgengrund), Bürgerstraße 35, 36199 Rotenburg a. d. Fulda.
- Janzig, Gerhard**, 1940 (Waiblingen), Wichernstraße 42, 42653 Solingen.
- John, Ewa**, 1957 (Lyck), Mittelweg 2, 54293 Trier.
- Kalisch, Hans Peter**, 1963 (Lyck), August-Grabbe-Siedlung 28, 31840 Hessisch Odendorf.
- Komossa, Manfred**, 1944 (Langheide), Theodor-Heuss-Straße 30, 96215 Lichtenfels.
- Mader, Heidi**, 1964 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.
- Mader, Marc**, 1986 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.
- Mader, Michael**, 1956 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.
- Meiburg, Dirk**, 1972 (Sarken), Patriotischer Weg 58, 18057 Rosstok.
- Moucha, Gerdt**, 1947 (Petzkau), Haselnussweg 10, 14624 Dallgow-Döberitz.
- Nilson, Anorthe**, 1944 (Morgengrund), Kopenhagenstraße 18, 37079 Göttingen.
- Norra, Wilhelm**, 1938 (Sareiken), Anna-Spiegler-Straße 67, 28277 Bremen.
- Pistorius, Günter**, 1954 (Keipern), Mannesmannstraße 2, 58452 Witten.
- Schenkewitz, Andreas**, 1956 (Maschen), Am Wall 65, 15366 Hoppegarten

- Schneider, Herbert**, 1940 (Fließdorf), St.-Ulrich-Straße 2, 86899 Landsberg a. L.
- Vogel, Hans Ulrich**, 1957 (Lindenfließ), Ilenbrook 24, 21107 Hamburg.
- Wiesensee, Bärbel**, 1946 (Moslten), Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten.

Nach Paragraph 2 Absatz 5 der Wahlordnung werden die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck, das sind die Bezieher des Hagen-Lycker Briefes, aufgefordert, bis zum 30. September weitere Wahlvorschläge bei der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, einzureichen.

Gemäß Paragraph 2 Absatz 7 der Wahlordnung muss der Wahlvorschlag den Familiennamen (und gegebenenfalls abweichende Geburtsnamen) Vornamen, Heimatort und Geburtsdatum und die jetzige zustellungsfähige Anschrift (in Blockschrift) des vorschlagenden Wahlberechtigten und des vorgeschlagenen Kandidaten enthalten. *Bärbel Wiesensee, Kreisvertreterin*

Hauptkrestreffen

Hauptkrestreffen der Kreisgemeinschaft Lyck in der Landsmannschaft Ostpreußen 27. und 28. August 2022 in der Patenstadt Hagen im Hotel Mercure / Raum Berlin-Siegen-Köln als Gast die Kreisgemeinschaft Treuburg

Programm:

- Sonnabend, 27. August 2022**
11 - 12.30 Uhr Archiv, Elbersufer 20, Möglichkeit zur Besichtigung
14 Uhr Öffentliche Kreistagsitzung im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13
17 Uhr Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen
17.30 Uhr Öffnung der Räume im Hotel Mercure
19 Uhr Heimatabend im Raum Berlin des Hotels

Sonntag, 28. August 2022

- 9.30 Uhr Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Mercure
11 Uhr Feierstunde im Raum Berlin + Siegen + Köln des Hotels
Bitte die Tischaufteilung beachten!
14 Uhr Begrüßung und gemütliches Beisammensein im Hotel Mercure
17 Uhr Ausklang
Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich



Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck
Internet: www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkrestreffen

Nach zwei Jahren Corona-bedingter Pause plant die Kreisgemeinschaft Ortelsburg wieder ein Hauptkrestreffen. Traditionell ist die Veranstaltung am dritten Sonntag im September geplant, also am 18. September, im Kulturzentrum der Stadt Herne.

Der Saal ist ab 9 Uhr geöffnet, die Feierstunde beginnt um 11.30 Uhr. Den musikalischen Part über-

nimmt, wie in jedem Jahr, der Posannenchor der evangelischen Kirche Gelsenkirchen Resse. Als Festrednerin konnten wir die Historikerin Angelika Müller gewinnen. Der neue Vorstand des „Kulturvereins Heimat“ aus Ortelsburg wird ebenfalls anwesend sein.

Die Heimatstube ist am Samstag, dem 17. September, nicht geöffnet, dafür aber am 19. September sowie regulär am 20. September. Da noch ein paar Wochen bis dahin ins Land gehen, bitten wir auf die dann aktuellen Vorgaben der Landesregierung NRW bezüglich der Corona-Schutzverordnung zu achten. Durch Corona bedingte Krankheitsfälle verzögert sich der Versand des Heimatboten in diesem Jahr. Wir bitten um Ihr Verständnis.

Reise der Kreisgemeinschaft

Für das nächste Jahr ist die Reise vom 25. Juni bis 4. Juli geplant und führt über Breslau und Warschau. Änderungen vorbehalten. Bei Interesse melden Sie sich bei Christel Sender unter Telefon (0209) 207614 oder ch.sender@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de



Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Jahrestreffen 16. - 17. September 2022

Lüneburg, Hotel Bergström und Ostpreußisches Landesmuseum

Programm

- Freitag, 16. September:**
15.30 Uhr Mitgliederversammlung der KGO (Hotel Bergström, Raum „Ravel“)
18.30 Uhr Begrüßungsabend (Hotel Bergström, Raum „Lindbergh“)

Samstag, 17. September:

- Führungen durch die neue Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums:
Treffpunkt: Eingangshalle des Landesmuseums
10.15 Uhr „Geschichte Ostpreußens“
„Kunst und Kultur Ostpreußens“
„Flucht, Vertreibung, Ankunft“ anschließend Mittagspause
12.30 Uhr Einlass Raum „Lagerfeld“ (Hotel Bergström)
13.15 Uhr Feierstunde
Vortrag Dr. Roman Gogan „Oberland – die verschwundene Landschaft“
15 Uhr gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen (Raum: „Lagerfeld“)

Anschriften:

Hotel Bergström Hotel Lüneburg, Bei der Lünener Mühle, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 308-636
Ostpreußisches Landesmuseum: Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg

Feierstunde

Jahrestreffen 17. September Lüneburg, Raum „Lagerfeld“ im Hotel Bergström

Programm

12.30 Uhr Einlass in den Raum „Lagerfeld“

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellung

Noch bis 16. Oktober: Der Elch – Klischee und Wirklichkeit eines Symboltiers.

Veranstaltungen

Mittwoch, 24. August, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: Vortrag von Professor Winfrid Halder, Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf, und Katja Schlenker, Kuratorin der Stiftung: „Ein Schuster aus Tilsit und ein falscher Hauptmann in Köpenick. Zum 100. Todestag von Wilhelm Voigt (1849–1922)“. Der 1849 im ostpreussischen Tilsit geborene Voigt kam schon als Heranwachsender wegen Diebstahls, Raub, Urkundenfälschung und anderen Delikten mit dem Gesetz in Konflikt. Ein besonderer „Coup“ hat dem straffälligen Schuster aus Ostpreußen als falscher „Hauptmann von Köpenick“ eine Art Unsterblichkeit verschafft. Voigt hatte sich eine Hauptmannsuniform besorgt und diese am 16. Oktober 1906 angelegt, woraufhin eine ihm zufällig begegnende kleine Formation von Soldaten sofort seinen Befehlen folgte. Mit seinen „Untergebenen“ besetzte er das Rathaus von Köpenick, stellte den Bürgermeister unter Arrest und entschied mit der Stadtkasse. Als Voigt Tage später verhaftet wurde, war er schon eine berühmte. Kaiser Wilhelm II., der prächtige Uniformen liebte, zeigte Humor und begnadigte Voigt. Danach lebte der „Hauptmann“

nicht schlecht von der Vermarktung seiner Geschichte. Aus der hat Carl Zuckmayer 1931 eines der erfolgreichsten deutschen Theaterstücke des 20. Jahrhunderts gemacht. Eine Anmeldung per E-Mail: info@ol-ig.de oder unter Telefon (04131) 759950 ist erforderlich.

Donnerstag, 25. August, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: „Das Meer in der Kunst“, Kinderclub mit Jenke Eichhorn. Passend zum Sommer beschäftigen sich die Kinder mit dem Meer in der Kunst. Dazu gehen sie in die Kunstabteilung des Museums und entdecken, wie unterschiedlich die Künstler das Meer dargestellt haben. Besonders interessant wird die Suche nach dem Horizont. Wo endet das Meer, und wo beginnt der Himmel und wo die Erde. Danach werden eigene wunderschöne Meeresbilder in verschiedenen Techniken gemalt. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 7 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Sonnabend, 27. August, 11 bis etwa 13 Uhr: Elch-Besuch im Wildpark Lüneburger Heide mit Christoph Hinkelmann und Silke Straatman. Treffpunkt: Eingangstor Wildpark 1, 21271 Nindorf-Hanstedt, info@wild-park.de, Gebühr: 5 Euro, zuzüglich 13,- Euro Eintritt Wildpark, eige-

ne Anfahrt oder ab ZOB Lüneburg, Bus 5200, um 9.29 Uhr, Ankunft Wildpark um 10.20 Uhr, Fahrpreis: 5,60 € (3 Ringe). Lange Beine und ein ausdrucksvoller Kopf sind die Markenzeichen des Elchs, der größten Hirschart der Welt. Elche sind ausdauernde Läufer, hervorragende Schwimmer und Taucher. Sie sind in der Lage, Wasserpflanzen abzuweiden und bis zu sechs Meter tief zu tauchen. Was die faszinierenden, aber scheuen Tiere so sympathisch macht, erklärt uns bei einer Führung der Kurator Christoph Hinkelmann, der zusammen mit Silke Straatman die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Wildpark Lüneburger Heide mit seinem in Norddeutschland einzigartigen Weideland für Elche begleitet. Um den Tieren täglich frisches Laub anbieten zu können, hat der Wildpark vier Hektar Weideland angepflanzt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38 21335 Lüneburg

Vorschau auf den September

Sonntag, 4. September 2022, 14.00 Uhr, 1,50 € zzgl. Eintritt-Frauenschieksale – (Über-)Leben in der Kriegs- und Nachkriegszeitnachtsführung mit Vera Thiel

- 13.15 Uhr Glockengeläut aus der Evangelischen Stadtkirche in Osterode Ostpreußen
13.20 Uhr Begrüßung der Teilnehmer durch den Kreisvertreter
13.25 Uhr Totenehrung
13.30 Uhr Ansprache des Kreisvertreters, anschließend Musikbeitrag
13.50 Uhr Grußwort des Bürgermeisters der Stadt Osterode am Harz Jens August
14.05 Uhr Grußwort der Landesbeauftragten für Heimatverbundene und Spätaussiedler, Editha Westmann (Mdl.), anschließend Musikbeitrag
14.15 Uhr Dr. Roman Gogan: „Oberland – die verschwundene Landschaft“, anschließend Musikbeitrag
14.50 Uhr Schlusswort des Kreisvertreters
14.55 Uhr Ostpreußenlied und Nationalhymne
15 Uhr Ende der Feierstunde, anschließend gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen

Sonnabend, 13. August

9.30 Uhr Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof 10 Uhr Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße
10.30 Uhr Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionstube
ab 14 Uhr: Geselliges und gemütliches Beisammensein im Hotel Kaiserhof, Wesel.

Sonntag, 14. August

9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82
10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu in der Feldmark, Wesel
14.30 Uhr: Hauptkrestreffen in der Gaststätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel, mit: Musikeinführung Blasmusik Lackhausen, Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter, gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder“, Ansprachen von Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel mit Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen
16 Uhr: Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

Mitgliederversammlung und Kreistag

- Wesel** – Sonntag, 14. August, 11.30 Uhr in der Gaststätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel: Mitgliederversammlung und Kreistagsitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkrestreffens mit folgender Tagesordnung:
- Begrüßung durch den Kreisvertreter
 - Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr
 - Bericht des Kreisvertreters
 - Kassen- und Prüfungsbericht
 - Entlastung des Vorstands und der Kassenführung
 - Haushaltsplan 2023
 - Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“
 - Bildband
 - Rastenburg Treffen 2019–2023
 - Verschiedenes.

Hubertus Hilgendorff

Dittchenbühne

Singkreis Das „Forum Balthikum – Dittchenbühne“ sucht für seinen Singkreis „Die Dittchenlercher“ Menschen ab 60 Jahren aus Elmshorn und Umgebung, die Freude am gemeinsamen Singen haben.

Wer Lust hat, mit netten Leuten gemeinsam zu singen, sollte sich unter Telefon (04121) 89710 melden.

PAZ wirkt!

66. Hauptkrestreffen
Wesel – Sonnabend, 13. August, bis Sonntag, 14. August: 66. Hauptkrestreffen in Wesel mit folgendem Programm:

OSTPREUSSISCHER HERKULES

Eugen Sandow galt als „stärkster Mann der Welt“

Lieber Kraftmensch als Theologe – Der gebürtige Königsberger gründete 1897 in London das erste Fitness-Studio weltweit

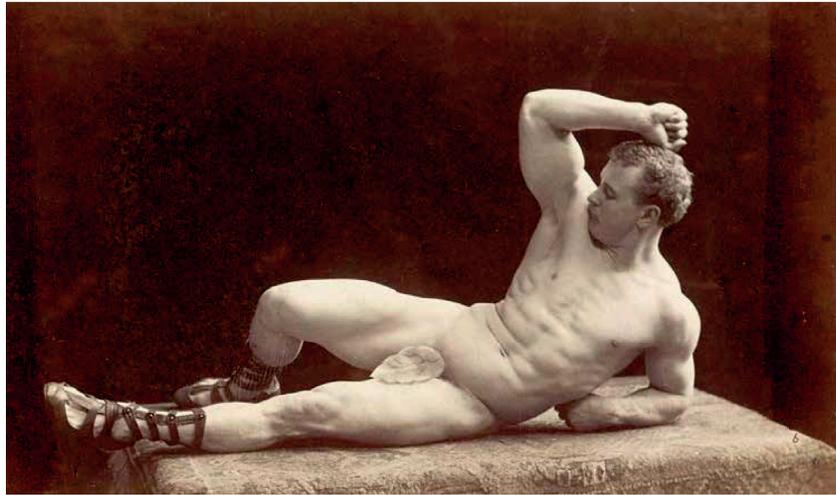
VON WOLFGANG KAUFMANN

Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Männer aus der Mittel- und Oberschicht ein Problem: Sie waren zwar kultiviert und gebildet, wurden aber vielfach in puncto Körperkraft und dem dazugehörigen muskulös-maskulinen Aussehen von Vertretern der Unterschicht in den Schatten gestellt. Deshalb traf Eugen Sandow haargenau den Nerv der Zeit, als er 1897 in London das erste Fitness-Studio der Welt eröffnete.

Bis dahin war es ein weiter Weg für den am 2. April 1867 in Königsberg geborenen unehelichen Sohn eines jüdischen Gemüsehändlers. Der trug zunächst den Namen Friedrich Wilhelm Müller und sollte später in Göttingen Theologie studieren, zog es aber stattdessen vor, im Zirkus als „Kraftmensch“ aufzutreten. 1887 verschlug es den Herumtreiber nach Brüssel, wo er den Athleten Louis Durlacher traf, der ihn trainierte und einer breiteren Öffentlichkeit vorstellte.

Durchbruch in London

Der Durchbruch gelang dem nunmehr als Eugen Sandow auftretenden Ostpreußen 1889 in London mit seinem Sieg im Wettkampf gegen den damals angeblich stärksten Mann der Welt, Charles Sampson. Anschließend brillierte er im Alhambra-Theater der britischen Hauptstadt in unzähligen spektakulären Vorstellungen als fast nackter „Herkules“, welcher sowohl die Damenwelt als auch Vertreter des Königshauses und bekannte Persönlichkeiten wie den Schriftsteller Arthur Conan Doyle aufs Nachhaltigste beeindruckte. So stemmte der Athlet unter anderem ein Klavier mit acht darauf sitzenden Musikern oder ließ sich Eisen im Gesamtgewicht von 680 Kilogramm auf den Brustkorb legen.



Begründete Ende des 19. Jahrhunderts einen neuen Körperkult: Eugen Sandow

Foto: imago/piemags

Zwischen 1893 und 1897 weite Sandow dann in den USA, wo er wie ein Superstar gefeiert und schließlich sogar im März 1894 von dem legendären Erfinder Thomas Alva Edison gefilmt wurde. Damit löste der Ostpreuße auch in Amerika einen Körperkult sondergleichen aus.

Nach seiner Rückkehr nach England eröffnete Sandow das erste „Physical Culture Studio“ in der Londoner St. James's Street, dem ab 1905 eine ganze Kette ähnlicher Einrichtungen namens „Institutes of Physical Culture“ folgten. Diese bescherten dem Kraftsportler erhebliche Einnahmen, weil seine Trainingsmethoden schlichtweg revolutionär waren. Bislang glaubte man, Muskeln und Kraft seien die Folge des äußerst an-

gestrengten, jedoch nur selten wiederholten Stemmens von möglichst großen Gewichten.

Revolutionäre Trainingsmethode

Sandow hielt es indes für sinnvoller, Übungen mit kleineren Hanteln durchzuführen, aber fünfzig Mal und öfter zu wiederholen. Und damit lag er auch vollkommen richtig: Sein 1904 erschienenes Buch „Kraft und wie man sie erlangt“ enthält zahlreiche Zuschriften und Fotos von Anwendern der neuen Methode, die den Erfolg dieser Art und Weise der Körperkultur zeigen und von der tiefen Dankbarkeit vieler Schreibtischmenschen über das hierdurch gewonnene Lebensgefühl künden.

Neben dem Buch veröffentlichte Sandow auch Anleitungen zur Ernährung für Kraftsportler; dazu kam der Vertrieb von selbst entwickelten Fitnessgeräten.

Um dem von ihm aus der Taufe gehobenen Bodybuilding weitere Popularität zu verleihen, initiierte Sandow 1898 einen ersten Wettbewerb in der Royal Albert Hall in London, zu dem noch kein weibliches Publikum zugelassen wurde. Dem folgte am 14. September 1901 „The Great Competition“ für Kraftsportler aus aller Welt mit 80 Teilnehmern, die 15.000 Zuschauer anzog. Sieger war damals William Joseph Murray aus Lancashire, der ein hohes Preisgeld und eine goldene Statue von Sandow erhielt. Nachbildungen dieses „Eugen“ bekom-

men heute übrigens auch die Gewinner des seit 1965 von der International Federation of Bodybuilding & Fitness (IFBB) veranstalteten Spektakels „Mister Olympia“.

Förderer von Antarktis-Expeditionen

Sandow, der im Jahr 1904 die britische Staatsbürgerschaft erlangte, zog sich im Jahr darauf von der Bühne zurück. In der Folgezeit spendete er Teile seines beträchtlichen Vermögens für die Olympischen Spiele von 1908 in London sowie die Antarktis-Expedition des australischen Geologen Douglas Mawson, die von 1911 bis 1914 dauerte. In deren Verlauf wurde auch ein neuentdeckter Berg im Queen-Mary-Land nach Sandow benannt.

Weitere Ehrungen erfuhr der Bodybuilder durch den US-Präsidenten Theodore Roosevelt und den britischen König Georg V.: Ersterer ernannte ihn zum Nationalen Gesundheitsberater und Letzterer zum persönlichen Trainer sowie Professor für wissenschaftlichen Körperkult.

Sandow starb am 14. Oktober 1925 im Alter von nur 58 Jahren in seinem heute noch existierenden Haus in der Londoner Holland Park Avenue, wobei die genaue Todesursache umstritten ist, weil keine Obduktion erfolgte.

Damaligen Zeitungsmeldungen zufolge soll er eine Hirnblutung erlitten haben, die aus der Anstrengung beim Hochstemmen eines Autos anlässlich der Rettung eines verunglückten Kindes resultierte. Es gibt jedoch auch Hinweise darauf, dass der Kraftsportler der damals noch nicht heilbaren Syphilis zum Opfer gefallen ist. Auf jeden Fall hinterließ er eine schwer geschockte Anhängerschaft, der das relativ frühe Ableben ihres immer so vital wirkenden Idols sichtlich unter die Haut ging.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Stammt Rübezahl wirklich aus dem Harz?

Ein Halbsatz der Hahnenkleer Tourismus GmbH sorgt für Irritationen

Kulturelle Aneignung ist ein Dauerthema auf den Essayseiten der Zeitungen geworden – meist bei Büßerritualen zum kolonialen Erbe oder Winnetou. Ist uns der Spürsinn für Umdeutungen des eigenen kulturellen Erbes abhandeln gekommen?

In meinem Urlaub verschlug es mich in den Harz. Die Wanderwege entlang des „Oberharzer Wasserregals“ führten auch nach Hahnenkle, wo als Ferienaktion für Kinder Schätze von Rübezahl, dem „Berggeist aus dem Harz“, zu entdecken sind.

Nach Hause zurückgekehrt, wandte ich mich an das Schlesische Museum zu Görlitz, mit der Bitte um eine Stellungnahme. Die Aufregung dort hielt sich in Grenzen. „Unser grenzüberschreitender Freigeist Rübezahl lässt sich wohl nicht auf Schlesien begrenzen“, fasste Martina Pietsch zusammen und nannte Verbindendes. Zum Beispiel stamme der Begründer der Universität im Harzer Clausthal-Zellerfeld aus der dem Bergbau nahestehenden schlesischen Adelsfamilie von Reden und die in Hahnenkle errichtete Stabholzkirche norwegischen Baustils erinnere stark an die Kirche Wang im Riesengebirge, deren Umsetzung dem Engagement Friederike von Redens zu verdanken sei.

Jakub Paczyński, Initiator und Inhaber des Museums Karkonoskie Tajemnice (Museum der Geheimnisse des Riesengebir-

ges) in Krummhübel [Karpacz], das sich zuvorderst Rübezahl verpflichtet sieht, berichtet: „Nach dem Krieg ist der Berggeist im Riesengebirge leider in Vergessenheit geraten, denn die Polen kultivierten diese Tradition nicht. Erst in den 90er Jahren kam es zu einer Annäherung und man begann über ihn noch etwas zögerlich zu sprechen. Ich wollte dem Berggeist ein neues Leben schenken. Er ist keiner Nationalität zugeschrieben, ich denke er war seit Jahrhunderten im Riesengebirge zu Hause und sollte dort weiterhin bleiben.“

Die Internetseite harzlife.de fragt so auch fast verwundert im Kontext eines Rübezahlgedenksteins in Braunlage im Harz: „Wie kam denn der Rübezahl in den Oberharz?“ und beantwortet die Frage selbst: „Die mit Braunlage patenschaftlich verbundene Heimatgemeinschaft Krummhübel-Brückenberg ließ im Jahre 1996 diesen Gedenkstein (...) aufstellen. Auf ihm ist neben der Inschrift auch die bekannte Sagenfigur aus dem Riesengebirge zu sehen.“

Dass ein Kulturtransfer schon lange vor der Ankunft von vertriebenen Schlesiern liegen könnte, ist im Harz selbst heute also gar kein historischer Horizont mehr, obwohl eine interessante Überlieferung ausgerechnet zum Rammelsberg in Goslar führt und zumindest für den Namen der

Sagenfigur Rübezahl Pate gestanden haben dürfte.

Hans Rübzahl führte den Silberabbau im 13. Jahrhundert an. Als fortschrittlicher Unternehmer haftete ihm bald der Vorwurf an, mit dem Teufel zu paktieren. Seine Flucht aus Sorge vor einem Hexerprozess führte ihn ins Riesengebirge. Sein bergmännischer Hintergrund und seine fachlichen Fähigkeiten befruchteten dort bis ins 16. Jahrhundert die Sagenbildung eines Berggeistes, in die weitere Traditio-

nen einfließen. So vor allem Erzählungen von aus Schwaz in Tirol stammenden und ins Riesengebirge gerufenen Bergarbeitern. Im 16. Jahrhundert war Schwaz eine der größten Siedlungen im römisch-deutschen Reich und nach Wien sogar die zweitgrößte im Herrschaftsbereich der Habsburger.

Doch was meint die Hahnenkleer Tourismus GmbH selbst zum Kulturtransfer 2022? Als Anknüpfungspunkt für den Harz beruft sich Geschäftsstellenleiterin Isabel

Junior auf das Buch und die Internetseite „Harzer Sagen“, wo eine Kurzgeschichte mit den Worten beginnt: „Der mächtige Berggeist Rübezahl hatte seine Heimat im Riesengebirge. Einmal, vor langer Zeit, machte er sich auf in den Harz, wohl um seinesgleichen einen Besuch abzustatten.“ In dieser Sage ist Rübezahl interessanterweise wieder am Rammelsberg und eine Verquickung mit Hans Rübzahl liegt nahe. Doch gerade hier ist er nun Gast im Harz und nicht in einer vermeintlich ursprünglichen Heimat. Rübezahl, der „Herr der Berge“ in seiner überlieferten Gestalt ist letztlich erst ein Produkt des Riesengebirges.

Junior betont: „Tatsächlich, und das muss ich als letztlich Verantwortliche (...) einräumen: die Formulierung im Halbsatz ‚aus dem Harz‘ ist doch sehr unglücklich, oder eben ganz klar (wie man sieht) presserwirksam gewählt :-)“. „Da wir uns (...) niemals anmaßen würden, Kulturgut zu annektieren, werden wir diesen Halbsatz (...) entfernen. So machen wir noch Werbung bei tausenden von Hahnenkleer Gästen für das Erzgebirge, die sich bei ihrem Besuch dort vollumfänglich über Rübezahl informieren können“, so Junior, die hinzufügt, dies sei eine „Win-Win-Situation“ – also liebe schlesische Erzgebirgler ...!

Till Scholtz-Knobloch



Foto: W. W. W.

„Rübezahl ist seit Jahrhunderten im Riesengebirge zu Hause“: Jakub Paczyński, Initiator und Inhaber des Museums der Riesengebirgsgeheimnisse Krummhübel

VOR 150 JAHREN

Der Hiddensee-Goldschatz

Unglaublich detailreich und kunstvoll hergestellte Schmuckstücke, die den Betrachter in den Bann ziehen

VON MARTIN STOLZENAU

Die schmale Insel Hiddensee liegt mit rund 16 Kilometern Länge als sprichwörtlicher „Wellenbrecher“ westlich vor der Insel Rügen in der Ostsee, kann auf eine frühe Besiedlung schon in der Steinzeit verweisen, wurde, wie man in der „Edda“ lesen kann, auch von den Wikigern besucht und gehörte nach der Inbesitznahme durch die slawischen Ranen lange zum Territorium der Rügenfürsten und dann der pommerischen Herzöge.

Das Inselleben wurde durch ein Zisterzienserkloster, den Fischfang als Haupterwerbsquelle und den Kampf mit dem Meer geprägt, entwickelte sich im 20. Jahrhundert über alle Wechselfälle der Geschichte hinweg zu einem Anziehungspunkt für Künstler wie Gerhart Hauptmann, Thomas Mann, Asta Nielsen und Joachim Ringelnatz und gilt heute mit seiner weitgehend unberührten Naturidylle als Urlauberperle. In einem Reiseleiterführer ist sogar vom „Capri Pommerns“ die Rede.

Doch die Auseinandersetzung mit dem Meer ist geblieben. Aus der langen Geschichte sind einige spektakuläre Sturmfluten, Überschwemmungen und Landverluste überliefert. Wenn nach längerer Westwindzeit mit dem Zustrom von großen Wassermassen in die Ostsee die Windrichtung wechselt und urplötzlich der Ostwind die Wassermassen gegen die Küsten von Pommern, Mecklenburg und Schleswig-Holstein drückt, kommt es auch an der Ostseeküste zu schweren Verheerungen.

Schatzfund nach Sturmflut

Als besondere Unglücksjahre sind 1309, 1625 und 1872 überliefert. Es gab Landverluste. Teile der Fischerdörfer waren verschwunden. Wiesen sowie Äcker waren weitgehend versandet. Viele Menschen konnten nur das nackte Leben retten. Erst schrittweise wurde danach das Ausmaß der Katastrophen deutlich.

Die Sturmflut vom 13. November 1872 sorgte dann aber auch für einen spektaku-

lären Goldschatzfund am Strand von Neuendorf und an einer Westdüne bei Plogshagen, der die Bewohner teilweise ihre Verluste vergessen und auf Schatzsuche gehen ließ. Das wiederum rief die Behörden und die Wissenschaft auf den Plan. Heute sprechen die Wissenschaftler beim „Goldschatz von Hiddensee“ von „Deutschlands größtem Wikinger-Gold-

erhielten die Fischer als Finder „4,10 Mark pro Gramm Gold“. Damit wurde allerdings nur der Goldwert und nicht der Kunstwert bezahlt.

Die Funde sorgten einige Jahre für überregionales Aufsehen. Sogar Kaiser Wilhelm II. zeigte Interesse und bewog den Direktor des Stralsunder Museums, den Goldschmuck, der inzwischen mit 3,5

Bestand. Dazu gesellten sich als Bestätigung neueste „Untersuchungsergebnisse, die im Zusammenhang mit der Restaurierung im Römisch-Germanischen Zentralmuseum Mainz gewonnen wurden“.

Demnach entstammten die kunstvoll hergestellten Halsreifen, Hängestücke, Zwischenglieder, Kreuze mit Granulation und Anhänger mit Symbolen aus der ger-

960 das Christentum in seinem Reich und damit in Skandinavien einführt. Dabei traf er auf mächtige Gegner. Nach verlorenem Kampf mit seinem Sohn Sven Gabelbart, einem Gegner der Christianisierung, konnte er mit Hilfe einiger Getreuer über Haithabu und Hiddensee auf die Jomsburg auf der Insel Wollin flüchten, wo er um 987 seinen Kampfverletzungen erlag.

Verwicklungen um den Schatz

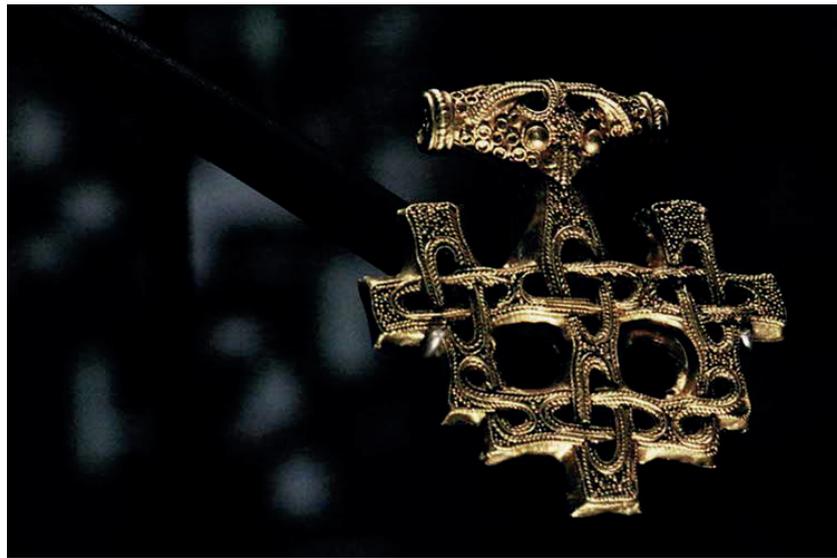
Der Goldschmuck wurde wohl in diesem Zusammenhang unter Bedrängnis auf Hiddensee vergraben, dann über Jahrhunderte vergessen und erst im Gefolge der Flutkatastrophe von 1872 stückweise entdeckt. Alle überlieferten Fundstücke sind aus Feingold, befinden sich heute im Kulturhistorischen Museum in Stralsund, das in Stralsund Museum umbenannt wurde. Sie haben einen jetzigen Versicherungswert von rund 100 Millionen Euro.

Seit 1994 dürfen Schmuckgestalter mit der Erlaubnis des Museums im beschränkten Umfang „originalgetreue Repliken von Teilen des Hiddenseeschmuckes“ herstellen, die dann mit einem Zertifikat des Museums ausgestattet werden und zahlungskräftige Kunden anlocken.

Der Goldschatz von Hiddensee, der lange im Museum von Stralsund fast vergessen schien, erlebte während des Zweiten Weltkriegs eine Odyssee. Er kam zur Sicherung in einen Banktresor nach Stettin, lag nach einem Kriegstreffer „für jeden greifbar auf der Straße“ und wurde bei Aufräumarbeiten von einem Stralsunder, der den Goldfund kannte, entdeckt und als Museumsbesitz vor weiterer Plünderung versteckt. Das führte dann zu neuen Verwicklungen, weil sowjetische Offiziere die Objekte zunächst für „verstecktes Junkergut“ hielten.

Es dauerte, bis der Schatz endlich wieder im Museum der Hansestadt Stralsund landete, wo er nach Neuordnung und Restaurierung seit Langem zu den Hauptattraktionen gehört. Das Stralsund Museum in der Mönchstraße 25–28 ist ganzjährig außer montags geöffnet.

● www.stralsund-museum.de



Ein Teil des Fundes: Sechs große und vier kleine kreuzförmige Hängestücke geben dem Goldschmuck sein charakteristisches Aussehen. Die Grundform der Hängeglieder bildet ein Kreuz, dessen Arme und Schaft durch weitere Querbalken wieder Kreuzformen entstehen lassen

Foto: Stralsund Museum

fund“, der allerdings nach der Auffindung und erster musealer Bearbeitung eine wechselvolle Geschichte erlebte.

Zunächst engagierten sich die Behörden und das damalige Stralsunder Provinzialmuseum für Neuvorpommern und Rügen per Vertrag für die Abgabe der wertvollen Fundstücke. Bei Ablieferung

Millionen Reichsmark versichert war, 1880 für kurze Zeit zur Besichtigung nach Berlin zu bringen.

Danach rankten sich um den legendären Goldfund von Hiddensee noch mehr Geschichten. Letztlich hat die durch Wissenschaftler und Juristen begründete Version des Stralsunder Museums bis heute

manischen sowie christlichen Überzeugung aus der Wikingerzeit des Königs Harald I. Blauzahn Gormsson aus dem Fürstenhaus Jelling, der als Wikingerkönig mehrfach die Normandie überfiel, die Oberhoheit Kaiser Ottos I. aber anerkannte und nach der eigenen Taufe als König von Dänemark und Norwegen ab

HINTERPOMMERN

Das Ostseebad Jershöft

Fischerdorf, preußisches Seebad und Künstlerkolonie

In der Werbung für die Ostseebäder an der Boddenküste Hinterpommerns, die sich wie auf eine Perlschnur aufgefädelt an der gesamten Küste von Misdroy bis Leba entlangziehen, wurde immer besonders hervorgehoben, dass die Seewinde ungehindert die Küste erreichen und dadurch ganz besonders rein sind, wohltuend und kräftigend wirken. Dazu endlose, breite Strände, gesäumt von Laub- und Nadelwäldern. Schöner kann es nicht sein. Das hat sicher zum Aufschwung vieler Badeorte beigetragen.

1540 tauchte der Name Jershöft, das sich im Besitz der westpommerschen Fürsten befand, erstmals in historischen Urkunden auf. Seine Einwohner lebten vom Fischfang und Bernstein sammeln. Bis heute ist das Gold der Ostsee an dem hiesigen Strand keine Seltenheit.

Das Ostseebad Jershöft [Jaroslawiec], einst im Kreis Schwlawe zwischen Rügenwalde und Stolpmünde gelegen, war ein kleines Fischerdorf, das aber frühzeitig erkannte, dass Fremdenverkehr ein wichtiges Standbein ist. Daher gehörte Jers-

höft seit 1865 zu einem der ältesten preußischen Ostseebäder. Die Voraussetzungen dafür waren großartig, wenn man Ruhe und Erholung suchte. In einem 1914 herausgegebenen Reiseführer wurden mit blumigen Worten die Vorzüge des Seebades vorgestellt. Strand, Natur pur – eine wildromantische Steilküste, an deren Rand ein bequemer Fußweg entlangführt, von dem man überwältigende Ausblicke auf die Ostsee genießen kann.

Weiter nach Osten schließt sich eine Wanderdünenlandschaft an, die dem Landschaftsbild immer wieder ein anderes Aussehen verleiht. Laub- und Nadelwälder umgeben den Ort. Nach Osten schließt sich in circa 1000 Meter der Vitzker See an, nach Westen der Vitter See in vier Kilometer Entfernung.

Der historische Leuchtturm

Das Wahrzeichen des Ortes ist der 33 Meter hohe Leuchtturm, der als Ensemble mit Feuerwehrraum und Seenotrettungsstation in etwa 400 Meter Entfernung von der Küste errichtet wurde. Vorläufer war

ein Leuchtzeichen als Fackel, erstmalig im Jahre 1818 erwähnt. Der jetzige Leuchtturm wurde 1829 begonnen, konnte erst 1838 in Betrieb gehen, wurde 1902 umgebaut. Während des Zweiten Weltkriegs wurde der Turm stark beschädigt und es dauerte mehrere Jahre, bis er wieder in stand gesetzt war. 1996 wurde er umfang-

reich restauriert und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Von der umlaufenden Galerie des Leuchtturms aus hat man einen wunderbaren Blick hinaus auf die Ostsee oder weit ins Pommernland hinein. Mit seinem 42 Kilometer weit reichendem Blinkfeuer ist er einer der lichtstärksten Leuchttürme der Ostseeküste

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte das Fischerdorf als Erholungsort an Bedeutung gewonnen. Auch Künstler wie der Maler Karl Schmidt-Rottluff hielten sich hier gerne auf. Von 1919 bis 1931 kam er regelmäßig nach Jershöft. Er hielt die Schönheiten der pommerischen Ostseeküste auf eine expressionistische Art und Weise auf seinen Gemälden fest, wie das Pommerische Landesmuseum anlässlich der Ausstellung „Zwei Männer – ein Meer. Pechstein und Schmidt-Rottluff an der Ostsee“ schrieb.

Heute gibt es im Ortskern noch einige erhaltene Fischerhäuser, ein sehenswertes Bernsteinmuseum und natürlich den Leuchtturm. Der Gast findet ein vielseitiges Angebot an Kurhotels, Pensionen, Apartments und Restaurants vor. Durchgangsverkehr gibt es hier nicht.

Heutzutage wirbt man damit, dass der Charakter eines alten Fischer- und Leuchtturm-Ortes erhalten geblieben ist. Das wird man sicher in der Vor- und Nachsaison mehr spüren als im Hochsommer.

Brigitte Stramm



Damals wie heute werden die Fischerboote nach getaner Arbeit an Land gezogen und bieten ein malerisches Bild. Es gibt auch einen kleinen Fischerhafen

„Ein Schlag ins Gesicht sehr vieler Deutscher“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Sie haben vollkommen recht mit der Kritik an den Grünen“

Heinz-J. Bringewatt, Bielefeld
zum Thema: Das Scheitern der grünen Leitkultur (Nr. 29)



Ausgabe Nr. 31

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400890 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

PROZENTHALTIGER VORSCHLAG ZU: IN RUSSLAND WIRD DER ALKOHOL KNAPP (NR. 31)

Himmel und Erde, das kommt ja wie aus heiterem Himmel auf uns hernieder, das muss ein Wink des Himmels sein. Gerhard Schröder muss das richten. Der Ex-Kanzler muss zwischen seinem Freund Wladimir Putin und seinem Ex-Freund Olaf Scholz vermitteln, sonst saufen uns die „Russen“ ganz und gar ohne Alkohol ab. Naja, „absaufen“: Ganz ohne Flüssigkeit kann das nicht wirklich gut gehen.

Himmel, Arsch und Zwirn; Himmel, Herrgott, Sakrament, dann lassen wir Alkohol durch die Nord-Stream-2 nach Russland fließen, und der russische Zar Wladimir dreht dafür den Nord-Stream-1-Gashahn wieder voll auf. Mit einer Klatsche haben wir zwei Krisen bombig entschärft. *Riggi Schwarz, Büchenbach*

VERMASSELTES KONZEPT ZU: IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN WÄCHST DER FRUST (NR. 31)

Wie inzwischen üblich, gehen die neuen Bundesländer voran. Aber nicht nur, was die Seite der Arbeitgeber angeht. Auch in der Bevölkerung wächst der Unmut und der Frust. Sicher wird sich das mit den Abrechnungen der Heizkosten verstärken.

Interessant ist auch die Reaktion der Berliner Politik auf diese nun nicht mehr zu übersehende Negativeinstellung der Bevölkerung. Robert Habecks Wirtschaftspolitik mit seinen Zumutungen für die Bevölkerung, Annalena Baerbocks Frechheiten bezüglich der gefährlichen Unterstützung des Krieges, die unnütze „Klimarettung“ und Christian Lindners Milliarden-Finanzierung für volksfremde Projekte, all das blieb den Bürgern offensichtlich nicht verborgen.

Aber die Unverfrorenheit von Nancy Faeser in der Asylfrage geht erstmal an der Bevölkerung vorbei.

Die Herrschaften in Berlin ahnen aber offensichtlich, wie die Stimmung beim

Volk ist. Baerbocks Äußerungen weisen darauf hin, sie vermutet Unruhen. Vielleicht ist diese Ängstlichkeit auch der tiefere Grund, weshalb die neuen Bundesländer keine ukrainischen Flüchtlinge mehr zugewiesen bekommen. Könnte es sein, dass die Berliner Herrschaften Angst davor haben, dass die Leute der neuen Bundesländer den hereinkommenden ukrainischen Flüchtlingen Wahrheiten sagen, die den Berlinern das Konzept vermasseln?

Im Krisenfall, vielleicht schon im Herbst, werden sich die Migranten vermutlich so verhalten, wie sie das schon an den Zäunen in Melilla (Marokko/Spanien) getan haben oder in den Lagern in Griechenland. *Markwart Cochius, Chemnitz*

WAS FÜR EIN „TOLLES LAND“! ZU: WO DEUTSCHE „KARTOFFELN“ HEISSEN UND VATERLANDSLIEBE „ZUM KOTZEN“ IST (NR. 30)

Und dann haben wir da noch Bezeichnungen wie „sch... Deutsche, sch... Deutschland oder sch... Christen“. Wenn auch sonst der größte Teil unserer Gäste auch nach jahrzehntelangem Aufenthalt kaum der deutschen Sprache mächtig ist, so haben sie solche Ausdrücke drauf. Sie sind nicht in unserem Land, weil wir so nett sind oder Deutschland so schön ist. Nein, sie sind hier, weil es hier Geld ohne Gegenleistung gibt. Man lockt diese Menschen mit Versprechen ins Land.

Die Politik und viele deutsche Bürger achten sehr darauf, dass das auch alles eingehalten wird. Viele jener Menschen, die lediglich auf dem Personalausweis deutsch sind, sind für Spitzenjobs nicht etwa besser geeignet als andere Deutsche. Hier sollen lediglich Quoten eingehalten werden oder nach außen hin gezeigt werden, was für ein „tolles Land“ wir sind.

Seltsam ist nur, dass diese „Ausweis-Deutschen“ von den Menschen aus deren Herkunftsländern völlig anders beurteilt werden. Sie verstehen auch die Vorgehensweise der Deutschen überhaupt nicht. Verstehen kann man es dann, wenn

man erfährt, wie deutsche Politiker über Deutschland sprechen.

Jene ausländischen Gäste und „Ausweis-Deutsche“, die aus muslimisch geprägten Staaten kommen, haben ein ganz anderes Ziel. Sie wollen den Westen unterwerfen, und das kann man offensichtlich über Deutschland am besten. Hier kann man ungestraft jeden Deutschen und das Land verteuflern. Warum also leben in einem verhassten Land? Es wird doch keiner gezwungen, in Deutschland zu leben.

Alle ausländischen Gäste und „Ausweis-Deutsche“ können Forderungen stellen, die meistens erfüllt werden. Sie werden, was die Gesundheitsfürsorge betrifft besonders behandelt. Es ist auch ein Unterschied, ob jene ihre unmittelbare Umgebung völlig verschmutzen oder es ein deutscher Bürger tut. Auch Kriminelle werden anders behandelt.

Dann haben wir seit einiger Zeit Menschen aus der Ukraine. Grundsätzlich sollte den Menschen aus Kriegsregionen, wenn möglich, in irgendeiner Form geholfen werden (im Gegensatz zu jenen, bei denen das nicht der Fall ist oder die nicht zur EU gehören). Erschreckend ist aber, dass ein großer Teil dieser Menschen, sobald sie in Deutschland angekommen sind, Forderungen stellen. Also sich genauso verhalten wie ihr Präsident. Ein Mann, der seine Bürger förmlich nach Deutschland treibt, weil seiner Meinung nach Deutschland das reichste Land Europas ist. Herr Selenskyj, diese pauschale Aussage ist ein Schlag ins Gesicht sehr vieler Deutscher!

Übrigens ist festzustellen, dass viele Ukrainer in Deutschland mit einer Jacht auf vier Rädern erscheinen. Also mit Pkw, die sich sehr viele Deutsche nicht leisten können. Verlässt da etwa die Elite der Ukraine das Land? Das passt zu vielen Aussagen dieser Bürger: Wir wollen nicht mehr zurück, was sollen wir in so einem kaputten Land.

Dann haben wir da noch die ständigen Drohgebärden der Politik zu Corona und Energie. Selbstverständlich betrifft das nicht unsere ausländischen Gäste. Sie

werden weiterhin, wie immer, zuvorkommend behandelt.

Sorgen die Politiker von heute dafür, dass dieses „tolle Land“ bald nicht mehr Deutschland ist, sondern einen anderen Namen trägt? Oder finden wir uns irgendwann bei Christie's oder Sotheby's wieder? *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

GRÜNER KARRIERE-KITT ZU: GRÜNE ALS PARTEI DER „SOZIALEN KÄLTE“ (NR. 30)

Wie in vorstaatlicher feudaler Zeit gilt die Loyalität nicht der staatlichen Gesamtheit, sondern bestimmten Personen oder Gruppierungen und ihren Mitgliedern. Das ist das Band, welches Seilschaften Erfolg verleiht, und das ist der Kitt, der politischen Führern Treue und Gefolgschaft sichert. *Jürgen Frick, Dessau-Roßlau*

LAUTER BANALITÄTEN ZU: MENSCH SCHILY (NR. 28)

Seit 1997 bin ich Abonnent Ihrer Zeitung und feiere in diesen Tagen mit Ihnen Silberjubiläum. Das ist für einen Münchner ohne nennenswerten Bezug zum Hanseatischen schon etwas Besonderes.

Umso irritierter war ich, als ich die Hommage zu Otto Schilys 90. Geburtstag in der Ausgabe vom 15. Juli las: Ein ganzseitiger Artikel, der schon hagiographische Züge trägt und der Linie Ihres Blattes diametral entgegensteht. Zum Vergleich: Der linksliberalen „Süddeutschen Zeitung“ war Schily nur einen relativ kleinen Zweispalter wert.

Peter Schneiders Artikel ist zudem unausgewogen und schlecht recherchiert. So hält er sich an Banalitäten wie Schilys Frisur auf, anstatt über interessantere Biographische Fakten zu berichten: Schilys Bruder Konrad, ein ehemaliger Hochschulrektor, saß für die FDP im Bundestag, seine Tochter ist Schauspielerin. Das Verhältnis zu seinem großen Gegenspieler Günther Beckstein wird mit keiner Silbe erwähnt. *Thomas Fischer, München*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ 02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

ASTRONOMIE

Die Grenzen des Himmels durchbrochen

Vor 200 Jahren starb Wilhelm Herschel – Der aus Hannover stammende Forscher entdeckte 1781 in England den Planeten Uranus

VON HARALD TEWS

Der August bietet für erfahrene Himmelsbeobachter eine interessante Planetenkonstellation. Um Mitternacht herum steigt nicht nur Mars am Osthimmel empor, sondern rechts oberhalb von ihm auch Uranus. Während Mars in der Dunkelheit trotz künstlichen Lichts in den Städten mit bloßen Augen gut sichtbar ist, benötigt man dort für Uranus mindestens ein gutes Fernglas, um ihn zu finden.

Ogleich Uranus mehr als sieben Mal so groß wie Mars ist, erscheint er wie ein Winzling, da der siebte Stern unseres Planetensystems 19-mal weiter von der Sonne entfernt ist als die Erde und somit auch viel weiter als unser Nachbarplanet Mars. Weil Uranus wegen der großen Entfernung nahezu unsichtbar ist, kannte man seit alters nur die fünf mit bloßem Auge sichtbaren Planeten Merkur, Venus, Mars, Jupiter und Saturn. Dass nicht die Sonne, sondern die Erde ebenfalls ein Planet ist, weiß man spätestens seit Kopernikus.

Mit dem aus Hannover stammenden Friedrich Wilhelm Herschel sollte sich das ändern. Mithilfe eines Teleskops fand er 1781 heraus, dass es sich bei einem Lichtpunkt im All nicht um einen Fixstern, sondern um einen Wandelstern, also einen Planeten, handeln musste. Uranus war entdeckt, wengleich sich die Benennung nach der griechischen Göttergestalt erst später durchsetzte. Herschel selbst nannte ihn noch Georgium Sidus – Georgs Stern zu Ehren des englischen Königs Georg III.

Denn Herschel lebte seit 1757 in London, also dort, wo Georg III. in Personalunion mit dem Kurfürstentum Hannover herrschte. Er folgte damit einem anderen großen Deutschen, der den Ruf eines britischen Herrschers aus dem Haus Hanno-



Herschels Teleskop in der Royal Observatory in London. Links oben: Herschel mit Schwester Caroline bei der Himmelsbeobachtung

vererbte und nach England zog: Georg Friedrich Händel. Der Barockkomponist wirkte von 1710 bis zu seinem Tod 1759 ebenfalls in London und hat dort seine bedeutendsten Kompositionen verfasst.

Auch Herschel, der 1738 in Hannover geborene Sohn eines Militärmusikers, verstand sich in erster Linie als Musiker. Mit 14 Jahren startete er seine Laufbahn als Oboist in der kurhannoverschen Fußgarde. Als dann im Siebenjährigen Krieg die gegen eine Allianz aus Hannoveranern und Briten siegreichen französischen Truppen nach der Schlacht von Hasten-

beck einen Teil Kurhannovers besetzten, flüchtete Herschel nach England, wo er zunächst als Musiklehrer und Notenkopist in London lebte. Später arbeitete er als Organist in einem Orchester sowie als Komponist hauptsächlich im Ort Bath.

Den Ruhm eines Händel erreichte er als Komponist jedoch nicht einmal annähernd. Während Händel mit seinem „Halleluja“-Chor aus dem „Messias“ sowie seinen Feuerwerks- und Wassermusiken unvergessen bleibt, ist von Herschel als Komponist trotz seiner zahlreichen Sinfonien, Solokonzerte, Kammermusiken

und Orgelwerke kaum noch die Rede. Seine musikalischen Werke werden heute so gut wie nicht mehr aufgeführt.

Die mathematisch-stringente geprägte Musik brachte Herschel jedoch zur Astronomie. Er stellte nicht nur selbst Berechnungen an über Kreisbewegungen von Himmelskörpern und Planetenkonstellationen, sondern entwickelte eigene astronomische Instrumente, mit denen er sich einen Zusatzverdienst verschaffte. Dazu gehörten neuartige Spiegelteleskope, bei denen er das über einen Spiegel reflektierte Licht auf das Linsenokular exakt be-

rechnete. Anders als die reinen Linsenteleskope, mit denen noch Galileo Galilei die vier größten Jupitermonde entdeckte, sind Spiegelteleskope dank der Reflexion viel lichtempfindlicher. Damit gelangen Herschel unter tatkräftiger Unterstützung seines Bruders Alexander und seiner Schwester Caroline spektakuläre Beobachtungen des Sternhimmels.

Bei seiner Uranus-Entdeckung blieb es nicht. Herschel entdeckte zusätzlich mit Titania und Oberon die zwei größten Monde des Uranus und fand als Erster heraus, dass Uranus ähnlich wie Saturn über ein Ringsystem verfügt. Ferner bestimmte er im Weltall bislang unbekannte Nebel, die sich später als Gasnebel, Sternhaufen und Galaxien erwiesen. Sein „Herschel-Katalog“, in dem er mit seiner Schwester über 2500 von ihm entdeckte „neblige Objekte“ klassifizierte, diente lange Zeit als Standard in der Astronomie.

Heute ist man in der Forschung um Lichtjahre weiter. So weiß man, dass Uranus mindestens 27 Monde besitzt, dass jenseits dieses Planeten noch Neptun und der Zwergplanet Pluto um die Sonne kreisen und dass es allein im Sonnensystem unzählige Asteroiden und Kometen gibt.

Da Uranus noch einmal doppelt so weit von der Sonne entfernt ist wie Saturn, erweiterte sich dank Herschels Uranus-Entdeckung das Sonnensystem entsprechend auf das Doppelte des bis dahin bekannten Umfangs. Auf seinem Grabstein im englischen Slough, wo Herschel vor 200 Jahren, am 25. August 1822, starb, steht daher der passende Satz: „Er durchbrach die Grenzen des Himmels.“

Jetzt im August lohnt sich der Blick in den klaren Nachthimmel. Bei der Suche nach Uranus mit optischen Hilfsmitteln sollte man daher eines deutschen Forschers gedenken, der revolutionäre Pionierarbeit in der Astronomie geleistet hat.

VERKEHRSPROJEKT

Unter Wasser Kreise ziehen

Ein gigantischer Straßentunnel verbindet neuerdings die einzelnen Färöer-Inseln miteinander

Der weltweit erste Unterwasser-Kreisverkehr ist in diesem Frühjahr weit im Norden von Europa in Betrieb genommen worden: bei den Färöer-Inseln. Zwischen Island und Norwegen, unweit der britischen Shetland- und Orkney-Inseln, liegt die Inselgruppe, die autonom ist, aber doch zu Dänemark gehört. Hier leben rund 50.000 Einwohner auf insgesamt 18 bergigen Inseln verteilt. Zu erreichen waren die Inseln bislang vor allem über Brücken und mit Fähren sowie durch einige kurze Tunnelverbindungen. Seit dem Frühjahr sind Besuche zwischen zwei Inseln deutlich schneller möglich.

Der spektakuläre Unterwasser-Kreisverkehr der Färöer gehört zu einem ehrgeizigen Verkehrsprojekt, das gut 175 Millionen Euro gekostet hat. Die Ausgestaltung des Kreisverkehrs ist keineswegs kostensparend und alles andere als schlicht. Ganz im Gegenteil. Verschiedenfarbige Lichter, leuchtende Farben, die an Aquarelle erinnern und mit wechselnden blau-, türkis-, gelb- und grünschillernden Nuancen an Wasser an den schönsten Stränden der Welt erinnern, machen die Unterwasser-Kreisfahrt zu einem farbenfrohen Vergnügen. Künstlerischer Höhepunkt ist eine rund 80 Meter lange Skulptur aus Stahl, die der von den Färöer-Inseln stammende Künstler Trondur Patursson geschaffen hat.

Zu den besonderen Herausforderungen beim Bau des Unterwasser-Kreisverkehrs gehörte der innere Bereich des großzügig angelegten Kreisels, der eine besondere Sicherung benötigte. Rund 50 Meter Gestein liegen zwischen dem Boden des Fjords und der Kreisverkehr-Decke. Die Verwendung von Schrauben mit besonderem Korrosionsschutz und extra haltbarem Beton war dabei eher Nebensache. Besondere Anforderungen für das schwedische Bau-Team stellten

die Belüftung und der Abtransport der mehr als 12.000 Festmeter abgetragener Gesteinsmenge dar sowie die Sicherung der Zuwegungen gegen Leckagen.

Einer der Tunnel des Infrastrukturprojektes, für das der Startschuss im Januar 2017 fiel, ist der Eysturoytunnin, der es auf eine Länge von 11,25 Kilometer bringt und dabei bis zu 187 Meter unter Wasser liegt. Bei der Planung des ehrgeizigen Verkehrsprojektes ist man davon ausgegangen, dass rund 5000 Fahrzeuge

pro Tag den Tunnel nutzen, der über eine Mautgebühr einen Teil der Kosten rückfinanzieren soll. Für eine Fahrt mit dem Pkw durch den Tunnel muss eine Mautgebühr in Höhe von umgerechnet 23,50 Euro gezahlt werden. Pendler zahlen einen geringeren Preis. Wer mit einem Bus durch den Tunnel reist, zahlt pro Fahrt rund 180 Euro.

Der Anreiz, den Tunnel zu nutzen, ist groß. Der Eysturoytunnin bindet die Insel Streyroy mit der Hauptstadt Torshavn an den Unterwasser-Kreisverkehr an. Die Strecke von Torshavn nach Ruvik der Insel Eysturoy wird durch den Tunnel von 55 Kilometer auf 17 Kilometer verkürzt. Anders formuliert: Statt 64 Minuten dauert die Fahrt nun lediglich 16 Minuten. Die Mautgebühr wird der eine oder andere Bewohner der Färöer gerne ausgeben, um Zeit zu sparen.

Die künstlerische Gestaltung des Unterwasser-Kreisverkehrs wird dazu beitragen, dass neben der üppigen, wenn auch rauen Natur mit Schafen, Klippen und Wasserfällen ein Besuch beim Unterwasser-Kreislauf für Touristen zu den Höhepunkten ihrer Reise zählt. Das Konzept kann aufgehen. Die Bewohner der Färöer-Inseln sind jedenfalls begeistert von ihrem Tunnel mit dem Unterwasser-Kreisverkehr. Das nächste Tunnelsystem ist bereits im Bau. *Stephanie Sieckmann*



Blaues Höhlen-Wunder: Der Eysturoy-Tunnel mit seinem Unterwasser-Kreisverkehr

TIERBEOBACHTUNG

Ein Walross in Ostpreußen

Auf der Kurischen Nehrung wurde diesen Sommer ein Walross gesichtet, bei dem es sich wohl um dasselbe Tier handelt, das am 16. Juni auf Rügen gemeldet wurde. Seine Reise führte es bis Finnland, wo es einen Rettungsversuch nicht überlebte. Nach tierärztlicher Aussage handelte es sich vermutlich um ein weibliches Tier. Auch an der südöstlichen Küste Schwedens war zuvor schon ein Walross gesichtet worden. Aufgrund der unterschiedlichen Länge der Stoßzähne ist jedoch davon auszugehen, dass es sich nicht um ein und dasselbe Tier handelte.

Walrosse sind überwiegend in den polaren Gebieten des Atlantik und Pazifiks heimisch. Nur selten werden Tiere in der Nordsee oder bis in den Skagerrak beobachtet, aber auch vor der spanischen Küste sind Sichtungen belegt. In die Ostsee verirren sie sich fast nie. Als Grund für derartige Wanderungen vermuten Forscher den Verlust des permanenten Eises als Lebensraum. „Der Klimawandel führt für Walrosse und Eisbären vermutlich zu drastischen Veränderungen der saisonalen Wanderungen und Aufenthaltsgebiete“, so Michael Dähne, Kurator für Meeressäugtiere am Deutschen Meeresmuseum. *H. Sch.*

● FÜR SIE GELESEN

Ausflug auf die Nordseeinsel

Was man auf der Nordseeinsel Föhr alles erleben kann, wenn man nur einen Tag Zeit hat, schildern Hans-Dieter Reinke und Daniel Hugenbusch in ihrem Reiseführer „200 Tipps für einen schönen Tag auf Föhr“.

Einem Vorwort mit allgemeinen Informationen folgen Kapitel zu jedem Ort auf der zweitgrößten nordfriesischen Insel. Diese sind reich bebildert und nummeriert. Sie enthalten Tipps zu den Themen „Genießen“, „Erleben“ und „Entdecken“.

Die Autoren beschreiben nicht nur Attraktives rund um die Hauptorte Wyk, Nieblum, Alkersum oder Midlum und Oevenum, sondern auch zu den zahlreichen auch weniger bekannten Besonderheiten und Schönheiten der Insel. Aufgrund des praktischen Taschenbuchformats passt das Buch in jede Handtasche und ist ein idealer Reisebegleiter. **MRK**



Hans-Dieter Reinke/Daniel Hugenbusch: „200 Tipps für einen schönen Tag auf Föhr“, Elert & Richter Verlag, Hamburg 2022, broschiert, 182 Seiten, 14 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Wunderschönes Südafrika

Reisen in ein Land, in dem Elefanten, Löwen und viele exotische Tierarten zu Hause sind

FOTO: SHUTTEROCK

Karge Schönheiten, eine herrliche Natur mit seltenen Pflanzen und Tieren – Südafrika hat Urlaubern unvergessliche Erlebnisse zu bieten. Einen unterhaltsamen Überblick über Städte, Nationalparks, Veranstaltungen

und afrikanische Gerichte bietet DuMonts Bildatlas „Südafrika“. Wie der Name der Reihe bereits aussagt, besticht das Heft im DIN-A4-Format durch eindrucksvolle Aufnahmen. **MRK**



DuMont Bildatlas: „Südafrika“, DuMont Reiseverlag, Ostfildern, 5. Auflage 2022, broschiert, 126 Seiten, 11,50 Euro

POLITIK

Bittere Abrechnung mit Markus Söders CSU

Der PAZ-Autor Florian Stumfall ist nach 52 Jahren aus der Bayern-Union ausgetreten – In seinem Buch „Ich will meine CSU zurück“ erklärt der Politikwissenschaftler seine Beweggründe und zieht eine vernichtende Bilanz

VON ANSGAR LANGE

Florian Stumfall sagt beim Abschied nicht leise Servus – Das CSU-Urgestein rechnet mit seiner ehemaligen Partei ab

Die Christlich Soziale Union (CSU) hat einige Intellektuelle von Format und mit einem großen sprachlich-publizistischen Talent hervorgebracht. Man denke nur an den früh verstorbenen Marcel Hepp, der in den 1960er Jahren als Persönlicher Referent von Franz Josef Strauß in Bayern und als Chefredakteur der Parteizeitung „Bayernkurier“ tätig war. Man denke auch an Peter Gauweiler und den langjährigen „Bayernkurier“-Chefredakteur Wilfried Scharnagl. Ein solcher CSU-Intellektueller ist auch Florian Stumfall, der unter anderem als Referent für die Hanns-Seidel-Stiftung, in der CSU-Landesleitung und fast 25 Jahre als Mitarbeiter beim „Bayernkurier“ tätig war. Heute erfreuen sich unter anderem die Leser dieser Zeitung an Stumfalls klaren Analysen und knackigen Kommentaren.

Seit 2019 gibt es den „Bayernkurier“ nicht mehr, und Stumfall hat mit einem persönlichen Schreiben an Ministerpräsident Markus Söder vom 12. Juli 2021 ebenfalls der CSU Lebewohl gesagt. Manche sagen beim Abschied leise Servus. Der Autor tut dies nicht. Er begründet auf rund 160 Seiten, warum er ausgetreten ist. Nicht, weil er sich oder seine Ansichten geändert hätten, sondern weil die CSU von Markus Söder kaum

noch etwas mit der von Franz Josef Strauß gemeint hat.

Zu sehr an den Zeitgeist angepasst

Im Grunde wirft der Autor „seiner“ Partei – denn dass er sie früher geliebt hat, spürt man in jeder Zeile – vor, dass sie sich zu sehr dem Zeitgeist angepasst hat. Und dieser Zeitgeist ist links-grün. So tickt zwar nicht die Mehrheit in Bayern und in Deutschland, aber so ticken die meisten Medien und eine oft abgehobene Funktionärselite der Parteien – nicht nur in Berlin. In den letzten 18 Jahren, so Stumfalls Vorwurf, habe eine einst bewunderte und sehr erfolgreiche Partei wie die CSU „ihre Substanz, ihren Charakter und den Großteil ihrer Lebenskraft“ verloren. „Wer darauf verzichtet, den eigenen Geist prägend wirksam zu machen, wird sich fremdem Geist fügen müssen“, so der Verfasser.

Mahnende Worte zur Energiewende

Als hellsichtig erweisen sich Stumfalls mahnende Worte zur „Energiewende“, die er im Juli 2021 an Söder richtete: „Allerdings sind Arbeitsplätze im sechsstelligen Umfang wegen der Energiewende in Gefahr. Diese hat zu den höchsten Energiepreisen bei gleichzeitiger fataler Unsicherheit der Versorgung geführt. Wird sie weiterhin betrieben, droht die Deindustrialisierung Deutschlands.“

Nun haben wir den Salat. Der Ukrainekrieg und die ideologische Verbohrtheit von Grünen und SPD verschlimmern die Lage zusätzlich. Aber unschuldig an

dieser Entwicklung ist auch die CSU nicht, die sich in den letzten Jahren viel zu sehr bei den Grünen anbiederte. Zurzeit hat man den Eindruck, dass der wendige Söder erkannt hat, dass damit nicht länger Staat zu machen ist. Es wird sich aber noch erweisen, ob jüngste kernige Aussagen contra Gendern und pro Kernkraft wirklich auf ein neues Denken schließen lassen.

„Die CSU ist kein Mythos mehr!“. Dieser Satz fasst das Dilemma der Partei zusammen. In früheren Zeiten war die CSU die wahre Bayernpartei. Partei und Land waren eins. Die CSU stand für eine äußerst wirkmächtige Öffentlichkeitsarbeit. Die Erfolge in puncto Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung und innerer Sicherheit konnten sich sehen lassen. Die CSU-Politiker waren im sogenannten vorpolitischen Raum präsent wie niemand sonst.

Nach der Lektüre dieses mit vielen Anekdoten angereicherten Buches hat man wenig Hoffnung, dass die CSU wieder an alte Zeiten anknüpfen und zum Mythos werden wird.



Florian Stumfall: „Ich will meine CSU zurück“, Edition Stumfall, Hernau 2022, gebunden, 166 Seiten, 19,80 Euro

NATURKUNDE

Exkursionen in den heimischen Wald

Bastian Kaiser, Professor an der Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg, hat ein informatives Buch über Bäume und Menschen geschrieben

VON SILVIA FRIEDRICH

Schon die alten Römer waren von der Unberührtheit und Wildnis der hiesigen Wälder beeindruckt“, lässt Bastian Kaiser in seinem Buch „Bin im Wald! Mit einem Forstexperten durchs grüne Dickicht“, wissen. Der römische Geschichtsschreiber Tacitus zeigte sich beeindruckt von Germanien als einem Land mit „unheimlichen Wäldern und abscheulichen Sümpfen“.

„Der Wald ist populär wie nie“

Kaiser ist Professor an der Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg, studierter Forstwissenschaftler und seit seiner Jugend auf der Schwäbischen Alb begeistert von allem, was mit Wald zu tun hat. „Der Wald ist so populär wie nie“, lässt er sein Buch beginnen. Somit sei er als Rektor einer Forsthochschule mit seinem Fachwissen weitaus gefragter als in früheren Zeiten. Das freut ihn, da die Menschen „ihren“ Wald wieder neu entdeckten. Die Menschen möchten sich selbst besser kümmern, und das sei höchst erfreulich, so Kaiser.

In fünf Kapiteln und einem ausführlichen Nachwort erfährt man unter anderem, dass der Wald sehr viel mehr ist als die Summe seiner Bäume, warum die Deutschen dieses innige Verhältnis zu „ihrem“ Wald haben, wie tief das Waldverhältnis in unserer Kultur verwurzelt ist, worauf zahlreiche Volks- und Kinderlieder hindeuten, wie sehr der Werkstoff

Holz unser Leben beeinflusst, welche Folgen der Klimawandel mit sich bringt und welche Lösungsansätze es für die Zukunft geben kann.

In diesem Buch bleibt keine Frage, die den Wald betrifft, unbeantwortet. Es ist so prall gefüllt mit Fakten, historischen Informationen sowie wissenschaftlichen Erkenntnissen und visionären Blicken in die Zukunft des Waldes, dass sich das Ganze wie ein forstwissenschaftliches Studium im Schnelldurchlauf liest. Interessant ist dabei der zweite Teil, gewissermaßen „ein Buch im Buch“, der auch allein dastehen könnte. Der Autor berichtet innerhalb der Kapitel immer wieder von seinen ganz persönlichen Erfahrungen mit dem Wald, von seiner Laufbahn und seinem Erleben mit der Natur.

Nicht ohne Grund nannte der Autor sein Buch daher auch „Bin im Wald!“. Der Titel bezieht sich auf ein Schild, das er selbst am Försterhaus oft vorfand, wenn er den Waldhüter besuchen wollte und diesen nicht zu Hause antraf. Allen Naturliebhabern sei dieses Sachbuch wärmstens anempfohlen.



Bastian Kaiser: „Bin im Wald! Mit einem Forstexperten durchs grüne Dickicht“, Hirzel Verlag, Stuttgart 2022, gebunden, 300 Seiten, 22 Euro

KARTOFFELN

Der Siegeszug einer exotischen Frucht

Friedrich II. setzte den Anbau in Deutschland durch – Heute wird die Knolle weltweit genutzt

VON BÄRBEL BEUTNER

Zum Herbst gehört die Kartoffel, und wenn die Bundesbürger heute in den Herbstferien auf die Malediven fliegen, so denken sie bestimmt nicht daran, dass diese Ferien einst der Kartoffelernte dienten, damit die Kinder helfen konnten.

Die Geschichte von der Einführung der Kartoffel in Preußen wird ebenso häufig erzählt wie die Geschichte von der Mühle in Potsdam; es sind die bekanntesten Anekdoten vom Alten Fritz. Der König fühlte sich vom Klappern einer Mühle gestört und verlangte von dem Müller, die Mühle abzureißen oder zumindest stillzulegen. Der Müller weigerte sich, es kam zum Rechtsstreit, das Recht war auf Seiten des Müllers, aber die Richter wagten nicht gegen den König zu entscheiden. Das bekam ihnen schlecht. Unvergesslich Hans Clarin in einem Fernsehspiel in der Rolle Friedrichs II., wie er mit verkniffenem Gesicht verkündet: „Ich werde meine Untertanen vor solchen Richtern zu schützen wissen!“

Die Kartoffel wurde zum Grundnahrungsmittel

Was die Einführung der Kartoffel betrifft, so hätte er sagen müssen: „Ich werde meine Untertanen vor Hungersnöten zu schützen wissen!“ Jedes Kind kannte und kennt heute noch seinen „Trick“, Kartoffelfelder zu „bewachen“ und bei Strafe zu „verbieten“, Kartoffeln mitzunehmen. Die Kartoffeldiebe wurden dann von Spezialisten mit dem Anbau und der Zubereitung der noch unbekannteren Frucht vertraut gemacht, die bald zum Grundnahrungsmittel wurde.

Wie verheerend es sich auswirkte, wenn sogar die Kartoffelernte verdarb, schildert Hermann Sudermann (1857-1928) aus Heydekrug in seiner Autobiografie „Bilderbuch meiner Jugend“. Im Sommer 1867 kam von Juni an kein Sonnenstrahl mehr zum Vorschein, und aus grauen Wolken fiel ununterbrochen und gleichmäßig ein ewig sickernder Regen auf die Memelniederung. Alles verfaulte,



Transport per Boot: Frisch geerntete Kartoffeln aus dem Großen Moosbruch werden verladen

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

die Kartoffeln waren kleiner als Walnüsse und von Stockpfropfen durchsetzt. Das war das Schlimmste. Sudermann schildert ein Elend und eine Hungersnot wie in dunkelsten Kriegszeiten.

Völkerverbindendes Element

Es ist daher nicht schön, wenn die Kartoffel diskriminierend gebraucht wird. Die Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes, Ferda Ataman, soll die Deutschen „Kartoffeln“ genannt haben. Auch wird die Kartoffel nicht immer gewürdigt. „Kartoffeln gehören in den Keller“, sagte eine Kollegin; Kartoffeln schmeckten ihr nicht. Und ein ostpreussischer Landsmann zitierte in Erinnerung an seine Zeit im Flüchtlingslager: „Kartoffelsuppe, Kartoffelsuppe, die ganze Woch Kartoffelsuppe, und Sonntags auch kein Fleisch ...“

Doch gerade heute bekommt die Kartoffel eine aktuelle Bedeutung. In einer Welt, in der plötzlich Krieg und Feindschaft herrschen, verbindet sie alle Völker, die sich mit ihren Spezialitäten geradezu überbieten. Allein schon der Name für dieses Gewächs durchkreuzt die Nationen. Die französische Bezeichnung „pommes de terre“ (Äpfel der Erde) wird den Kunden am Imbisswagen kaum bewusst sein, wenn sie ihre „Pommes rot-weiß“ (Pommes Frites mit Ketchup und Mayonnaise) bestellen. Doch im Deutschen gibt es auch die Bezeichnung „Erdäpfel“. „Wir waren froh, wenn wir Erdäpfel hatten!“, sagte in Prag der Vater von Franz Kafka (1883-1924) zu seinem Sohn. Das Wort „Kartoffel“ kommt laut Brockhaus von dem italienischen „tartuffolo“ - Trüffel. Auch auf Russisch heißt es „kartoffel“, aber als Maskulinum, männlich. Es gibt aber auch die weibliche Verniedlichungsform „kartoschka“.

Was kann man nicht alles aus der Kartoffel zubereiten! „Doennings Kochbuch“, 37. Auflage, Kassel 1969, bietet Re-

zepte von Seite 278 bis 286, acht Seiten für Salzkartoffeln, Pellkartoffeln, Bratkartoffeln, Kartoffelbrei, Schusterpastete, Bauernfrühstück und, und, und.

Zur Geschichte des Kochbuches: 1891 gründeten die Schwestern Margarete und Elisabeth Doening in Königsberg eine „Ostpreussische Haushaltungsschule“, die so großen Erfolg hatte, dass bereits 1902 ihr Kochbuch in zweiter Auflage erschien. Die „Ostpreussische Mädchengewerbeschule“, wie sie später hieß, im Volksmund „Klops-Akademie“ genannt, bestand bis 1945.

Überall beliebt sind die Kartoffelpuffer/Hamburg, Reibekuchen/Westfalen,

Kartoffelflinsen/Ostpreußen. Diese Pfannkuchen aus rohen geriebenen Kartoffeln, in heißem Fett gebacken, müssen braun und knusprig sein.

Vielseitige Zubereitungsarten

Bei den ostpreussischen Kartoffelflinsen (es gab auch „Mehlfinsen“) hört man gleich die slawischen „blini“ heraus. Eine Steigerung dieses Genusses stellen die russischen „draniki“ dar, die kleiner und knuspriger sind und Ähnlichkeit mit den schweizerischen „Rösti“ haben. Die polnische Küche hat eine besondere Raffinesse entwickelt. Der Teig, der aus geriebenen rohen und gekochten Kartoffeln

besteht und mit Eiern, Zwiebeln und Gewürzen nach Geschmack hergerichtet wird, wird auf einem Backblech im Ofen gebacken. Die braunen, kross gebackenen „Kartoffelkuchenstücke“ werden mit Gulasch serviert.

Man darf aber nicht vergessen, dass die Kartoffel eine Speise für die Armen war, und das brachte Resteverwertung mit sich. So stampfte man die restlichen Kartoffeln vom Mittagessen, gab ein Ei und etwas Milch dazu, würzte nach Geschmack und formte daraus runde Plätzchen oder – andere Variante – eine Rolle, die man in Scheiben schnitt. Die wurden dann in der Pfanne gebraten. Doennings Kochbuch nennt sie „Kartoffelbratlinge“ und bietet zwei Rezepte dafür an. Auf litauische Art bereitet eine russische Freundin diese „Schematschi“ zu. In die gerollte Kartoffelmasse wird Hackfleisch eingefügt, dann kommen die Rollen in den Backofen oder in Scheiben geschnitten in die Pfanne. Mit „Smetana“, saurer Sahne, servierte sie diese Köstlichkeit ihren begeisterten Gästen.

Ostpreussische Rezepte

Könnte der Alte Fritz doch erleben, was aus seinem Feldzug für die Kartoffel geworden ist! Was er wohl von Kartoffelsalat, Kartoffelgratin, Kartoffelspalten, Backkartoffeln, Kroketten und Süßkartoffeln hielt? Er müsste auf jeden Fall die ostpreussischen „Keilchen“ probieren, eigentlich eine Art Klöße, ähnlich den bayrischen Knödeln. So steht es in dem Kochbuch „Die schönsten Rezepte aus Ostpreußen“ von Ingeborg Hoffmann, Köln 1998, Seite 25: „Keilchen sind von der Form her allerdings sehr verschieden – sie können klein, rund, aber auch länglich sein.“ Der Teig, aus dem die länglichen oder runden Keilchen geformt werden, besteht anteilig aus rohen geriebenen Kartoffeln und gekochten Pellkartoffeln vom Vortag und wird mit Eiern, Mehl und Salz zu einer festen Masse verarbeitet. In siedendem Wasser werden die Keilchen gegart. Schnellküche ist das nicht, zumal sie mit einer kunstvollen Soße gereicht oder gerne zu Gänse- und Schweinebraten gegessen werden. Kalorien dürfen hier auch nicht zum Problem werden.

Die Kartoffel beschert uns viele Genüsse, aber am wichtigsten ist ihre Botschaft: Lieber geht durch den Magen und stellt Verbindungen her – bei allen Völkern.

Rezept Kartoffelflinsen



Foto: Shutterstock

Zutaten: 1 ½ kg große Kartoffeln
4 Eier, Salz,
1 Eiößel Mehl
1 knapper Teelöffel Anis
1 Zwiebel, Öl
Zucker oder Apfelsüß

Zubereitung: Die rohen Kartoffeln schälen und kurz vor dem Backen reiben, damit sie hell bleiben. Bei neuen Kartoffeln wiederholt das Wasser vom Teig abschöpfen. Eier, Salz, Mehl, Anis und eine kleine geriebene Zwiebel untermengen. Den Teig gut rühren. In der Stiefpfanne Öl zum Sieden bringen, und je nach Belieben kleine oder größere Flinsen darin auf beiden Seiten röschen (knusprig) und braun backen.

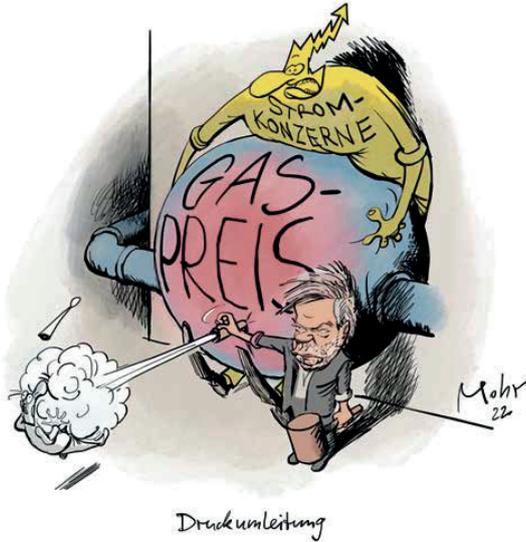


Überwacht mit Argusaugen die Kartoffelernte: Friedrich der Große

Foto: Gemälde/DHM

● AUFGESCHNAPPT

Nach Bismarck wird nun Kaiser Wilhelm I. von politischen Aktivisten als Exponent der Kolonialpolitik „entdeckt“. Historische Fakten interessieren dabei nicht. In Köln steht das Reiterstandbild Wilhelms I. an der Hohenzollernbrücke im Fokus. Hinsichtlich der Kolonialvergangenheit wird die Stadt von einem neuen, zwölfköpfigen Gremium beraten. Dessen Empfehlungen werden auch den alten Kaiser betreffen, der „teils“ für die entsprechende Geschichte stehe, „also Ausbeutung, Gewalt, Völkermord“, wie es in einem RTL-Bericht heißt. Eli Abeke, Einwanderer aus Nigeria und Mitglied des Gremiums, erklärt, Monumente wie dieses seien „eine Demütigung für Menschen“ die „aus diesen Kulturen“ – gemeint ist offenbar Afrika – nach Deutschland kämen. Man solle darüber diskutieren, „wie man das tatsächlich, ja, auf Deutsch gesagt, entfernen kann“. Eine Kölner Professorin ist etwas großzügiger, sie bringt Varianten ins Spiel wie „Einhüllen“ oder ein „Geschichtspfad, der die Rolle des Kaisers erklärt“. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Im YouTube-Kanal „Hallo Meinung“ (8. August) fällt der frühere Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg-Maaßen, ein vernichtendes Urteil über Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD):

„Wenn man sich Äußerungen von Herrn Lauterbach anhört ..., muss man sich wirklich fragen, ob der Mann noch die notwendigen geistigen Kräfte hat, um seinen Dienst als Minister auszuüben oder ob der Bundeskanzler ihn nicht einer amtsärztlichen Untersuchung zuführen müsste. Wenn er mein Mitarbeiter wäre, ich hätte größte Zweifel an seiner Dienstfähigkeit. Ob es nun eine psychische Erkrankung ist oder durch Substanzen, die zugeführt werden, kann ich nicht beurteilen. Aber ich glaube, der Mann ist nicht mehr Herr seiner Sinne.“

In der „Frankfurter Allgemeinen“ (12. August) stellt sich Corinna Budras der Idee, dem Neun-Euro-Ticket eine dauerhafte Billigfahrkarte folgen zu lassen, entgegen:

„Das sollte allen Anhängern der 9-Euro-Idee klar sein: Wer die Steuerzahler auf Dauer zum Hauptfinanzierer des Systems macht, der legt endgültig die Axt an einen funktionierenden ÖPNV. Dann wird die Qualität bald gar kein Thema sein, dann wird eine aufwendige und teure Dienstleistung, deren Organisation keineswegs trivial ist, zur Ramschware. Qualität liegt nur denen am Herzen, die die Busse und Bahnen auch nutzen und dafür das entsprechende Geld lockermachen.“

Die österreichische Kabarettistin Lisa Eckhart wirft im Gespräch mit dem „Hamburger Abendblatt“ (13. August) einen Blick auf Deutschland:

„Und was Deutschland angeht ... es kommt von seinem Sonderweg nicht ab. Darf es nicht über allen sein, dann ist es eben unter allen. Dazwischen aber macht man's nicht. In den ständigen Selbstgeißelungen steckt mindestens genauso viel Nationalismus und Narzissmus. Ich gebe zu bedenken: Nur das Deutsche praktiziert diesen unsäglichen Glottisschlag. Wenn etwas in Deutschland schlummert, was immer wieder ausbricht und allen zum Verhängnis wird, so ist es nicht „das Böse“, sondern der verheerende Wille, bessere Menschen zu züchten.“

Gunter Weißgerber, SPD-Bundestagsabgeordneter von 1990 bis 2009, setzt sich auf „Achtgut“ (15. August) mit dem Schwall von „Wenden“ auseinander, dem Deutschland unterzogen wird:

„Energiewende, Verkehrswende, Agrarwende, Ernährungswende, Geschlechterwende und Zuwendende sind Wegmarken eines einzigartigen Abgangs eines funktionierenden hoch entwickelten Staates in ein dysfunktionales Kartenthaus. Wer einen Staat umstülpt, erhält ein umgestülptes existenziell gefährdetes Zerrbild zurück.“

● WORT DER WOCHE

„Mit jedem Euro, den wir nun zusätzlich abdrücken müssen, werden wir daran erinnert, dass die deutsche Energiepolitik krachend gescheitert ist.“

Johannes Bockenheimer in der „Bild“-Zeitung am 16. August

DER WOCHENRÜCKBLICK

Bis es dunkel wird

Wie Habecks Staatssekretär an sein Überwissen gelangt, und was „europäische Solidarität“ bedeutet

VON HANS HECKEL

Bumm, aus! Plötzlich ist der Bildschirm schwarz. Auch die Anzeige auf dem Telefon ist blank, der Hörer schweigt. „Stromausfall!“ tönt es durch die Etagen. Klasse! Und das kurz vor Produktionsschluss der Zeitung. Sofort macht das Wort vom „Vorgeschmack auf den Winter“ die Runde. Kann ja heiter werden ...

Immerhin, die Rechner können schnell wieder hochgefahren werden, die Telefonanlage benötigt ein bisschen länger. Die Befürchtung, in den Programmen könnte etwas kaputtgegangen sein, bewahrheitet sich zum Glück nicht. Trotzdem bleibt die Rede vom „Vorgeschmack“ im Kopf hängen. Was da wohl auf uns zukommt, wenn so ein Ausfall mal richtig lange dauert?

Ach was, da passiert schon nichts, weiß Patrick Graichen, der es wissen muss. Graichen ist nämlich Staatssekretär in Robert Habecks Wirtschaftsministerium und dort zuständig für die Energiewende. Daher muss er es wissen. Er weiß sogar Sachen, von denen die altbackenen Experten aus der Industrie und der Energie-Branche keinen Schimmer haben. Toller Mann also. Wie er an sein Überwissen gelangt ist, erklärt uns Graichen im Fernsehen.

Es ist nämlich alles nur eine Frage des richtigen Standpunkts. Er rede ja ständig mit den Netzbetreibern. Und dabei hat Graichen festgestellt, dass das „eine konservative Branche“ sei, deren „Mindset“ auf der „sehr sicherheitsorientierten Seite“ verortet sei, was er offensichtlich für einen schweren Fehler hält. Er selbst gehe da völlig anders ran, weshalb die Energiewende ganz sicher gelingen werde. „Natürlich schaffen wir das – weil wir den richtigen Mindset haben.“

„Mindset“ heißt eigentlich nichts weiter als „Denkweise“, aber in der englischen Version klingt das in den Ohren von Leuten wie Graichen eben viel flotter, irgendwie nach Börsensprache. Da hatten wir auch schon mal eine Generation von Experten, die sich komplett von der „konservativen“ Welt der alten Anleger und Unternehmer lossagten und die überkommenen Grundsätze von Soll und Haben, von Gewinn und Verlust auf den Müllhaufen der Geschichte warfen, um mit Volllgas in die „New Economy“ zu starten. Im Frühjahr 2000 machte es dann „Penge!“, die „Dotcom-Blase“ war geplatzt und Millionen von Investoren gerupft.

Aber bis dahin lief alles ganz toll. Plötzlich schienen Sachen möglich, die sich vorher niemand hatte vorstellen können. Bei Graichens „Mindset“ ist das nicht anders. So empfiehlt er der Großindustrie, sich mit Notstrom-Aggregaten auszurüsten, um im Falle eines Stromausfalls weiterproduzieren zu können. Der Energie-Experte und Professor an der Cottbusser Uni Harald Schwarz fasst sich an den Kopf: In der September-Ausgabe von „Tichys Einblick“ rechnet er vor: „Die Industrie verbraucht etwa zehn bis zu 20 Gigawatt. Handelsübliche Notstromaggregate in der Größe eines Lkw-Anhängers haben eine Kapazität von einem halben bis einem Megawatt.“ Die Industriebetriebe mit Notstrom-aggrenaten am Laufen halten zu wollen, sei daher „völlig jenseits dessen, was überhaupt irgendwie machbar ist“.

Dieser Kerl hat ganz offensichtlich den falschen „Mindset“. Was aber, wenn er recht behält und die Energiewende tatsächlich im Fiasko endet? Dafür haben Habeck, Graichen und all die anderen schon vorgesorgt. Sie kommen schließlich aus der grünen, also sehr linken Ecke, und dort hat man große Erfahrung mit dem Überstehen von selbstverantworteten Katastrophen.

Niemand wird etwas eingestehen

Immer, wenn ein sozialistisches Experiment in die Hose gegangen ist, wurden zwei Gründe dafür aus der Jakobinermütze gezaubert: Entweder hat der Klassenfeind erfolgreich sabotiert, oder der „Mindset“ (früher sagte man „Klassenstandpunkt“) der werktätigen Massen war eben nicht fest genug: „Die Menschen waren halt noch nicht so weit.“ Nur die große Idee und erst recht die weisen Anführer und Ideologen der Bewegung hatten selbstverständlich goldrichtig gelegen, auch wenn sie gescheitert sind.

Soll also niemand darauf hoffen, dass Habeck und Co. dereinst reumütig zu Kreuze kriechen und zerknirscht ihre Fehler eingestehen, wenn ihr verrücktes Experiment kollektiert ist, wir im Dunkeln frieren und die Grundlage unseres Wohlstands in Scherben liegt. Schuld werden wir sein, die Bürger, mit uns die Industrie, der verhasste Mittelstand und Putin natürlich.

Um auf ihrer Flucht vor der Verantwortung auch ganz sicher zu gehen, werden uns der Wirtschaftsminister und sein Staatssekretär in der Stunde der Not zudem auffordern, fest zusammenzustehen und „gemein-

Mit dem richtigen „Mindset“ gelingt alles. Sogar Sachen, die sich „völlig jenseits dessen“ befinden, „was überhaupt irgendwie machbar ist“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de